

AUSLANDSINFORMATIONEN



AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2025

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wasser“ – das ist ein sprachlich knapper, aber inhaltlich sehr breiter Titel für eine Ausgabe der Auslandsinformationen. Welch unterschiedliche Facetten dieses Themas auch aus außenpolitischer Perspektive aufweist, wird schon im Auftaktartikel dieses Hefts deutlich, in dem Olaf Wientzek und Nicole Linsenbold die EU-Wasserpolitik analysieren. Dort tritt Wasser in mindestens drei verschiedenen „Rollen“ auf, die uns auch im weiteren Verlauf dieser Ausgabe immer wieder begegnen: als Ökosystem, als Ressource – und als Konfliktschauplatz.

Wasser als Konfliktschauplatz: Die Weltmeere sind Orte zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen. So zeigen Ferdinand Gehringer und Matthias Hespe in ihrem Artikel, dass maritime kritische Infrastruktur wie beispielsweise Unterwasserdatenkabel nicht zuletzt in der Ostsee verstärkt zum Ziel der hybriden Kriegsführung Russlands gegen europäische Staaten wird. Um dieser Bedrohung zu begegnen, sollten betroffene Länder neben einem besseren Schutz dieser Infrastruktur auch in den Aufbau redundanter Kapazitäten investieren, so die Autoren.

Die Spannungen im Südchinesischen Meer wiederum sind das weltweit derzeit wohl prominenteste Beispiel für einen Fall, bei dem bestimmte Meeresgebiete selbst der Zankapfel sind und verschiedene Akteure um deren Kontrolle konkurrieren. Daniela Braun und Florian Feyerabend analysieren, mit welch unterschiedlichen Strategien die Philippinen und Vietnam versuchen, den weitreichenden und zunehmend aggressiv vorgetragenen Ansprüchen Chinas in der Region entgegenzutreten.

Wasser als Ressource: Wasser ist Lebensmittel, unverzichtbare Grundlage für die Landwirtschaft und wichtiger Faktor für bestimmte Industrien. Fehlt es, etwa in Folge von Dürren, kann das katastrophale Konsequenzen haben. Rund ein Drittel der Weltbevölkerung hat derzeit keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. Und solcher „Wasserstress“ dürfte durch den Klimawandel eher noch zunehmen. Dennoch: Kriege um Wasser sind in den vergangenen Jahrzehnten zwar immer wieder prognostiziert worden, bislang aber ausgeblieben.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Schwankungen in der Verfügbarkeit der Ressource Wasser nicht lokale und innerstaatliche Konflikte anheizen können. Ulf Laessing schildert in seinem Artikel eindrücklich, wie in der Tschadsee-Region der Klimawandel den Dschihadisten von Boko Haram und dem sogenannten Islamischen Staat in die Hände spielt. „Entweder gibt es zu wenig oder viel zu viel Regen“, schreibt der Autor. Die Folge: Menschen, die von der Landwirtschaft leben, haben es immer schwerer, ihren Unterhalt zu verdienen, und werden empfänglicher für die Lockrufe der Terroristen, die zudem am Tschadsee ein nahezu ideales „Biotop“ vorfinden. Der noch zur Mitte des 20. Jahrhunderts riesige See ist zunächst über Jahrzehnte geschrumpft. Seit der Jahrtausendwende hat sich der Pegel wieder etwas erhöht. Entstanden ist eine Insellandschaft, die das Militär der Anrainerstaaten nicht zu kontrollieren vermag.

Auf zwischenstaatlicher Ebene hat Wasserknappheit bislang Kooperation mindestens in demselben Maße befördert wie Spannungen. Mehr als 300 internationale Wasserverträge seit 1948 zählt der Council on Foreign Relations. Ein Beispiel dafür, wie eine Zusammenarbeit beim Wassermanagement in ihrem Kern auch politisch sehr schwierige Zeiten überdauern kann, ist die Kooperation zwischen Israel und Jordanien, die Edmund Ratka und Michael Rimmel in ihrem Beitrag analysieren. Israel ist dank Innovationskraft und moderner Technologien nicht nur in der Lage, die eigene Bevölkerung und Wirtschaft mit Wasser zu versorgen, sondern auch seinen Nachbarn Jordanien zu beliefern. Gleichzeitig wird aus dem Artikel aber auch klar: Die Wasserkоoperation der beiden Länder ist Teil eines komplexen Beziehungsgeflechts und nicht immun gegen Schwankungen im bilateralen Verhältnis. Sie kann politisch als Entspannungswerzeug ebenso instrumentalisiert werden wie als Druckmittel.

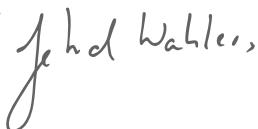
Wasser als Ökosystem: Schließlich ist Wasser, sind gerade die Ozeane, ein riesiger Lebensraum: ein Ökosystem, dessen Gesundheit ähnlich wie eine intakte Erdatmosphäre ein globales öffentliches Gut ist, dessen Schutz sowohl nationaler Anstrengungen als auch internationaler Kooperation bedarf. Julia Sandner

vollzieht dies am Beispiel Costa Ricas nach – eines Landes, das trotz „grünem“ Image zuletzt auch einige Rückschritte beim Meeresschutz zu verzeichnen hatte, auf internationaler Ebene aber unter anderem als Mitausrichter der diesjährigen UN-Ozeankonferenz eine aktive Rolle spielt.

Ökosystem, Ressource, Konfliktschauplatz: Wasser ist in sehr unterschiedlichen Kontexten für die internationale Politik relevant. Natürlich sind all diese Aspekte wichtig und Deutschland sowie seine europäischen Partner sollten sich diesbezüglich im Sinne gerechter globaler Lösungen und eigener Interessen engagieren. Manches ist aber besonders dringend. Hier ist sicher an erster Stelle die maritime Sicherheit zu nennen, die nicht zuletzt von revisionistischen autokratischen Staaten zunehmend bedroht wird – über und unter Wasser. Dieser Bedrohung zu begegnen, wird in den kommenden Jahren viel Kraft und Geld kosten. Wir Europäer sollten dabei die Herausforderungen durch China nicht vergessen. Auch im maritimen Kontext aber könnten uns die Positionen der seit Januar amtierenden US-Administration noch mehr als bislang dazu zwingen, unsere Anstrengungen auf unsere unmittelbare Nachbarschaft und die Bedrohung durch Russland zu konzentrieren.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Gerhard Wahlers". The signature is fluid and cursive, with "Gerhard" on top and "Wahlers" below it, both starting with a capital letter.

Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

AUSLANDSINFO

SPOTLIGHT

Der Außenpolitik-Podcast der Konrad-Adenauer-Stiftung

In unserem Auslandsinfo-Podcast hören wir uns in der Welt um. Wo stehen Wahlen an? Welche Entwicklungen müssen wir auf dem Schirm haben? Was könnte die Sicherheit einer Region gefährden?

Wir sprechen mit Expertinnen und Experten und beleuchten Zusammenhänge – auch in Staaten, die hierzulande selten im Fokus stehen. Wir fragen nach wichtigen Details und behalten den Blick fürs Ganze.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt mit rund 100 Auslandsbüros über ein großes Netzwerk an globaler Expertise. Diese bringen wir mit dem Auslandsinfo-Podcast zu Ihnen – informativ und kurzweilig.

**Abonnieren Sie uns
überall dort, wo es
Podcasts gibt.**

z. B. bei Spotify



Rana Taskoparan

Fabian Wagener

Wasser

8

Herausforderung im Innern,
Chance nach außen
Wasser als vielschichtige Priorität für die EU
[Olaf Wientzek / Nicole Linsenbold](#)

20

Lebensadern im Fadenkreuz
Wie wir die maritime kritische Infrastruktur
Europas resilenter machen
[Ferdinand Gehringer / Matthias Hespe](#)

32

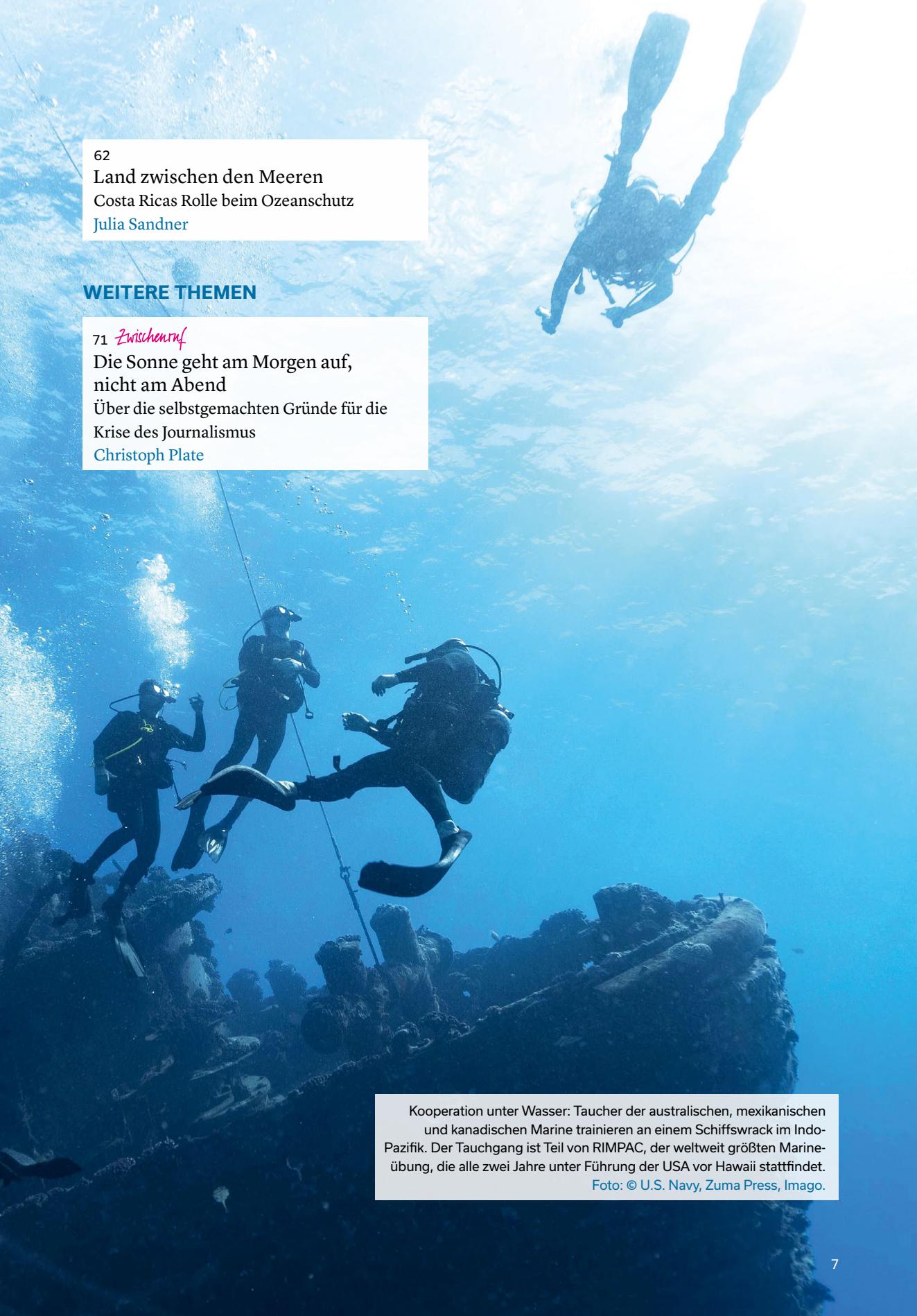
Krisenherd Südchinesisches Meer
Wie sich die Philippinen und Vietnam gegen
China zur Wehr setzen
[Daniela Braun / Florian C. Feyerabend](#)

44

Rückzugsort für Dschihadisten
Warum der Tschadsee islamistischen
Terroristen ideale Bedingungen bietet
[Ulf Laessing](#)

52

Zwischen Konflikt und Kooperation
Die israelisch-jordanischen Wasser-
beziehungen
[Edmund Ratka / Michael Rimmel](#)

A large, semi-transparent underwater photograph occupies the background of the page. It shows several scuba divers in clear blue water, some near the surface and others further down. One diver in the foreground is working on a shipwreck. The water is slightly cloudy with bubbles.

62

Land zwischen den Meeren
Costa Ricas Rolle beim Ozeanschutz
Julia Sandner

WEITERE THEMEN

71 *Zwischenruf*

Die Sonne geht am Morgen auf,
nicht am Abend
Über die selbstgemachten Gründe für die
Krise des Journalismus
Christoph Plate

Kooperation unter Wasser: Taucher der australischen, mexikanischen und kanadischen Marine trainieren an einem Schiffswrack im Indo-Pazifik. Der Tauchgang ist Teil von RIMPAC, der weltweit größten Mariné-übung, die alle zwei Jahre unter Führung der USA vor Hawaii stattfindet.

Foto: © U.S. Navy, Zuma Press, Imago.

Wasser

Herausforderung im Innern, Chance nach außen

Wasser als vielschichtige Priorität für die EU

Olaf Wientzek / Nicole Linsenbold

Wasser ist für die Europäische Union ein Thema von hoher Wichtigkeit. Die neue EU-Kommission hat dies erkannt. Um Herausforderungen wie die Sicherung der Qualität von Gewässern oder die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Wasser zu bewältigen, wird es neben dem Streben nach Bewahrung auch eines Ausgleichs diverser Interessen bedürfen – europäische Christdemokraten und Konservative werden dabei eine herausgehobene Rolle spielen. In den EU-Außenbeziehungen wiederum könnte ein verstärktes Engagement beim Thema Wasser und maritime Sicherheit eine geopolitische Dividende abwerfen.

In den politischen Leitlinien für die neu installierte EU-Kommission, die unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen am 1. Dezember 2024 ihre Arbeit aufgenommen hat, dominieren die großen Themen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Umsetzung des Green Deal, Verteidigung und Ukraine. Aus ihnen wird aber ebenfalls deutlich: Auch „Wasser“ ist ein Querschnittsthema von hoher Relevanz. Der Umgang mit der knappen Ressource Wasser wird innerhalb der EU in den kommenden Jahren ein bedeutendes Thema sein. Doch auch in der Außenpolitik kann die EU beim Thema Wasser vielfach eine wichtige Rolle spielen.

Zunehmender Wasserstress auch in der EU

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung ist ein Menschenrecht, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 mit der Resolution 64/292 ausdrücklich anerkannt hat. In der Resolution werden Staaten und internationale Organisationen aufgefordert, den Kapazitätsaufbau und Technologietransfer zu fördern, um Entwicklungsländer bei der Wasserversorgung ihrer Bevölkerung zu unterstützen und eine robuste Wasserinfrastruktur zu verwirklichen. Bereits im Kontext der UN-Nachhaltigkeitsagenda hat die EU eine Reihe von ehrgeizigen Zielen formuliert: Dazu gehört der verbesserte Zugang von 70 Millionen Menschen zu Trinkwasser und Sanitätseinrichtungen bis zum Jahr 2050.¹

Der globale Wasserbedarf wächst stetig.² Die Hälfte der Weltbevölkerung erlebt Wasserknappheit für zumindest einen Teil des Jahres. Wasser ist in vielen Regionen ein rares Gut: Insgesamt haben 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.³ Vergleicht man die Lage in der EU mit dem Wasserstress⁴ in anderen Weltregionen, so ist sie zwar weniger dramatisch, sowohl was den Zugang zu sauberem (Trink-)Wasser (liegt bei nahezu 100 Prozent) als auch Wassermanagement und -knappheit angeht. Doch einige der besorgniserregenden globalen Trends werden zunehmend auch in der EU sichtbar, wie etwa der Verlust der Biodiversität in Gewässern.

Bereits jetzt leiden einige EU-Länder und -Regionen zumindest saisonal unter Wasserknappheit. So sind laut dem jüngsten Bericht der Europäischen Umweltagentur (European Environment Agency, EEA) rund 20 Prozent des EU-Territoriums und 30 Prozent der Bevölkerung inzwischen (zumindest saisonal) von „Wasserstress“ betroffen.⁵ Durch Chemikalien, kohlebasierte Energiegewinnung und schwer abbaubare, für die Gesundheit von Menschen aber sehr gefährliche per- und polyfluorierte Alkylysubstanzen (PFAS) verschmutztes Wasser ist eine weitere große Herausforderung für die EU. Immerhin haben noch 77 Prozent des Grundwasserraums in der EU einen guten chemischen Status, Verschmutzung erfolgt hier vor allem durch Nitrate

und Pestizide. Der größte Verschmutzungsdruck auf Oberflächen- wie Grundwasser resultiert aus landwirtschaftlicher Nutzung. Insgesamt warnt der EEA-Bericht vor wachsendem Druck auf den Wassersektor, unter anderem durch den Klimawandel. Projektionen weisen darauf hin, dass die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage im Bereich Wasser weiterwachsen wird.⁶ Die EU, so der alarmierende Befund des Berichts, sei nicht gut gewappnet. Das Papier identifiziert drei zentrale Herausforderungen: Schutz und Wiederherstellung aquatischer Ökosysteme; Ziel der Nullverschmutzung; Anpassung an Wasserknappheit, Trockenheit und mögliche Überflutungen.

Durch Hochwasser beschädigte Infrastruktur ist ein wachsendes Problem.

Wasserknappheit und Wasserstress sind zudem ein wachsender Kostenfaktor in der EU: Die Dürre von 2022 verursachte Kosten von insgesamt 40 Milliarden Euro, die Flut von 2021, welche neben Deutschland auch Belgien und die Niederlande massiv betraf, führte zu einem Schaden von 44 Milliarden Euro. Die Kommission schätzt, dass die Kosten ohne Bemühungen im Bereich des Klimaschutzes oder der Klimaanpassung bis zum Ende des Jahrhunderts auf das Sechsfache steigen könnten.⁷ Dürren betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern haben auch für den Wassertransport wesentliche Auswirkungen: Am Rhein sorgte Niedrigwasser beispielsweise 2018 für einen Schaden von fast fünf Milliarden Euro. Durch Hochwasser beschädigte Infrastruktur ist ebenfalls ein wachsendes Problem.⁸

Breiter Konsens für Wasser als Priorität der neuen Europäischen Kommission

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat mit Blick auf die sich zuspitzende Lage dem Thema Wasser nicht nur in ihren politischen Leitlinien einen besonderen Stellenwert

beschieden, sondern auch einen wichtigen Platz in den Portfolios gleich mehrerer Kommissare eingeräumt:

- So wurde der neue EU-Kommissar für Fischerei und Ozeane, Costas Kadis (parteilos) aus Zypern, damit beauftragt, bis 2030 eine Forschungs- und Innovationsstrategie für Ozeane zu lancieren, um das 2021 formulierte



Ziel, Ozeane und Wasser zu regenerieren, zu erfüllen.⁹

- Auch der Landwirtschaftskommissar Christophe Hansen (Europäische Volkspartei, EVP) wird in seinem Portfolio mit Wasserfragen befasst sein; immerhin ist die Landwirtschaft mit einem Anteil von 59 Prozent der wichtigste Wassernutzer in der EU.¹⁰ Noch als Abgeordneter war der Luxemburger Berichterstatter zur Trinkwasserrichtlinie der EU.
- Hauptsächlich ist das Wasser-Portfolio bei der schwedischen EU-Kommissarin Jessika Roswall (EVP) angesiedelt.¹¹ So ist sie für die Europäische Wasserresilienz-Initiative zuständig, die zur Stärkung der Wasserversorgung in der EU beitragen soll. Die umfassende Strategie



Fokus auf das Thema Wasser: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Gespräch mit Jessika Roswall (rechts), EU-Kommissarin für Umwelt, Wasserresilienz und eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft.
Foto: © Wiktor Dabkowski, Zuma Press, Imago.

soll Wassereffizienz, Wasserknappheit, Verschmutzung und Wasser als Risikofaktor adressieren. Gleichzeitig sollen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wasserwirtschaft (also unter anderem Wasserversorgung und Abwasserentsorgung), digitales Wassermanagement und die grenzüberschreitende Wasserinfrastruktur der EU gestärkt werden. International soll Roswall die globale Führungsrolle der EU beim Thema Wasser ausbauen, unter anderem durch die Lancierung von Global-Gateway-Projekten in Partnerländern. Die EU soll auch weiterhin aktiv zur G7-Wasserkoalition beitragen, die das Ziel hat, durch die Identifizierung gemeinsamer Ziele und Strategien die Bewältigung der globalen Wasserkrise zu fördern.

Angesichts der Verortung des Themas in verschiedenen Portfolios wird es auch auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den Kommissaren beim Thema Wasser ankommen.

Grundsätzlich gibt es in der EU und zwischen den Mitgliedstaaten beim Thema Wasser (und der Dringlichkeit, das Problem auch auf europäischer Ebene anzugehen) einen vergleichsweise breiten Konsens. Die im Jahr 2000 vorgeschlagene Wasserrahmenrichtlinie erhielt damals eine sehr große Unterstützung im Europäischen Parlament (EP). Auch der Vorschlag der Europäischen Kommission zum Schutz von Grundwasser gegen Verschmutzung und zu Qualitätsstandards im Bereich der Wasserpolitik fand breite Zustimmung bei den vier traditionell pro-europäischen Fraktionen (EVP, S&D, Liberale und Grüne) im EP. Zudem hat das EP eine informelle Wasser-Gruppe geschaffen, deren Vorsitzende die deutsche Abgeordnete Hildegard Bentele (CDU) ist.¹² Zum Ende der vergangenen EU-Legislaturperiode unterzeichneten knapp 40 Europaabgeordnete verschiedener Fraktionen, angeführt von der dänischen EP-Abgeordneten Pernille Weiss (EVP), zudem einen Brief, in dem sie ergänzend zum Green Deal einen „EU Blue Deal“ fordern, also eine umfassende, sektorübergreifende Wasserstrategie. Auch unter den Mitgliedstaaten gibt es einen starken Konsens, Wasser in den kommenden Jahren zu einer Priorität der EU zu machen, wie ein am 17. Juli 2024

von 21 EU-Mitgliedstaaten signierter Brief an die Europäische Kommission zeigt.¹³

Neue Dynamik bei einem altbekannten Thema

Zentrales Instrument der EU zur Sicherung der Wasserqualität ist die Wasserrahmenrichtlinie (Water Framework Directive). Zu den übergeordneten Zielen zählen der Schutz und die Verbesserung aquatischer Ökosysteme und des Grundwassers einschließlich von Landökosystemen, die direkt vom Wasser abhängen; die Förderung einer nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen; eine Reduzierung der Verschmutzung des Grundwassers und der Kampf gegen die Folgen von Überschwemmungen und Dürren. Zentrales Ziel der Richtlinie war es, innerhalb von 15 Jahren bei oberirdischen Gewässern einen guten ökologischen und chemischen Zustand sowie ein gutes ökologisches Potenzial und einen guten chemischen Zustand bei erheblich veränderten oder künstlichen Gewässern zu erreichen. Die Frist wurde seitdem bis 2020 beziehungsweise 2027 verlängert. Die Richtlinie erkennt Wasser als fundamentalen Teil des europäischen Erbes an, das es zu schützen gilt.¹⁴

Beim Thema Wasser ist die EU nicht auf geopolitisch unsichere Partner angewiesen.

Weitere Instrumente zum Wasserschutz sind unter anderem die 2024 verabschiedete Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, die Biodiversitätsstrategie für 2030 und der Null-Schadstoff-Aktionsplan (Zero Pollution Action Plan). Hinzu kommen die Grundwasserschutz- sowie die Flutrichtlinie. Eine wichtige Maßnahme war auch die Trinkwasserrichtlinie von 2019, mit der die Qualitätsstandards für Trinkwasser auf den neuesten Stand gebracht wurden: Schwellenwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei und Bakterien wurden verschärft. Für Materialien wie Leitungen oder

Wasserhähne, die mit dem Wasser in Berührung kommen, wurden Mindesthygieneanforderungen festgelegt.

Im Jahr 2025, möglichst noch vor dem Sommer, will die Kommission nun die mehrfach verschobene Wasserresilienzstrategie vorstellen, die einen neuen Impuls setzen und als umfassende sektorübergreifende Strategie dienen soll. Insgesamt soll sie die folgenden Schwerpunkte¹⁵ setzen:

- Aufrechterhaltung einer hohen Wasserqualität in der EU und weltweit;
- Reparatur des gestörten Wasserzyklus;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserwirtschaft;
- Schaffung einer ehrgeizigen Vision für eine „wasserresiliente“ Gesellschaft;
- Stärkung von Innovation.

Stärken und Schwächen der EU im Wasserbereich

Gleich in mehrerer Hinsicht hat die EU im Wasserbereich nach wie vor einige bemerkenswerte Stärken aufzuweisen. Die Wasserwirtschaft spielt in der EU eine bedeutende Rolle und trägt erheblich zur EU-Wirtschaftsleistung bei. Der vom Europäischen Rat in Auftrag gegebene Lettbericht des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten spricht von 107 Milliarden Euro Wertschöpfung und 1,7 Millionen Arbeitsplätzen in rund 80.000 Unternehmen. Zudem verfügt keine andere Region weltweit über ein derart dichtes Netz an Kooperationsinitiativen und einen ähnlich robusten rechtlichen Rahmen wie die EU. Grenzüberschreitende Nutzung wird so vereinfacht, Konflikte um diese zunehmend knappe Ressource sind weniger virulent als in vielen anderen Weltregionen.

Im Bereich des Wassermanagements ist die EU global sogar Innovationsführerin, zumindest was die Patente anbetrifft: So kamen laut Europäischem Patentamt zwischen 1992 und 2021 etwa 32 Prozent der Patente im Bereich des Wassermanagements aus EU-Mitgliedstaaten (der Anteil aller Mitgliedstaaten der Europäischen

Patentorganisation, zu denen auch das Vereinigte Königreich gehört, lag sogar bei 40 Prozent), allein 12 Prozent aus Deutschland. Damit lag die EU in diesem Zeitraum deutlich vor den USA, Japan und China.¹⁶ Anders als im Falle kritischer Rohstoffe verfügt die EU über Wasserressourcen, ist also hier nicht auf andere – geopolitisch unsichere – Partner angewiesen. Die EU verfügt zudem über ein dichtes Netz an schiffbaren Wasserwegen, die durch 25 Mitgliedstaaten gehen und 13 von ihnen verbinden, und damit noch mehr als die Vereinigten Staaten.¹⁷

So beeindruckend der regulatorische Rahmen der EU ist, so defizitär ist bei vielen Richtlinien die Umsetzung.

Gleichwohl hat die EU auch mit Defiziten zu kämpfen: Obwohl sie im Bereich des Wassermanagements zu den globalen Innovationsführern zählt, gab es in den vergangenen Jahren wachsende Innovationslücken. Auch deshalb sieht das Forschungsrahmenprogramm der EU Horizon Europe 1,3 Milliarden Euro für Forschungs- und Innovationsprojekte im Wasserbereich vor. Experten sowie Vertreter der Wirtschaft beklagen zudem, dass Innovationen viel zu spät umgesetzt werden können. Dies liegt unter anderem am regulatorischen Umfeld: Im Vergleich zu anderen Weltregionen oder Ländern braucht es in der EU zu viel Zeit, um Innovationen tatsächlich auch auf den Markt zu bringen.

Mag die Vernetzung in der EU auch weiter sein als in anderen Weltregionen, so gibt es selbst im Wasserbinnenmarkt der EU noch erheblichen Ausbaubedarf, unter anderem bei der Standardisierung von Normen, bei der Zusammenarbeit von Inlandwasserhäfen in unterschiedlichen EU-Ländern, aber auch bei der Harmonisierung von Arbeitsnormen im Wassersektor.¹⁸ Bei der Nutzung von Wasserwegen für den Transport besteht ebenfalls noch Verbesserungspotenzial. Ein besseres Wasserinfrastrukturnetzwerk könnte auch als Wachstumsmotor dienen und

Straßen entlasten. Im Jahr 2020 erfolgte der Gütertransport in der EU lediglich zu sechs Prozent über Wasserstraßen (leichter Rückgang seit 2015). Größtes Manko: So beeindruckend der regulatorische Rahmen der EU ist, so defizitär ist bei vielen Richtlinien die Umsetzung. Auch bei den Zielwerten der Wasserrahmenrichtlinie hinkt die EU deutlich hinterher, nur etwa 37 Prozent der EU-Gewässer werden ökologisch als gut oder sehr gut eingestuft, die Werte stagnieren seit 2010 weitgehend und sind von den Vorgaben der Richtlinie noch weit entfernt. Die Europäische Kommission kündigte im Februar 2025 daher an, einerseits den konstruktiven Dialog mit den Mitgliedstaaten hierzu zu verstärken, andererseits aber an den Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten festzuhalten.

Sehr diverse Erwartungen

Über „Wasser“ als Priorität und die von der Kommission bereits angedeuteten groben Ziele der Resilienzinitiative besteht weitgehender Konsens – ebenso über die Bedeutung der Bewusstseinsschärfung für das Thema Wasser, weniger jedoch über die Wahl der Mittel.

In Brüssel herrscht bei vielen Experten die Überzeugung, dass es im Wasserbereich nicht primär

an Gesetzgebung mangelt, sondern vor allem an der Umsetzung. Entsprechend gibt es auch bei einigen Parlamentariern Skepsis gegenüber der Notwendigkeit komplett neuer Gesetze. Deutliche Rufe gibt es jedoch nach einer Revision der Wasserrahmenrichtlinie – der 2024 veröffentlichte Draghi-Bericht beispielsweise fordert eine zielgerichtete Anpassung,¹⁹ auch wegen der großen Lücke zwischen der Qualität der EU-Gewässer und den in der Richtlinie postulierten Zielwerten.

Der Investitionsbedarf im Bereich Wasserinfrastruktur ist erheblich.

Für diese Diskrepanz gibt es mehrere Gründe: Einer ist schlicht, dass Gewässer für eine Erholung erhebliche Zeit brauchen. Eine weitere Ursache ist laut der EEA die zu langsame Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, was auch an unzureichender finanzieller Ausstattung und ungenügender Berücksichtigung von wasserrelevanten Aspekten in anderen Politikfeldern liegt. Wiederum andere Stimmen (etwa aus der Industrie) fordern eine umfassende Überarbeitung der

Schon länger im Bereich maritime Sicherheit aktiv: Bereits 2008 startete die EU-Antipiraterie-Mission Atalanta. Im Bild zu sehen ist eine Routinekontrolle durch schwedische Einsatzkräfte im Mai 2009. Foto: © Johan Lundahl, TT, Imago.



Richtlinie, um Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele besser mit der wirtschaftlichen Wassernutzung in Einklang zu bringen. Zwar mahnen Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik und Industrie bessere Wassereffizienz an und fordern ein stärkeres Bewusstsein in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft, dass es sich bei Wasser um eine endliche Ressource handelt. Allerdings gibt es auch Befürchtungen unter anderem bei der Industrie, dass im Zuge einer Wasserresilienz-Initiative der Wassernutzung durch die Industrie eine nachrangige Bedeutung eingeräumt werden könnte.

Mehrere Elemente tauchen dabei wiederholt in der Diskussion auf: einerseits die Stärkung wirtschaftlicher Anreize auch im Privatsektor durch Wasserbepreisung, andererseits die stärkere Nutzung von Wasser mit verminderter Qualität für bestimmte Tätigkeiten. So wird nach wie vor EU-weit viel zu häufig qualitativ hochwertiges Trinkwasser für Nutzungen ver(sch)wendet, bei denen auch Wasser minderer Qualität ausreichen würde.

Eine – im wahrsten Sinne des Wortes – weitere Baustelle sind zum einen Erneuerung und Ausbau der Wasserinfrastruktur in der EU, zum anderen aber auch eine stärkere Anpassung des Wasserverkehrs an Niedrigwasserstände, die es künftig voraussichtlich immer wieder geben wird. Der Investitionsbedarf – insbesondere im Infrastrukturbereich – ist erheblich, daher drängen Experten und das Europäische Parlament²⁰ auf eine entsprechende Schwerpunktsetzung für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für 2028 bis 2035, der bereits ab Mitte 2025 in Brüssel verhandelt werden wird. Unterstützung erhofft sich die europäische Wirtschaft nicht nur durch massive Investitionen, sondern auch durch beschleunigte Genehmigungsverfahren der EU, wie es sie im Bereich der erneuerbaren Energien gibt, und durch einen Abbau bürokratischer Hemmnisse zur schnelleren Marktzulassung von Innovationen.

Oftmals gehen die Forderungen naturgemäß in verschiedene – nicht immer kompatible – Richtungen. Zwar wird in öffentlichen Runden gern wiederholt, dass im Wasserbereich

Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit keinen Widerspruch darstellen. Doch ist zu erwarten, dass es bei zahlreichen Fragen zu schwierigen Abwägungen kommen wird – wenn beispielsweise nicht nur eine konsequente Umsetzung, sondern auch eine deutliche Verschärfung von Richtlinien gefordert wird. Das auf EU-Ebene kontrovers diskutierte Verbot von PFAS ist hier nur ein Beispiel: Diese tragen zwar wesentlich zur Wasserverschmutzung bei, sind aber alternativlos in für die Energiewende benötigten Schlüsseltechnologien.

Wasserknappheit kann zu Instabilität in EU-Nachbarländern führen.

Wasser als zentraler Aspekt in den EU-Außenbeziehungen

Weniger Kontroversen dürfte es hingegen über die Bedeutung der Wasserdimension in den EU-Außenbeziehungen geben. Die EU kann hier nicht nur zu einem besseren Wassermanagement weltweit, sondern auch zur eigenen Sicherheit beitragen. Ein starker Einbezug der Wasserdimension in der EU-Außenpolitik könnte langfristig möglicherweise sogar eine geopolitische Dividende abwerfen.

Wasserknappheit oder ein unsicherer Zugang zu Wasser sind wesentliche Ursachen, die zu Instabilität in Ländern in der unmittelbaren wie in der erweiterten Nachbarschaft der EU führen können – was wiederum wachsenden Migrationsdruck auf die EU nach sich ziehen kann. Der Klimawandel hat in mehreren Regionen Afrikas Dschihadisten gestärkt: Das Beispiel Somalia zeigt, dass Terrorgruppen wie Al-Shabaab klimabedingte Ressourcenknappheit gezielt ausnutzen, um ihren Einfluss und ihre Kontrolle auf lokaler wie regionaler Ebene zu stärken. Diese Gruppen beschränken den Zugang zu humanitärer Hilfe und manipulieren die Verteilung von Ressourcen strategisch so, dass sie lokale Unterstützung erhalten.

Experten betonen, dass internationale Akteure wie die EU beispielsweise am Horn von Afrika selbst durch weiche Maßnahmen wie die Unterstützung von Kapazitätsaufbau auf lokaler Ebene (sei es zu besserem Wassermanagement oder für verbesserte Frühwarnsysteme) einen Beitrag zur Resilienz fragiler Regionen oder Staaten leisten können – und damit auch zur Sicherheit der gesamten EU. Ergänzend können EU-Mitgliedstaaten mit erheblicher Expertise im Wasserbereich, wie Dänemark oder Deutschland, auch bilaterale Partnerschaften zur gezielten Klimaanpassungsfinanzierung abschließen. Weiterzuführen ist die Förderung regionaler Zusammenarbeit (wie etwa in Zentralasien) und die in den vergangenen Jahren intensivierten Bemühungen im Bereich der Wasserdiplomatie. Durch Wasserzusammenarbeit könnte die EU in der Zukunft möglicherweise auch im Nahen Osten eine stärkere Rolle spielen, gerade bei den Plänen für einen Korridor für erneuerbare Energien zwischen der EU und der Region. Eine wichtige Dimension bei der Schaffung des Korridors ist für viele Länder in der Region der Kampf gegen Wasserknappheit: Die EU könnte etwa durch die Unterstützung im Rahmen des Programms Horizon Europe ein beseres Wassermanagement in einigen der betroffenen Länder unterstützen und dabei Erfahrungen aus Südeuropa einfließen lassen.²¹

Die EU wird sorgfältig prüfen müssen, ob sie sich bei manchen Projekten nicht überhebt.

Auch innerhalb der Global-Gateway-Initiative kann die EU durch Projekte zur Stärkung der Wasserinfrastruktur von Partnerländern, aber auch durch Beratung bei der Schaffung eines Rechtsrahmens für Wassermanagement einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung leisten. Bereits jetzt haben mehrere Global-Gateway-Projekte in Afrika und Lateinamerika einen Wasserschwerpunkt, sind in ihrem (finanziellen) Umfang selbst jedoch noch überschaubar und reichen von Entsalzungsprojekten (wie etwa in Dschibuti)

über Wasserreinigungsmaßnahmen bis hin zu Flutbekämpfungsinitiativen.²²

Angesichts der oben beschriebenen starken Expertise der EU im Bereich des Wassermanagements wäre sie hier wohl auch verglichen mit anderen globalen Schwergewichten wie China oder auch den USA mindestens konkurrenzfähig. Global Gateway setzt zudem vor allem auf den Einbezug privatwirtschaftlicher Akteure: Angesichts der starken europäischen Wasserwirtschaft könnte sich ein stärkerer Wasser-Schwerpunkt der Initiative sowohl politisch wie auch wirtschaftlich für die EU auszahlen. Gleichzeitig wird die EU sorgfältig prüfen müssen, welche Prioritäten sie setzt und ob sie sich nicht überhebt. So fällt beispielsweise bei einer der Flaggschiffinitiativen von Global Gateway im Bereich Wasser – die mit 700 Millionen Euro ausgestattete Team-Europe-Initiative zu Wasser, Energie und Klimawandel in Zentralasien – der sehr breit angelegte Fokus auf: Dieser reicht von der Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung über die Unterstützung für ein in der Region nicht unumstrittenes Mammut-Wasserinfrastrukturprojekt (Rogun-Staudamm) bis zur Stärkung des Investments in eine regionale Energiewende. Es darf bezweifelt werden, ob die EU mit begrenzten diplomatischen wie finanziellen Ressourcen allen Zielen gerecht werden kann.

Wasserpartnerschaften mit Drittländern können ein weiteres Instrument sein. Eine solche Partnerschaft hat die EU 2016 mit Indien ins Leben gerufen, wenngleich sich diese bislang eher auf Forschungsprojekte konzentriert. Fragen des Wassermanagements können aber auch Dialoge mit schwierigen Partnern ermöglichen, mit denen die Schnittmengen in anderen Bereichen abnehmen. So hat die EU bereits seit 2006 eine Kooperation im Bereich Wasser mit China, die mit einem Projekt im Bereich des Flussbeckenmanagements ihren Anfang fand. 2012 wurde die gemeinsame EU-China-Plattform für Wasserkоoperation lanciert, seit 2017 gibt es zudem einen EU-China-Dialog im Bereich der Wasserdiplomatie sowie eine finanziell von der EU unterstützte China-EU-Wasserplattform, im Rahmen derer unter anderem ein jährliches

Ministertreffen stattfindet.²³ Wasserpartner-schaften können nach Ansicht einiger Beobachter zudem als vertrauensbildende Maßnahme und Türöffner für eine Zusammenarbeit mit Staaten dienen, mit denen „normale“ diplomatische Beziehungen aktuell nicht möglich oder nicht gewollt sind. Einige Stimmen in Brüssel sehen einen Wasserdialog beispielsweise als vordiplomatische Kooperationsebene der EU mit Afghanistan. Die von den Taliban geführte Nationale Umweltschutzbehörde hat die schwerwiegenden Auswirkungen des Klimawandels auf Afghanistan anerkannt und internationale Hilfe eingefordert.

Die Europäische Union ist ein relevanter Akteur im Bereich der maritimen Sicherheit.

Auf multilateraler Ebene wird von der EU nach wie vor Führung im Wasserbereich erwartet, sei es im Rahmen der G7, sei es in verschiedenen UN-Gremien. Eine ausgeprägte Sensibilität der EU für den Wasserstress, unter dem zahlreiche Länder auf anderen Kontinenten in sehr unterschiedlicher Hinsicht leiden, ist wichtig für die internationale Glaubwürdigkeit der EU.

Die Europäische Union ist zudem ein bedeutender Akteur im Bereich der maritimen Sicherheit und wird dies voraussichtlich auch in der neuen Legislaturperiode bleiben. Im Oktober 2023 hat die EU ihre ursprünglich 2014 verabschiedete Strategie für maritime Sicherheit aktualisiert.²⁴ Diese hat insgesamt sechs Ziele: Verstärkung von Tätigkeiten auf See (inklusive jährlicher Übungen), mehr Zusammenarbeit mit gleichgesinnten und strategischen Partnern (nicht zuletzt der NATO), Übernahme der Führungsrolle im Bereich der maritimen Lagefassung, Bewältigung von Risiken und Bedrohungen (etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur), Verbesserung von Fähigkeiten sowie Stärkung von Aus- und Weiterbildung.

Ganz konkret führt die EU derzeit auch mehrere maritime Militärmisionen durch, darunter seit Februar 2024 die Operation Aspides, um die

Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und im Golf von Aden zu wahren. Diese hat allerdings geringere Befugnisse als die entsprechende US-geführte Mission. Aspides wird eng abgestimmt mit der etwa 600 Personen starken und bereits seit 2008 laufenden EU-Antipiraterie-Mission Atalanta. Darüber hinaus führt die EU die Irini-Mission im Mittelmeer zur Durchsetzung des UN-Waffenembargos gegenüber Libyen durch. Aus eigenen Sicherheits- wie Handelsinteressen wird hier auch künftig ein starkes – und womöglich auch robusteres – EU-Engagement notwendig sein.

Ein zentrales Thema für die europäischen Christdemokraten

Schließlich werden die europäischen Christdemokraten und Konservativen der EVP für das Wasserthema künftig aus mehreren Gründen eine besondere Verantwortung tragen: Erstens haben Vertreter aus der EVP-Familie Schlüsselpositionen in der EU inne, sei es die hauptverantwortliche EU-Kommissarin Roswall, sei es Landwirtschaftskommissar Hansen, sei es die Vorsitzende der Wassergruppe im EP Bentele. Zweitens sollte die Anforderungsstruktur in diesem Themenbereich gut zum Eigenanspruch von Konservativen und Christdemokraten passen. In der Natur des Konservatismus liegt die Bewahrung, im Wesen der (politischen) Christdemokratie die Suche nach Ausgleich und nach schwierigen Kompromissen zwischen verschiedenen Zielen.²⁵ Zur wirksamen Erreichung des Ziels, die wertvolle Ressource Wasser dauerhaft zu bewahren, wird es eines ebensolchen Ausgleichs zwischen verschiedenen Zielen, aber auch zwischen sehr unterschiedlichen politischen Instrumenten bedürfen. Schutz und Management von Wasser erfordern mithin ein umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis, welches nicht nur offensichtliche ökologische, sondern auch soziale, wirtschaftliche und finanzielle Aspekte berücksichtigt und eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen jetziger und künftiger Generationen findet.

Einige Beispiele: So wichtig eine Bewusstseins-schärfung für einen sorgsamen Umgang mit der

knappen Ressource Wasser ist, so bedeutend ist auch preisgünstiger Zugang zu Wasser für alle. So wichtig eine neue Initiative zur verbesserten Wassereffizienz ist, so bedeutend ist, dass allen Sektoren und Verbrauchergruppen angemessene, aber nicht überfordernde Lasten aufgebürdet werden.

Aus ordnungspolitischer Perspektive bedarf es zudem nicht nur einer Abwägung bei den Zielen, sondern auch bei den Instrumenten. Braucht es wirklich neue Regelungen oder eher deren Überarbeitung und, bei Bedarf, mehr Unterstützung, Anreize und Druck bei der Umsetzung? Ebenso wird es auf einen guten Mix zwischen dringend nötigen Investitionen in Infrastruktur, aber auch kostengünstigeren Maßnahmen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation ankommen, wie eine schnellere Marktzulassung und einen deutlichen Bürokratieabbau zur Förderung von Forschung, Innovation und Wasserwirtschaft.

Gelingt es der EU in den kommenden Jahren, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Zielen und Instrumenten zu finden, kann sie neben einer Stärkung der Wasserresilienz auch wesentlich zu ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherheit ihrer Bürger beitragen.

Dr. Olaf Wientzek ist Leiter des Programms Multinationaler Entwicklungsdialog Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nicole Linsenbold ist Programm-Managerin für Entwicklungs- und Klimapolitik im Programm Multinationaler Entwicklungsdialog Brüssel.

- 1 UN: EU commitments on water as a human right and water for health, in: <https://ogy.de/cavx> [24.02.2025].
- 2 UNESCO 2024: The United Nations World Water Development Report 2024: water for prosperity and peace, in: <https://ogy.de/d46t> [24.01.2025].
- 3 Ebd., S.138.
- 4 Wasserstress tritt auf, wenn die Nachfrage nach Wasser die verfügbare Menge während eines bestimmten Zeitraums übersteigt oder wenn die schlechte Qualität die Nutzung des Wassers einschränkt. Wasserstress entsteht durch eine Verschlechterung der Süßwasserressourcen in Bezug auf Quantität (Übernutzung von Grundwasserleitern, ausgetrocknete Flüsse usw.) und Qualität (Eutrophierung, Verschmutzung durch organische Stoffe, Versalzung usw.).
- 5 European Environment Agency 2024: Europe's state of water 2024: the need for improved water resilience, EEA Report 07/2024, 15.10.2024, in: <https://ogy.de/rku3> [24.01.2025].
- 6 Ebd., S.11.
- 7 Ebd., S.9.
- 8 Letta, Enrico 2024: Much more than a Market – Speed, Security, Solidarity, Jacques Delors Institute, 18.04.2024, in: <https://ogy.de/zuav> [25.02.2025].
- 9 Von der Leyen, Ursula 2024: Costas Kadis. Commissioner-designate for Fisheries and Oceans, Mission Letter, Europäische Kommission, 17.09.2024, in: <https://ogy.de/lmi9> [24.01.2025].
- 10 Von der Leyen, Ursula 2024: Christophe Hansen. Commissioner-designate for Agriculture and Food, Mission Letter, Europäische Kommission, 17.09.2024, in: <https://ogy.de/nul1> [24.01.2025].
- 11 Von der Leyen, Ursula 2024: Jessika Roswall. Commissioner for Environment, Water Resilience and a Competitive Circular Economy, Mission Letter, Europäische Kommission, 01.12.2024, in: <https://ogy.de/z7j9> [24.01.2025].
- 12 Hildegard Bentele, Vorsitzende der MEP Water Group, zitiert nach Water Europe 2024: Interview with Hildegard Bentele, the new MEP Water Group Chairperson, 19.12.2024, in: <https://ogy.de/cuxn> [24.01.2025].
- 13 Agence Europe 2024: Twenty-one Member States call on European Commission to make water an absolute priority on European agenda, Europe Daily Bulletin 13455, 18.07.2024, in: <https://ogy.de/Oial> [24.01.2025].
- 14 Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik: Europäisches Parlament 2000: Directive 2000/60/EC of the European Parliament and of the Council of 23 October 2000 establishing a framework for Community action in the field of water policy (Water Framework Directive), 22.12.2000, in: <https://ogy.de/5gr2> [24.01.2025].

- 15 Europäische Kommission 2025: Commissioner Roswall's speech at the event, 'Towards an EU Water Resilience Strategy: Innovating for a Water Efficient Future', European Commission Speech 25/269, 15.01.2025, in: <https://ogy.de/h3lu> [25.02.2025].
- 16 Ménière, Yann / Rudyk, Ilja 2024: Innovation in water-related technologies, Europäisches Patentamt, 07/2024, S. 8, in: <https://ogy.de/dhx1> [24.01.2025].
- 17 Draghi, Mario 2024: The future of European competitiveness. Part B | In-depth analysis and recommendations, Europäische Kommission, 09.09.2024, S. 209, in: <https://ogy.de/a8e8> [24.01.2025].
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Europäisches Parlament 2025: Draft Report on the European Water Resilience Strategy (2024/2104 (INI)), 29.01.2025, in: <https://ogy.de/a41r> [24.02.2025].
- 21 Konrad-Adenauer-Stiftung, Multinationaler Entwicklungsdialog Brüssel / EcoPeace: Desk Study of the Geopolitical, Economic, and Environmental Feasibility of a Middle East – Europe Renewable Energy Corridor, voraussichtliches Erscheinungsdatum 04/2025.
- 22 Einen Überblick gibt es u.a. hier: Europäische Kommission: Transboundary water cooperation, in: <https://ogy.de/t3uu> [24.01.2025].
- 23 Delegation der Europäischen Union in der Volksrepublik China 2024: EU and China discuss in Beijing potential areas of cooperation on water, European External Action Service, 30.09.2024, in: <https://ogy.de/scmr> [24.01.2025].
- 24 Rat der Europäischen Union 2023: Council Conclusions on the Revised EU Maritime Security Strategy (EUMSS) and its Action Plan, 24.10.2023, in: <https://ogy.de/12np> [24.02.2025]; Rat der Europäischen Union 2023: Anhang der Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über die Aktualisierung der EU-Strategie für maritime Sicherheit und des Aktionsplans „Eine erweiterte EU-Strategie für maritime Sicherheit angesichts sich wandelnder maritimer Bedrohungen“, 7311/23, 10.03.2023, in: <https://ogy.de/nwe9> [14.03.2025].
- 25 Welle, Klaus et al. 2024: The 7Ds for Sustainability. 175 Proposals for the next legislature, Wilfried Martens Centre for European Studies, 25.10.2023, S. 6, in: <https://ogy.de/yatq> [25.02.2025].



Wasser

Lebensadern im Fadenkreuz

Wie wir die maritime kritische Infrastruktur
Europas resilenter machen

Ferdinand Gehringer / Matthias Hespe

Maritime kritische Infrastrukturen sind Ziel hybrider Kriegsführung. Sie sind verwundbar und nicht ausreichend geschützt. Die jüngsten Vorfälle an Unterseekabeln haben Schwachstellen offengelegt und zeigen dringenden Handlungsbedarf auf. Doch der Schutz dieser lebenswichtigen Infrastrukturen allein reicht nicht aus, um künftig spürbare Beeinträchtigungen verhindern zu können.

Zuletzt mehrten sich im Zusammenhang mit maritimen kritischen Infrastrukturen die Vorfälle: zwei beschädigte Unterseedatenkabel im November 2024 sowie Störungen an einem Unterseestrom- und vier Unterseedatenkabeln rund um die Weihnachtstage desselben Jahres im Ostseeraum oder die Beschädigung eines Unterseedatenkabels vor der Küste Taiwans Anfang 2025. Seit dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee im September 2022 ist die Sicherheit maritimer kritischer Infrastrukturen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Es stellen sich Fragen nach Schutzmaßnahmen und dem Umgang mit Ausfällen. Zwar gibt es bereits einige Initiativen und Fortschritte, doch sind diese bei weitem nicht ausreichend, blickt man auf die Bedeutung der Infrastruktur, deren Verwundbarkeit und die Akteure, die gewillt sind, sie zu schädigen. Vor allem Unterseekabel sind das perfekte Ziel hybrider Kriegsführung.

Lebenswichtige Einrichtungen über oder unter Wasser

Maritime kritische Infrastruktur unterliegt keiner allgemeingültigen begrifflichen Definition. Stattdessen wird die maritime Komponente in das allgemeine Verständnis der kritischen Infrastrukturen (KRITIS) integriert. Nach dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) handelt es sich bei KRITIS um „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsgänge, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“.¹

Einen maritimen Bezug der KRITIS kann es etwa bei Organisationen und Einrichtungen in Sektoren wie Energie, Informationstechnik und Telekommunikation oder Transport und Verkehr geben. Dazu gehören einerseits Infrastrukturen im und auf dem Wasser, etwa Energieversorgungsanlagen wie Bohrinseln und Windparks, sowie Unterwasserinfrastrukturen wie Pipelines, Unterseedatenkabel und -stromkabel. Andererseits können auch Infrastrukturen an Land zur maritimen KRITIS gezählt werden, wenn diese unmittelbaren maritimen Bezug aufweisen. Das sind elementare physische und digitale Infrastrukturen von Hafeneinrichtungen und -betreibern, Reedereien, Kräne und Logistikzentren, Anlandepunkte von Unterseekabeln oder Umschlagplätze wie Erdöl- und LNG-Terminals.

Maritime Besonderheiten

Maritime KRITIS unterliegt einigen Besonderheiten, die ihren Schutz herausfordernd machen. Die teils schwer zugängliche Lage erfordert besondere Fähigkeiten und technische Ausrüstung. Insbesondere Unterwasserinfrastrukturen wie Daten- und Stromkabel oder Pipelines sind je nach Tiefe nur mit entsprechenden Geräten und Ausrüstung erreichbar. Datenkabel, die durch den Atlantik verlaufen, liegen in bis zu 6.000 Metern Tiefe und sind oftmals mehrere tausend Kilometer lang.

Die Eigentumsverhältnisse sind häufig komplex. Oftmals investieren mehrere Unternehmen zusammen in Unterseedatenkabel. Die Kosten für die Planung, den Bau und die Verlegung sind hoch. Das SEA-ME-WE 6 Kabel (South East

Asia-Middle East-West Europe 6) beispielsweise ist ein 21.700 Kilometer langes Unterseekabelsystem zwischen Singapur und Marseille und kostete etwa 480 Millionen Euro. Während Jahrzehntelang Konsortien staatlicher Telekommunikationsanbieter die Unterseekabelinfrastruktur betrieben, führen die steigenden Kosten, ein größeres Datengeschäft sowie der gestiegene Bedarf von Tech-Unternehmen dazu, dass Big-Tech-Unternehmen wie Alphabet, Apple, Meta, Microsoft und Huawei in diese Infrastruktur investieren und staatliche Investoren und Telekommunikationsanbieter verdrängen.

Maritime kritische Infrastrukturen sind einer großen Bandbreite von potenziellen Gefahren ausgesetzt.

Außerdem verlaufen die Infrastrukturen häufig über nationale Grenzen hinweg, woraus sich völkerrechtlich komplexe Zuständigkeitsfragen und Grauzonen ergeben. So definiert das für die Regulierung auf den Weltmeeren maßgebliche UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) zwar räumlich klar abgegrenzte Zonen staatlicher Verantwortlichkeit und Befugnisse.² Maritime KRITIS, insbesondere Unterwasserinfrastruktur mit transnationalem Charakter wie Pipelines und Unterseekabel, durchschreiten jedoch oft mehrere dieser Zonen mit jeweils unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Während ein Staat gemäß SRÜ in seinem Küstenmeer, definiert als das Territorium bis zwölf Seemeilen von der Basislinie der Landgrenze³, über Gebietshoheit verfügt und folglich vollumfassende Maßnahmen zum Schutz seiner maritimen KRITIS ergreifen darf, ist dies bereits in der unmittelbar angrenzenden ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ, bis 200 Seemeilen von der Basislinie) nur noch eingeschränkt der Fall. Küstenstaaten haben in ihrer AWZ exklusive ökonomische Nutzungsrechte und die Befugnis, dort eigene Infrastrukturen zu errichten, zu betreiben und zu schützen. Neben Unterwasserinfrastrukturen, die die AWZ durchlaufen,

befindet sich hier daher auch ein großer Teil von Offshore-Energieversorgungsanlagen wie Bohrinseln und Windparks. Doch problematisch ist, dass das SRÜ einem Küstenstaat in seiner AWZ und der anschließenden Hohen See keine Befugnis einräumt, Hoheitsgewalt gegenüber dort verkehrenden Schiffen auszuüben. Diese Hoheitsgewalt liegt ausschließlich beim Flaggenstaat eines Schiffes. Das bedeutet, dass der Küstenstaat in seiner AWZ ohne Zustimmung des Flaggenstaates grundsätzlich keine Zwangsmaßnahmen gegenüber einem fremden Schiff ergreifen darf – selbst wenn dieses im Verdacht steht, Sabotage an KRITIS des Küstenstaates zu begehen. Inwieweit andere völkerrechtliche Übereinkünfte in solchen Fällen Maßnahmen des Küstenstaates gegen fremde Schiffe ohne Zustimmung des Flaggenstaates decken, ist umstritten.⁴

Infrastruktur als Ziel hybrider Kriegsführung

Maritime KRITIS ist einer großen Bandbreite von potenziellen Gefahren ausgesetzt. Hierzu zählen Umwelteinflüsse wie Stürme, Erdbeben oder Seebeben und Unfälle durch technisches oder menschliches Versagen, etwa durch Havarien oder Fischerei. Der Großteil der Beeinträchtigungen an maritimer KRITIS geht auf solche natürlichen beziehungsweise unbeabsichtigten Faktoren zurück. So sind beispielsweise rund 70 Prozent der Schäden an Unterseekabeln auf Schiffsanker, Baggerarbeiten oder Schleppnetze zurückzuführen.⁵ Im Frühjahr 2024 etwa wurden nach einem Angriff auf den Frachter Rubymar durch die Huthi-Rebellen im Roten Meer mehrere Unterseekabel beschädigt. Von 16 Unterseekabeln, die durch die Meerenge von Bab al-Mandab vom Arabischen ins Rote Meer verlaufen, funktionierten drei nicht mehr. Der am Boden zerrende Anker des gesunkenen Frachters hatte diese beschädigt.⁶

Neben unbeabsichtigten Vorfällen rückt auch die gezielte Schädigung maritimer KRITIS zunehmend in den Fokus. Die hybride Kriegsführung vor allem Russlands, aber auch chinesische Aktivitäten in Europa werden aggressiver. Vorfälle,

bei denen absichtliche Beschädigungen im Raum stehen, häufen sich. Abgesehen von den Eingangsbeispielen gab es in den vergangenen Jahren weitere Fälle in Ostsee und Nordatlantik.⁷

Die russische „Schattenflotte“ wird für hybride Kriegsführung eingesetzt.

Sabotage und Spionage an kritischer Infrastruktur sind elementare Instrumente der hybriden Kriegsführung. Durch Angriffe auf kritische Infrastruktur, Beschädigungen oder gar Ausfälle von Leistungen sollen staatliche Belange beeinträchtigt und die Gesellschaft verunsichert und destabilisiert werden. Angemessene, rechtssichere und schnelle staatliche Reaktionen sind erheblich erschwert. Die Einwirkungen auf die Infrastruktur bleiben meist unterhalb der Schwelle eines offenen kriegerischen Aktes und erfolgen unter Verschleierung der Urheberschaft.⁸ Eine Zuordnung der schädigenden Handlungen zu einem Akteur wird hierdurch ebenso stark beeinträchtigt wie die Wahl einer verhältnismäßigen Antwort.

Vor allem die Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur ist zur Zielscheibe geworden. Im Ostseeraum sind vor allem zwei Szenarien wahrscheinlich:

1. Kumulierende und in zeitlich enger Folge durchgeführte Sabotageakte an kritischer Infrastruktur, um spürbare Ausfälle zu erzeugen, staatliche Strukturen zu belasten oder gar zu überfordern und um die Gesellschaft zu verunsichern;
2. Sabotageakte an der Energieinfrastruktur, vor allem an Offshore-Windparks, mit dem Ziel, die europäischen Fortschritte bei der Energietransformation zu bremsen, Investoren abzuschrecken und die Abhängigkeit von fossilen (darunter auch russischen) Energieträgern zu verlängern.

Russland betreibt eine Flotte von „Forschungsschiffen“ im Rahmen der Abteilung Tiefseeforschung (auch GUGI genannt), einer Organisationseinheit des russischen Verteidigungsministeriums.⁹ Dazu gehören mehr als 50 Schiffe, darunter zivile Forschungsschiffe, Spezialschiffe der russischen Marine sowie Unterseeboote, die auch über Fähigkeiten zur Aufklärung und Sabotage von Einrichtungen sowie zur Kriegsführung am Meeresboden verfügen.¹⁰ Diese Einheit sammelt in Nord- und Ostsee systematisch Daten rund um kritische Energie- und Telekommunikationsinfrastrukturen und kartografiert den Meeresboden.

Russland nutzt allerdings nicht nur diese Einheit für seine hybride Kriegsführung. Auch die russische „Schattenflotte“¹¹ wird immer häufiger eingesetzt. Im vergangenen Dezember wurde bekannt, dass der Öltanker Eagle S, dessen Besatzung im Verdacht steht, ein Unterseekabel zwischen Estland und Finnland sabotiert zu haben, zu dieser Flotte gehört. Die russische Schattenflotte besteht aus häufig sehr alten, schlecht gewarteten Tankern und Frachtschiffen, die häufig unter wechselnder fremder Flagge kleinerer Staaten operieren, das Automatische Identifikationssystem (AIS) zum Austausch von Schiffsdaten und -routen oftmals ausgeschaltet haben und erheblich unversichert¹² sind. Die Eigentümerstrukturen sind meistens unbekannt. Die Flotte kommt zur Umgehung von Wirtschaftssanktionen zum Einsatz, da die Tanker russisches Erdöl exportieren.¹³ Zugleich bergen sie erhebliche Risiken für die Umwelt und den Meeresschutz in sich.

Auch China forciert seine hybriden Aktivitäten. Dies zeigte sich exemplarisch bei der Beschädigung der Erdgaspipeline Balticconnector in der Ostsee zwischen Finnland und Estland im Oktober 2023. Ermittlungen ergaben, dass das chinesische Containerschiff Newnew Polar Bear unter der Flagge Hongkongs seinen sechs Tonnen schweren Anker über eine Distanz von 180 Kilometern über den Grund der Ostsee schleifte und damit die Pipeline sowie zwei in der Nähe verlaufende Unterseedatenkabel zerstörte. Chinesische Behörden bestreiten ein absichtliches Vorgehen

und sprechen von einem Unfall.¹⁴ Auch vor der Küste Taiwans kam es zu Beschädigungen an Unterseekabeln mit chinesischer Beteiligung.¹⁵

Hafenbetreiber sehen sich vermehrt mit Cyberangriffen konfrontiert.

Fälle von Sabotage und Spionage beschränken sich nicht auf kritische Unterwasserinfrastrukturen, sondern sind auch bei anderer maritimer KRITIS zu verzeichnen. Dazu zählen unter anderem Überflüge mutmaßlich russischer Überwachungsdrohnen über Hafenanlagen wie etwa LNG-Terminals in Deutschland¹⁶ und über Bohrinseln und Offshore-Windparks vor der Küste Norwegens¹⁷. Deutsche und europäische Hafenbetreiber und -behörden sehen sich insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 vermehrt mit Cyberangriffen konfrontiert.¹⁸ Im selben Zeitraum häuften sich vor allem im Ostseeraum Vorfälle russischer elektronischer Kampfführung. Signale zur Satellitennavigation werden gestört (*jamming*) und Positionsangaben ziviler und militärischer Schiffe manipuliert (*spoofing*).¹⁹ Teile der Schattenflotte kommen auch für Spionage zum Einsatz. Häufig steuern diese Schiffe wahllos europäische Häfen an und werden dort aufgrund ihres Zustandes oder ihrer Ladung abgewiesen. Dabei erfassen sie die Prozesse und Strukturen der Häfen sowie Sicherheitsvorkehrungen vor Ort.

Auch wenn sich die unmittelbaren Auswirkungen dieser Vorfälle bisher in Grenzen hielten oder Schäden meist behoben werden konnten, zeigt sich: Der maritimen KRITIS muss mehr Bedeutung beigemessen werden.

Schwachstellen der Infrastruktur

Hierfür ist ein besseres Verständnis der Schwachstellen erforderlich. Oftmals erstrecken sich diese nicht nur entlang der Infrastruktur selbst. Am Beispiel der Unterseekabel wird deutlich, wie vielschichtig sie sind.



1. Schwachstelle: Fehlende Redundanzen

Unterseedatenkabel sind das Rückgrat der globalen Datenübertragung und Kommunikation. Sie transportieren mehr als 95 Prozent des internationalen Datenverkehrs und sind derzeit alternativlos.²⁰ Datenübertragung über Satelliten ist (noch) zu langsam und mit höheren Kosten sowie Störungsanfälligen verbunden.²¹ Sie erfolgt nur in den Regionen, in denen die Verlegung terrestrischer Kabel nicht möglich ist.

Der Bedarf an Datenübertragung wächst rapide, getrieben durch die digitale Transformation, die zunehmende Zahl neuer Internetnutzerinnen und -nutzer sowie datenintensive Technologien



Teil der russischen „Schattenflotte“? Der auf den Cookinseln registrierte Öltanker Eagle S wurde Ende 2024 von finnischen Behörden beschlagnahmt. Seine Besatzung wird verdächtigt, ein Unterseekabel in der Ostsee beschädigt zu haben. Foto: © Heikki Saukkomaa, Lehtikuva, Imago.

wie KI, Cloud-Dienste, Streaming-Plattformen und soziale Medien.

2. Schwachstelle: Große Abhängigkeit von Big-Tech-Unternehmen

Die meisten Unterseedatenkabel werden mittlerweile von großen Technologieunternehmen finanziert und betrieben. Diese Unternehmen kontrollieren einen erheblichen Teil der globalen Dateninfrastruktur, was zu einer Konzentration von Abhängigkeit führt. Zugleich werden sie immer mehr zum Spielball geoökonomischer

Machtspielen zwischen den USA und China. Um die chinesische Konkurrenz beim Bau und der Verlegung – und damit der Verbindung verschiedener Orte weltweit – in Schach zu halten, setzen die USA auf wirtschaftliche Druckmittel. Auch China baut auf staatliche Subventionen beim Kabelbau. Dies wurde vor allem beim Unterseekabelprojekt SEA-ME-WE 6 deutlich.²²

Bei sich verschärfenden geopolitischen Spannungen, Datenblockaden oder anderweitiger Priorisierung der Datenübertragung durch die Unternehmen fehlt es der Europäischen Union

und Deutschland an „eigener Infrastruktur“, auf die sie alternativ zurückgreifen könnten. Eine Ausnahme stellt hier lediglich das Datenkabel EllaLink, ein Projekt der EU und Brasiliens, dar.²³

3. Schwachstelle: Weltweit geringe Reparaturkapazitäten

Begrenzte Reparaturkapazitäten können zu längeren Ausfallzeiten führen.²⁴ Die Reparatur von Unterseekabeln ist komplex und je nach Ort und Tiefe der Kabel sehr zeitaufwendig. Es gibt weltweit nur eine begrenzte Anzahl von spezialisierten Schiffen und Experten, die in der Lage sind, diese Reparaturen durchzuführen. Derzeit gibt es weltweit 77 Kabelverlegeschiffe, von denen jedoch nur 22 auf Reparaturen spezialisiert sind. Darüber hinaus sind diese Schiffe im Durchschnitt 28 Jahre alt und nähern sich oft dem Ende ihrer Nutzungsdauer.²⁵ Für die Betreiber

von Kabelschiffen ist es wirtschaftlich sinnvoller, ihre Kapazitäten für die Verlegung neuer Kabel statt für Reparaturen zu nutzen.²⁶

4. Schwachstelle: Fehlende fähigkeitsspezifische Zuständigkeitsverteilung

Derzeit sind die Zuständigkeiten für den Schutz der kritischen Infrastruktur in Deutschland nicht entsprechend den Fähigkeiten verteilt. Grundsätzlich obliegt den (privaten) Betreibern der Schutz der Infrastruktur. Diese müssen angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz vor Störungen und zur Beherrschung von Sicherheitsrisiken ergreifen. Bei der Abwehr von staatlichen Einwirkungen fehlt es diesen Betreibern allerdings an Schiffen mit entsprechenden Fähigkeiten.

Für den weitergehenden Schutz und die Abwehr von Gefahren für Unterwasserinfrastrukturen



Ein umfassendes Lagebild: Die Commander Task Force Baltic (CTF Baltic) wurde in Rostock aufgestellt, um für die NATO künftig ein Unter- und Überwasserlagebild zu erstellen. Foto: © Bernhard Herrmann, Imago.

haben die Landespolizeien die Exekutivgewalt in den Küstengewässern, die Bundespolizei dagegen in der ausschließlichen Wirtschaftszone. Das Bundesverkehrsministerium ist verantwortlich für Schiffahrtsstraßen und Häfen, hat allerdings keine Mittel, diese zu schützen. Daher übernimmt dies die Bundespolizei. Die zuständigen Polizeibehörden verfügen nur über eingeschränkte Fähigkeiten, vor allem unter Wasser. Die Marine hingegen verfügt grundsätzlich über die Fähigkeiten, darf allerdings nur per Amtshilfeverfahren unterstützen. Durch diese Fähigkeitsdefizite bei den zuständigen Stellen geht bei einem Vorfall sehr viel Zeit durch Koordination und Antragsverfahren verloren.

Weniger Schwachstellen durch Maßnahmenbündel

Nur ein Bündel aus Maßnahmen kann den Schutz erhöhen, das Risiko von Ausfällen minimieren und die Folgen von Störungen verringern.

1. Strategische Knotenpunkte besser schützen

Ein vollumfassender Schutz der Unterseekabel wird nicht möglich sein, zu lang sind die Kabel und zu groß sind die Räume, die geschützt werden müssten. Dennoch gibt es weltweit strategische Knotenpunkte, an denen die Kabelverbindungen konzentriert verlaufen und an Land geführt werden, wie in Marseille, Singapur oder an der irischen Westküste. Auch im Roten Meer liegen viele Kabelverbindungen in geringem Abstand zueinander, was das Risiko gleichzeitiger Beschädigung mehrerer Verbindungen erhöht. Diese kritischen Punkte erfordern besondere Schutzmaßnahmen von Betreibern und Staaten, um sowohl Angreifer abzuschrecken als auch im Schadensfall schneller handeln zu können. Eine kontinuierliche Überwachung durch Patrouillen sowohl auf See als auch unter Wasser unter Einsatz moderner, unbemannter Technologien – wie die Unterwasserdrohne Seekatze, die über präzise Sonare in bis zu 300 Metern Tiefe den Meeresgrund aufklären kann, oder der in der Entwicklung befindliche Unterwasserroboter Robosalp, der besonders abgelegene und tiefe Meeresregionen aufklären soll – ist für die

Sicherheit der Infrastruktur unerlässlich. Die NATO hat im Januar eine Flotte aus zehn Schiffen zum Schutz der Unterseekabel entsandt, um bis April im Ostseeraum Sabotage zu verhindern. Allerdings kann sie in internationalen Gewässern die Durchfahrt von Schiffen gemäß der Kopenhagener Konvention von 1857 und dem SRÜ nicht blockieren.

2. Beschaffenheit und Verlegetiefe der Kabel anpassen

Die Beschaffenheit der Unterseekabel muss robuster werden. Die Kabel sind bis zu 15 Zentimeter dick und von einem Stahlkabel ummantelt sowie von einem teergetränkten Nylongemisch umgeben. Diese Ummantelung lässt sich weiter verstärken. Zugleich können die Kabel tiefer im Meeresboden verlegt werden. Vor dem Verlegen prüfen die Kabellegeschiffe den Meeresboden auf Risiken für das Kabel, wie die Bodenbeschaffenheit oder Strömungen. Bei größeren Risiken am Meeresboden werden die Kabel bis zu anderthalb Meter tief in den Meeresboden verlegt. So kann vor allem das Szenario der schleppenden Anker, die Kabel beschädigen, vermieden werden.

Dass es eines umfassenden Lagebildes auch unter Wasser bedarf, ist allen Akteuren klar.

3. Redundanzen erhöhen

Darüber hinaus müssen die Redundanzen erhöht werden. Neben alternativen und zusätzlichen Datenübertragungen über andere Kabelstränge und dem Bau weiterer Datenkabelverbindungen sollte auch die Datenübertragung über Satellitensysteme bei Störungen genutzt werden können. Das NATO-Projekt HEIST (Hybrid Space-Submarine Architecture Ensuring Infosec of Telecommunications) ist ein guter Anfang.²⁷ Hier soll die Datenübertragung im Falle eines größeren Angriffs auf die Kabelinfrastruktur auf Satelliten umgelenkt werden. Außerdem sollten staatliche Resilienzpläne besonders wichtige

Datenübertragungen priorisieren, sodass wesentliche Verbindungen bei einem großflächigeren Ausfall direkt umgeleitet und aufrechterhalten werden.

4. Reparaturkapazitäten ausbauen

Die Zahl der Spezialschiffe muss deutlich erhöht werden, um die Reparaturfähigkeiten regional zu verteilen und schnell Reparaturen einleiten zu können. Denkbar wäre, dass die EU selbst Kapazitäten aufbaut und drei bis fünf Reparaturschiffe vorhält, damit sie diese den privaten Betreibern im Schadensfall zur Verfügung stellen kann, und so die Lastenteilung bei der Instandhaltung und Sicherheit der Infrastruktur zwischen Staat und privaten Betreibern ausgeglichener ist. Bisher tragen die privaten Betreiber die Hauptlast. Alternativ könnte die International Telecommunication Union (ITU) der UN, die mit dem Branchenverband International Cable Protection Committee (ICPC) den International Advisory Body for Submarine Cable Resilience gegründet hat, eine Rolle bei der globalen Distribution von Reparaturkapazitäten einnehmen.

5. Umfassendes Lagebild aufbauen

Dass es eines umfassenden Lagebildes auch unter Wasser bedarf, ist allen Akteuren klar. Die Daten von Schiffen, Aufklärern, Drohnen, Satelliten und den Betreibern der Unterseekabel müssen in einem Lagebild zusammenlaufen. Mit technologischen Mitteln wie Sensoren, Flächenecholotten, Infrarotkameras oder Laserlichtquellen lässt sich auch unter Wasser ein noch besseres Bild erzeugen, das für den Schutz und die schnelle Reaktion auf Vorfälle unerlässlich ist. Unbedingt sollten die Betreiber durch Genehmigungsauflagen beim Bau der Infrastruktur zum Anbringen von mehr Sensoren und Kameras im Bereich der Infrastruktur verpflichtet werden. Die umzusetzenden europäischen Regelungen zum Schutz kritischer Infrastruktur, die NIS-2-Richtlinie und die CER-Richtlinie, gehen hier nicht weit genug. Die Commander Task Force Baltic (CTF Baltic) wurde in Rostock aufgestellt, um für die NATO unter anderem ein Unter- und Überwasserlagerfeld zu erstellen.

6. KI-gestützte AIS-Datenbank nutzen

Die AIS der Schiffe müssen besser für die Abwehr von Gefahren für die Unterseekabel genutzt werden. Die AIS-Daten können, in einer Datenbank erfasst, frühzeitig Hinweise über zuvor auffällige Schiffe geben und diese besonders kennzeichnen, um eine intensivere Beobachtung zu erleichtern. Schiffe der russischen Schattenflotte können so leichter erfasst und in Echtzeit verfolgt werden. Zugleich könnten die unzureichenden Versicherungen der Schiffe eine zusätzliche Zugriffsmöglichkeit für Behörden darstellen.

Die Marine muss schneller eingreifen können.

Die Datenmenge kann über KI-gestützte Systeme ausgewertet und zugleich eine Risikoprognose für die Schiffe erstellt werden. Grundlage könnte das von der Joint Expeditionary Force (JEF)²⁸ geplante, mit künstlicher Intelligenz betriebene, maritime Überwachungstool sein.

7. Fähigkeitsspezifische Zuständigkeitsverteilung schaffen

Zudem braucht es eine fähigkeitsspezifische Verteilung der Zuständigkeiten. Die Marine, mit ausgeweiteten Unterwasserfähigkeiten ausgestattet, muss schneller eingreifen können. Eine Regelung angelehnt an die Weisungsbefugnis des Havariekommmandos könnte hier Abhilfe schaffen. Das Havariekommando übernimmt in komplexen Krisenlagen die Einsatzleitung und führt Einsatzkräfte und -mittel, gibt Einsatzziele vor und beauftragt die zuständigen Stellen. Denkbar wäre ein ähnliches Modell für die Bundes- und Landespolizei sowie die Marine für die maritime KRITIS.

8. Klar kommunizieren und konsequent handeln

Außerdem braucht es bei Vorfällen zügige Gelegenmaßnahmen sowie eine präzise und öffentlichkeitswirksame Kommunikation der Behörden und Betreiber. Verdachtsmomente, die sich

bestätigen oder verlaufen, sollten regelmäßig mit der Bevölkerung geteilt und Ermittlungserfolge – über Bild- und Videomaterial – präsentiert werden. Exemplarisch haben die finnischen Behörden auf die mutmaßliche Sabotage durch den Öltanker Eagle S im Dezember 2024 gut und schnell reagiert.²⁹

9. Völkerrecht anpassen

Im SRÜ sollte ein Verbot von Sabotage und Spionage an Unterseekabeln und -pipelines (beispielsweise als neuer Artikel 112a SRÜ) aufgenommen und sollten den Küstenstaaten entsprechende Befugnisse übertragen werden.³⁰ In der eigenen AWZ etwa sollte ein Küstenstaat Zwangsmaßnahmen und Ermittlungen gegen fremde Schiffe auch ohne Zustimmung des Flaggenstaates durchführen dürfen, wenn diese Schiffe im Verdacht stehen, Sabotage oder Spionage an maritimer KRITIS des Küstenstaates zu begehen. Im Gegensatz zu klaren Befugnissen gegenüber Schiffen, die der Piraterie (Art. 105 SRÜ) oder illegaler Fischereiaktivitäten (Art. 62 (4) und Art. 73 SRÜ)³¹ verdächtigt werden, ist dies unzureichend geregelt.

10. Infrastrukturinvestitionen verstärken

Vor allem muss auch die EU mehr in die Infrastruktur investieren, unter anderem, um die große Abhängigkeit von Big-Tech-Unternehmen zu verringern, die derzeit überwiegend in den Ausbau der Kabelinfrastruktur investieren. Hierbei sollten die Investitionen nicht nur zusätzliche Kabelverläufe oder Reparaturkapazitäten betreffen, sondern auch Satellitensysteme als redundante Übertragungsmöglichkeit. Entweder die EU investiert selbst in die Infrastruktur, oder sie unterstützt Investitionen europäischer Unternehmen. Entscheidend hierbei ist, die Abhängigkeit von nichteuropäischen Staaten und Unternehmen zu verringern.

Fazit

In den vergangenen Monaten reagierten einige Küstenstaaten auf die Vorfälle im Ostseeraum schneller als in den Jahren zuvor. Dennoch sind

die Schutzvorkehrungen für Unterseekabel und die Maßnahmen zur Bewältigung von Ausfällen noch immer unzureichend. Angesichts des steigenden Risikos weiterer Vorfälle ist es notwendig, umfassendere Maßnahmen zu ergreifen und die Kosten für Angreifer künftig zu erhöhen. Nur ein Bündel an kleineren und größeren Maßnahmen kann unsere Schwachstellen schließen, den hybriden Angriffen begegnen und die maritime KRITIS absichern.

Ferdinand Gehringer ist Referent Innere Sicherheit und Cybersicherheit in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Matthias Hespe ist Referent Maritime Sicherheit in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 2024: Was sind Kritische Infrastrukturen?, in: <https://ogy.de/c8ia> [23.02.2025].
- 2 UN 1982: UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) (United Nations Convention on the Law of the Sea), A/CONF.62/122, in: <https://ogy.de/n96b> [12.02.2025].
- 3 Zu den einzelnen Bestimmungen der Definition der Basislinie siehe Artikel 5, 7 und 14 des SRÜ, ebd.
- 4 Schaller, Christian 2024: Völkerrechtliche Grundlagen des Schutzes maritimer kritischer Infrastruktur, in: Voelsen, Daniel (Hrsg.): Maritime kritische Infrastrukturen. Strategische Bedeutung und geeignete Schutzmaßnahmen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2024/S 03, 06.02.2024, S. 19 ff., in: <https://ogy.de/soqd> [12.02.2025].
- 5 Wissen.de 2022: Unterseekabel - Schlagadern der Weltkommunikation, 24.10.2022, in: <https://ogy.de/4bpg> [12.02.2025].
- 6 Welt 2024: Nach Huthi-Beschuss gesunkener Frachter hat wohl Unterseekabel durchtrennt, 08.03.2024, in: <https://ogy.de/b1cr> [12.02.2025].
- 7 Exemplarisch hier etwa die Zerstörung von Unterseekabeln zwischen den Färöer-Inseln und den Shetlandinseln im Oktober 2022, siehe Humpert, Malte 2022: Fiber-optic Submarine Cable near Faroe and Shetland Islands Damaged; Mediterranean Cables also Cut, High North News, 24.10.2022, in: <https://ogy.de/yb8m> [12.02.2025].
- 8 Bueger, Christian/Liebetrau, Tobias 2023: Critical maritime infrastructure protection: What's the trouble?, in: Villasante, Sebastián et al. (Hrsg.): Marine Policy, 09/2023, S. 4 f., in: <https://ogy.de/8gtm> [12.02.2025].
- 9 Gehringer, Ferdinand 2022: Unterseekabel als Kritische Infrastruktur und geopolitisches Machtinstrument. Warum Unterseekabel besser geschützt werden müssen, Analysen und Argumente 495, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.12.2022, in: <https://ogy.de/u7ss> [23.02.2025].
- 10 Corera, Gordon 2023: Ukraine war: The Russian ships accused of North Sea sabotage, BBC, 19.04.2023, in: <https://ogy.de/n4zd> [12.02.2025].
- 11 Bei einer Schattenflotte handelt es sich um Schiffe, die für Verschleierungstaktiken verwendet werden, um sanktionierte Waren zu schmuggeln und Wirtschaftsembargos zu umgehen.
- 12 Diese Schiffe verkehren ohne branchenübliche westliche Versicherung. Sie sind nicht Teil der Protection and Indemnity-Clubs (P&I-Clubs). Handelsschiffe sind durch eine Kasko- und Maschinenversicherung sowie eine Frachtversicherung abgedeckt. Zusätzlich gibt es die Schutz- und Entschädigungsversicherung (P&I-Versicherung), die schwerwiegende Risiken wie Ölverschmutzungen und Angriffe abdeckt. Diese Versicherung wird von P&I-Clubs bereitgestellt, die aus zwölf Vereinen bestehen und eine internationale Gruppe bilden. Versicherte Reeder zahlen in ihren Club ein und Versicherungsfälle werden jährlich vom Club bezahlt.
- 13 Braw, Elisabeth 2024: The threats posed by the global shadow fleet – and how to stop it, Report Atlantic Council, 06.12.2024, in: <https://ogy.de/2h57> [12.02.2025].
- 14 Chiappa, Claudia/Ngendakumana, Pierre Emmanuel 2023: ,Everything indicates‘ Chinese ship damaged Baltic pipeline on purpose, Finland says, Politico, 01.12.2023, in: <https://ogy.de/1mdc> [12.02.2025].
- 15 Wu, Huizhong/Lai, Johnson 2023: Taiwan suspects Chinese ships cut islands’ internet cables, Associated Press (AP), 18.04.2023, in: <https://ogy.de/8kzv> [12.02.2025].
- 16 NDR 2024: Spionage? Drohnen über Brunsbüttel beschäftigen Politik und Polizei, 26.08.2024, in: <https://ogy.de/y1hk> [12.02.2025].
- 17 Lewis, Mark 2022: Unidentified drones over Norway’s offshore platforms fuel fears of Russian threat, PBS News, 23.10.2022, in: <https://ogy.de/ot4u> [12.02.2025].
- 18 Tagesschau 2024: Kritische Infrastruktur: Mehr Cyberangriffe auf deutsche Seehäfen, 05.09.2024, in: <https://ogy.de/bsfs> [12.02.2025].
- 19 Bischoff, Kristian 2024: Maritime Dangers of GPS/AIS Spoofing and Jamming in the Baltic Sea, RiskIntelligence, 15.07.2024, in: <https://ogy.de/ohft> [12.02.2025].
- 20 Burnett, Douglas R./Beckman, Robert C./Davenport, Tara M. (Hrsg.) 2013: Submarine Cables. The Handbook of Law and Policy, Leiden, S. 9; Gehringer 2022, N. 9.
- 21 Forscher des Massachusetts Institute of Technology errechneten, dass ein Faserpaar in einem Seekabel mehr Signale übermitteln kann als 4.000 Satelliten des Starlink-Systems.
- 22 Gehringer, Ferdinand 2023: Geoökonomische Machtspiele unter Wasser, Standpunkt China Table, 05.09.2023, in: <https://ogy.de/g1rz> [12.02.2025].
- 23 Gehringer, Ferdinand 2024: EllaLink – how a submarine cable does more than just connect, in: Hedrich, Maximilian 2024: As relações Brasil-Europa diante do mundo em transformação, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 101, 06.02.2024, in: <https://ogy.de/s9ks> [12.02.2025].
- 24 Submarine Telecoms Forum 2024: Industry Report 13. Reporting Trends and Repair Time, S. 88, in: <https://ogy.de/zl2t> [12.02.2025].
- 25 Dzieza, Josh 2024: The Cloud under the sea, The Verge, 16.04.2024, in: <https://ogy.de/4mc0> [12.02.2025].
- 26 Die US-Regierung zahlt dem Unternehmen Subcom bspw. jährlich zehn Millionen Dollar, um im Notfall auf zwei Reparaturschiffe zurückgreifen zu können.
- 27 Sawall, Achim 2024: Nato will bei Seekabel-Angriffen auf Satelliten umlenken, Golem, 09.07.2024, in: <https://glm.io/186875> [12.02.2025].
- 28 JEF ist eine von dem Vereinigten Königreich geführte Militärgemeinschaft, der die nordischen Staaten, die baltischen Staaten und die Niederlande angehören.

- 29 Spezialkräfte des finnischen Grenzschutzes hatten den Tanker kurz nach der Beschädigung auf See betreten und Fotos der Operation veröffentlicht. Auch die anschließende Festsetzung des Schiffes in Finnland und die weiteren Untersuchungen wurden durch transparente öffentliche Kommunikation der Behörden begleitet. Siehe etwa AP 2024: Finland detains Russia-linked vessel over damaged under-sea power cable in Baltic Sea, NPR, 27.12.2024, in: <https://ogy.de/uzmi> [12.02.2025].
- 30 Das SRÜ benennt Sabotageakte an Unterwasserinfrastrukturen auf Hoher See zwar als „strafbare Handlung“, legt die Jurisdiktion hierfür allerdings in die Hände des Flaggenstaates des verursachenden Schiffes, nicht die des für die Infrastruktur zuständigen Staates. UN 1982, N.2, Art. 113, S.64.
- 31 UN 1982, N.2.



Wasser

Krisenherd Südchinesisches Meer

Wie sich die Philippinen und Vietnam gegen China zur Wehr setzen

Daniela Braun / Florian C. Feyerabend

Die Spannungen im Südchinesischen Meer sind in den vergangenen Monaten merklich gestiegen und China geht immer aggressiver gegen andere Anrainerstaaten vor. Wie können sich kleinere Nationen, darunter die Philippinen und Vietnam, gegen den übermächtigen Gegenspieler behaupten?

Das Südchinesische Meer gilt seit vielen Jahren als geopolitischer Hotspot.¹ In den vergangenen Monaten hat sich die Lage weiter zugespitzt. Immer wieder kam es zu gefährlichen Zusammenstößen insbesondere zwischen chinesischen und philippinischen Booten. Bei diesen Zwischenfällen drängen chinesische Schiffe philippinische Boote ab, es kommt teilweise zu heftigen Kollisionen und zum Einsatz von Wasserwerfern oder Lasern gegen philippinische Schiffsbesatzungen und Fischer. Der Konflikt droht zu eskalieren.

Seit vielen Jahrzehnten stehen sich im Südchinesischen Meer mehrere Staaten mit konkurrierenden Gebietsansprüchen gegenüber. In diesem Zusammenhang kam es bereits zweimal (1974, 1988) zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam.² Etwa seit den 1970er-Jahren haben die Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres – China, die Philippinen, Vietnam, Malaysia, Taiwan und Brunei – damit begonnen, bestimmte Inseln, Riffe, Atolle und Seegebiete für sich zu beanspruchen.³ Das Ergebnis sind zahlreiche überlappende Territorialansprüche – insbesondere um die vier großen Inselgruppen Spratly, Paracel, Pratas und Scarborough. Mit Ausnahme von Brunei haben alle Anrainerstaaten bereits Gebäude auf Riffen oder Atollen errichtet und diese zum Teil auch militärisch ausgebaut.⁴

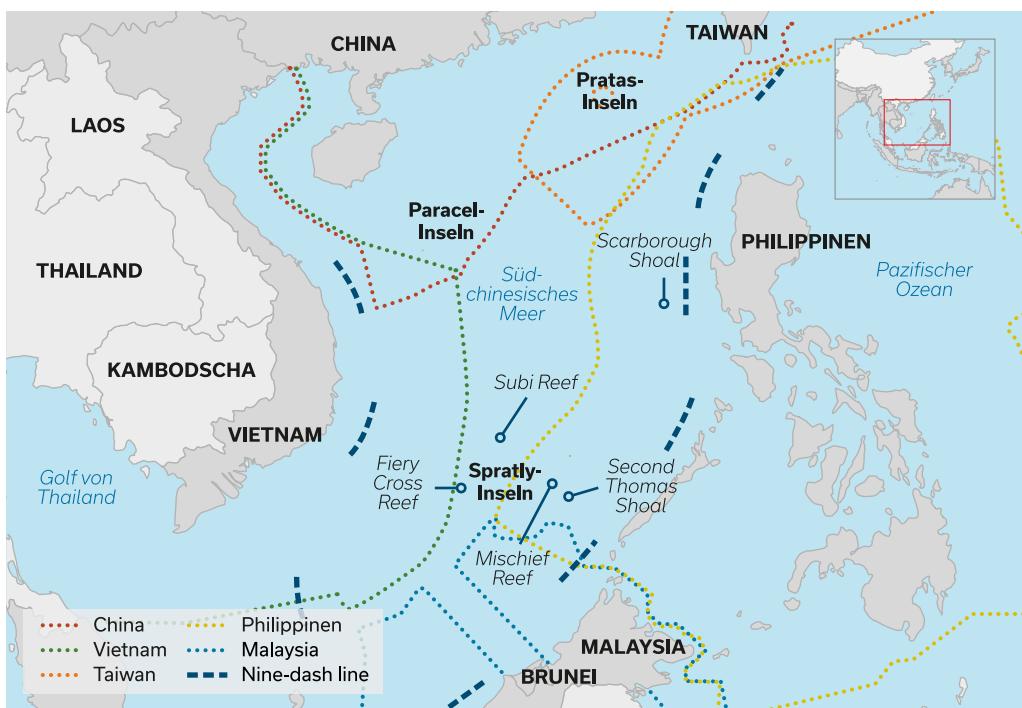
Das Südchinesische Meer ist für die meisten anliegenden Länder wichtige Lebensader. Es ist reich an Fischbeständen und zentral für Ernährungssicherheit und Handel in der Region. Unter dem Meeresboden werden zudem große Vorkommen an Erdöl und -gas vermutet. Neben

der Bedeutung für die regionale Stabilität ist das Südchinesische Meer auch international von hoher Relevanz. Da es sich um eine wichtige maritime Handelsroute handelt, können Entwicklungen im Südchinesischen Meer weltweit wirtschaftliche Auswirkungen haben. Die USA, wichtige Schutzmacht von unter anderem Japan, Südkorea, den Philippinen und Taiwan, haben Peking gegenüber immer wieder betont, dass sie ihre Beistandsverpflichtungen ernst nehmen. Für China geht es insbesondere um die militärstrategische Bedeutung und den Zugang zu den Seewegen des Pazifiks, die mit der unangefochtenen Vorherrschaft im Südchinesischen Meer einhergehen.

Chinas aggressives Vorgehen

Die Volksrepublik beansprucht – unter Bezug auf die Geschichte – basierend auf der sogenannten Ten-dash line (vormals „Nine-dash line“) mehr als 90 Prozent des Südchinesischen Meeres für sich. Beim Ausbau künstlicher Inseln und militärischer Außenposten geht Peking seit vielen Jahren mit beispieloser Geschwindigkeit und Entschlossenheit vor. Immer wieder dringt es mit seiner Seemiliz⁵, mit der Küstenwache oder der Marine tief in die Gewässer der anderen Anrainerstaaten vor, drangsaliert dort insbesondere Fischer und Boote der Küstenwache und hält Gebiete besetzt. Dieses aggressive Vorgehen ist als Grauzonentaktik bekannt.⁶ Es handelt sich dabei um gewaltsame Aktionen, die aber unterhalb der Schwelle von Krieg liegen und sich somit in einer sogenannten Grauzone bewegen. Die Anrainerstaaten müssen in ihrer eigenen, bis 200 Seemeilen (370,4 Kilometer) jenseits der Küstenlinie reichenden Ausschließlichen

Abb. 1: Ausschließliche Wirtschaftszonen und Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer



Punktlinien umreissen die geschätzte maximale Ausdehnung der Ausschließlichen Wirtschaftszonen der Anrainerstaaten. Quelle: eigene Darstellung nach The Economist 2024: The scary new map of the South China Sea, 10.09.2024, in: <https://ogy.de/gqfr> [20.02.2025], Karte: Natural Earth ☺.

Wirtschaftszone (AWZ) stets mit Störungen durch Chinesen und der Verletzung ihrer Souveränität rechnen – unter anderem mit hohen Verlusten für die eigene wirtschaftliche Entwicklung, da Fischfang in den traditionellen Gebieten oft durch Chinesen unterbunden wird.

Völkerrechtlich ist die Situation eindeutig. Laut Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) verletzt die Volksrepublik China durch ihr Vorgehen immer wieder die Souveränitätsrechte anderer Anrainerstaaten. In einem richtungsweisenden Urteil des internationalen Ständigen Schiedshofs in Den Haag 2016 wurde den Philippinen Recht gegeben und Chinas historische Ansprüche wurden zurückgewiesen. Bis heute erkennt Peking das Urteil nicht an.

Mit Blick auf das aggressive und illegale Vorgehen der Volksrepublik stellt sich die Frage, wie sich kleinere Länder gegen den übermächtigen Gegenspieler zur Wehr setzen können. Welche

Ansätze und Strategien verfolgen Anrainerstaaten wie die Philippinen und Vietnam, um ihre Souveränität gegen die stärkste Seestreitkraft der Welt zu verteidigen, und wie erfolgreich sind sie dabei?

Philippinen und China auf Kollisionskurs – die Rolle der Schutzmacht USA

Zwar kam es 2024 fast wöchentlich zu Auseinandersetzungen zwischen philippinischen und chinesischen Schiffen, aber der Zwischenfall am 17. Juni 2024 war sicherlich der heftigste. Das philippinische Militär wurde von der chinesischen Küstenwache aggressiv gestoppt, als es sich auf dem Weg zu einer Routineversorgungsmission am Second Thomas Shoal befand – einem flachen Korallenriff rund 200 Kilometer westlich der philippinischen Insel Palawan und bekannt für das absichtlich auf Grund gesetzte philippinische Kriegsschiff BRP Sierra Madre. Auf Bildern und Videos des Vorfalls ist zu sehen, wie

Chinesen die philippinischen Boote rammen und mit Spitzhaken und Messern auf die philippinischen Schiffe und Geräte einstechen. Schließlich wurde ein philippinischer Soldat bei der Aktion schwer verletzt.⁷ Besondersbrisant ist dieser Vorfall auch, weil Manila als US-Verbündeter zuletzt erklärt hat, der Tod eines Filipinos durch chinesische Aktionen sei die rote Linie, die den Bündnisfall auslösen würde.

Eine Eskalation zwischen den Philippinen und China würde auch die USA betreffen.

Die ehemalige Kolonialmacht USA ist der wichtigste Verbündete der Philippinen. Es bestehen mehrere verteidigungspolitische Abkommen und durch den 1951 geschlossenen gegenseitigen Verteidigungsvertrag würden die USA Manila im Kriegsfall zu Hilfe eilen. Die Beziehungen haben sich unter Präsident Marcos, seit dem 30. Juni 2022 im Amt, weiter intensiviert – auch als Reaktion auf die chinesischen Aggressionen im Südchinesischen Meer. Besonders deutlich wird das durch die Ankündigung der beiden Länder, dass die USA Zugang zu vier weiteren Militärstützpunkten in den Philippinen erhalten. Damit hat Washington Zugriff auf insgesamt neun philippinische Basen, auf denen US-Truppen rotierend stationiert werden können. Eine Eskalation zwischen den Philippinen und China im Südchinesischen Meer würde somit auch die USA betreffen, die in den vergangenen Jahren immer wieder betont haben – übrigens auch während der ersten Trump-Präsidentschaft –, ihren ältesten Vertragspartner in der Region verteidigen zu wollen.⁸

Schleichende chinesische Besetzung in philippinischen Gewässern

Der philippinisch-chinesische Territorialkonflikt lässt sich bis zum Beginn der schleichenden chinesischen Besetzung von Mischief Reef Mitte der 1990er-Jahre zurückverfolgen. Das traditionell wichtige Fischfanggebiet der Philippinen ist Teil der Spratly-Inselgruppe und liegt nur

130 Seemeilen westlich von Palawan entfernt. Heute beherbergt Mischief Reef einen chinesischen Luftwaffenstützpunkt und wurde durch Aufschüttung künstlich erweitert. Somit hat Manila keinen Zugriff mehr auf das Riff in seiner AWZ, stattdessen aber einen militärischen Stützpunkt einer feindlich eingestellten Nation vor der eigenen Haustür.

Ein weiterer folgenreicher Vorfall im Südchinesischen Meer ereignete sich 2012 am Scarborough Shoal. Nachdem die philippinische Marine entdeckt hatte, dass sich mehrere chinesische Fischer am Atoll befanden und illegal Korallen abbauten, kam es zu einer zwei Monate andauernden gefährlichen Pattsituation zwischen Manila und Peking. Diese wurde schließlich durch die Vermittlung der USA aufgelöst, mit einer Vereinbarung beider Länder, die Schiffe abzuziehen. Während die philippinische Seite der Vereinbarung Folge leistete, blieb China entgegen der Abmachung am Scarborough Shoal – ohne Folgen. Dieser Vorfall führte auch zur Entscheidung der Philippinen, vor den Ständigen Schiedshof zu ziehen.

Marcos-Administration geht entschlossen gegen China vor

Während die engen Beziehungen zu den USA seit der Unabhängigkeit ein wichtiger Eckpfeiler sind und für eine gewisse Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik sorgen, haben die unterschiedlichen Administrationen jeweils verschiedene Ansätze gegenüber China verfolgt, was auch das Agieren der Philippinen im Südchinesischen Meer beeinflusst hat.⁹ Die aktuelle Marcos-Administration hat sich nach einem schweren Zwischenfall mit den Chinesen am Second Thomas Shoal im Februar 2023 dazu entschlossen, einen deutlich anderen Kurs einzuschlagen als der chinafreundliche Vorgänger Rodrigo Duterte. Dabei setzt die Regierung auf ein Bündel an unterschiedlichen Maßnahmen, um die Souveränität des Landes zu verteidigen und keine weiteren Gebiete im Westphilippinischen Meer (offizieller Name des Teils des Südchinesischen Meers in der philippinischen AWZ) an China zu verlieren.

Dazu zählen insbesondere die sogenannte Transparenzinitiative sowie der Auf- und Ausbau von Allianzen und Partnerschaften, der strategische Einsatz des Völkerrechts,¹⁰ die Modernisierung der Küstenwache und des Militärs sowie die Verstärkung von Außenposten im Westphilippinischen Meer – insbesondere des von den Philippinen auf Grund gesetzten Schiffs BRP Sierra Madre am Second Thomas Shoal.¹¹ Auch wenn die aktuelle Administration deutlich entschlossener gegen Pekings Aggressionen im Südchinesischen Meer vorgeht, ist man weiterhin bemüht, die diplomatischen Kanäle mit China offenzuhalten und friedliche Lösungen zu finden.

Mit Transparenz gegen den übermächtigen Gegenspieler

Zentrales Element des aktuellen Regierungskurses ist die Transparenzinitiative, die darauf setzt, die chinesischen Grauzonentaktiken in den philippinischen Gewässern der Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft aufzuzeigen und dabei Chinas Selbstdarstellung als friedliche und verantwortungsvolle Großmacht als scheinheilig zu entlarven.¹² Es handelt sich dabei nicht um eine ausformulierte Strategie und die Äußerungen zur Transparenzinitiative können unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wen man in der philippinischen Regierung danach fragt.

Stark zugenommen hat die diplomatische Unterstützung für Manilas Position im Südchinesischen Meer.

Mit Blick auf die Ziele und Wirksamkeit sagt Commodore Jay Tarriela, Leiter des Büros für Transparenz im Westphilippinischen Meer, dass es sich nicht um ein Wundermittel handele, welches das chinesische Agieren kurzfristig ändern werde. Es gehe vielmehr darum, Unterstützung in der philippinischen Bevölkerung und von der internationalen Gemeinschaft für die eigene Position zu erhalten. In dieser Hinsicht scheint die Transparenzinitiative sehr wirksam zu sein,



denn die diplomatische Unterstützung für Manilas Position im Südchinesischen Meer hat stark zugenommen. Jedes Mal, wenn sich ein Vorfall zwischen philippinischen und chinesischen Schiffen ereignet, kommt es zu einer Reihe von Solidaritätsbekundungen unter anderem von den USA, Australien, Japan, der EU und zahlreichen europäischen Ländern, darunter auch Deutschland. Und es bleibt nicht nur bei rhetorischen Bekenntnissen. Die Liste der in den vergangenen Monaten angekündigten und geschlossenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Abkommen und Kooperationen ist lang, unter anderem stehen darauf Japan, Australien, Südkorea, Singapur, Vietnam,



Schleichende Inbesitznahme: Insbesondere seit den 1990er-Jahren hat China Teile der Spratly-Inseln besetzt, schüttet dort Land auf und installiert militärische Infrastruktur. Das Bild aus dem Jahr 2015 zeigt chinesische Arbeiten am Fiery Cross Reef. Schon wenig später waren dort ein Hafen und ein Flughafen fertiggestellt. Foto: © CPA Media, Imago.

Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Der Aufbau und die Festigung von Beziehungen und Allianzen insbesondere mit den Mittelmächten in der Region, aber auch zum Beispiel mit der EU, wurden durch die Transparenzinitiative deutlich vorangetrieben. Durch die internationale Unterstützung Manilas hat die philippinische Position an Stärke gewonnen.

Inwiefern die Transparenzinitiative jedoch zu einer Abschreckung beziehungsweise zu einer

Verhaltensänderung Pekings führt, ist fraglich. Daten des US-amerikanischen Thinktanks Centre for Strategic and International Studies (CSIS) zeigen, dass Peking mehr Schiffe in die philippinischen Gewässer entsendet und die Intensität der Zusammenstöße zugenommen hat. Auch die Art der Schiffe beziehungsweise Akteure, die China einsetzt, zeigt, dass Peking weiter auf Eskalation und Einschüchterung setzt: Im Dezember 2024 wurde zum ersten Mal berichtet, dass Schiffe der Marine der Volksbefreiungsarmee sich

philippinischen Booten näherten, diese beschatteten und aggressive Manöver durchführten.¹³

Dennoch dürfte es nicht in das chinesische Kalabal passen, dass eine „kleine Nation“ sich Peking öffentlich widersetzt und aller Welt immer wieder zeigt, zu welchen illegalen Mitteln China greift. Hinzu kommt: Auch unter einem deutlich chinafreundlichen Präsidenten Duterte gab es zahlreiche Zusammenstöße zwischen den beiden Ländern, über die allerdings nicht berichtet werden durfte.

Vietnam behauptet leise, aber bestimmt seine Souveränität.

Der aktuelle philippinische Ansatz ist als mutige Reaktion eines kleineren Landes mit wenig Ressourcen auf das völkerrechtswidrige und aggressive Verhalten eines übermächtigen Gegenspielers zu bewerten. Es liegt an Peking, sein Verhalten zu ändern und die Transparenzinitiative dadurch hinfällig zu machen – nicht an Manila, die Augen vor diesem Verhalten zu verschließen.

Chinas aggressive Taktiken gegenüber Vietnam

Während sich die internationale Aufmerksamkeit primär auf das Auftreten Chinas in der philippinischen AWZ und die damit verbundene öffentlichkeitswirksame Konfrontation zwischen Peking und dem US-Verbündeten Manila richtet, ist die Situation Hunderte Seemeilen westlich kaum weniger spannungsreich.¹⁴ Auch vietnamesische Fischer werden regelmäßig von chinesischen Schiffen bedrängt. Mit gleicher Regelmäßigkeit führt China zudem Unterwasser-Vermessungsarbeiten durch,¹⁵ bevorzugt in unmittelbarer Nähe vietnamesischer maritimer Erdöl- und Erdgasvorkommen. Außerdem gibt es Berichte über US-amerikanische Geheimdiensterkenntnisse, wonach China für Sabotageakte an den auf dem Meeresgrund des Südchinesischen Meeres verlaufenden vietnamesischen Glasfaserkabeln

verantwortlich sei.¹⁶ Durch Grauzontaktiken gekennzeichnete chinesische Einschüchterungsversuche sind somit auch im „Ostmeer“ (so die vietnamesische Bezeichnung für das Südchinesische Meer) an der Tagesordnung.

Vietnams Ansatz zur Sicherung seiner maritimen Souveränität

Bedingt durch sein kommunistisches Einparteiensystem, die geostrategische Lage, historische Erfahrungen sowie seine Bündnisfreiheit verfolgt Vietnam jedoch einen anderen Ansatz im Umgang mit dem chinesischen Agieren als die Philippinen.¹⁷ Deren Transparenzinitiative wird in Vietnam manchmal auch als „Megafon-Diplomatie“ bezeichnet. Vietnam hingegen behauptet leise, aber bestimmt seine Souveränität.¹⁸ Dabei will man sich nicht allein auf die Wirksamkeit des Seevölkerrechts oder die endlosen Verhandlungen über einen verbindlichen Verhaltenskodex verlassen, sondern setzt zum einen auf die normative Kraft des Faktischen und baut zum anderen die sicherheitspolitische Kooperation mit Drittstaaten wie den Philippinen aus.¹⁹

Eine weitere entscheidende Komponente stellt die Anti-Zugangs-/Gebietsverweigerungs-Strategie (Anti-Access/Area Denial, A2/AD) dar, die den Bau und die Modernisierung von Militärbasen auf Inseln und Riffen unter Hanois Kontrolle beinhaltet. In diesem Zusammenhang sind auch die Landgewinnungsmaßnahmen Vietnams auf den Spratly-Inseln zu verstehen: Wie die Asia Maritime Transparency Initiative (AMTI) des Thinktanks CSIS auf Grundlage der Analyse von Satellitenaufnahmen feststellte, hat Vietnam große Anstrengungen unternommen, mittels Aufschüttungen und Ausbaggerungen neue Landflächen in den umstrittenen Gebieten des Südchinesischen Meeres zu schaffen – auf Kosten der fragilen Unterwasserökosysteme.²⁰ So konnte Vietnam allein seit Juni 2024 rund 260 Hektar Neuland auf den Spratlys schaffen, nach etwa 280 Hektar im Zeitraum zwischen November 2023 und Mitte vergangenen Jahres. Damit hat Vietnam dort nun etwa dreiviertel so viel Land aufgeschüttet wie China während des Baus seiner sieben Militärbasen zwischen 2013 und 2016.

Diese Militärbasen verschafften China bislang einen signifikanten militärisch-strategischen Vorteil: Mit Mischief Reef, Subi Reef und Fiery Cross kontrolliert Peking die mit Abstand größten künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer und militarisiert diese vollständig mit Anti-Schiffs- und Flugabwehraketensystemen, Laser- und Störgeräten, Kampfflugzeugen sowie Start- und Landebahnen von mehr als drei Kilometern Länge. Dadurch erhöhte sich die Fähigkeit Pekings zur Überwachung, Machtprojektion und Abschreckung in dem umstrittenen Meeresgebiet. Und es erhöhte die Fähigkeit zur Schikanierung der anderen Anrainerstaaten mit eigenen Gebietsansprüchen. Denn die künstlichen Inseln stellen nicht nur unsinkbare Flugzeugträger mit Palmen dar, sondern dienen mit ihren Hafenanlagen auch als permanente Basen für die Stationierung von chinesischer Marine, Küstenwache und Seemiliz, die häufig mit den Fischereiflotten beispielsweise Vietnams und der Philippinen aneinandergeraten.

Vietnam modernisiert und erweitert seine militärische Infrastruktur

Dass Vietnam nun in gewisser Weise den chinesischen Ansatz der Landgewinnung nachahmt, versetzt Hanoi in die Lage, seine Start- und Landebahnen zu modernisieren und zu erweitern sowie seine vergrößerten Außenposten möglicherweise mit fortschrittlichen Waffen (beispielsweise mit Anti-Schiffssartillerie und Lenkflugkörpern), Überwachungsfähigkeiten (Radar) und Verteidigungsstrukturen auszustatten, die Angriffen standhalten sollen.²¹ In einem militärischen Konfliktfall würde dies die Kalkulationen Pekings verkomplizieren; es erfüllt somit eine Abschreckungsfunktion.²² Zugleich dienen die vietnamesischen Außenposten, wie auch die chinesischen, vermutlich als Basen für maritime Patrouillen. Somit kann Vietnam die beanspruchten Gewässer effektiver überwachen und dort seine maritimen Rechte gemäß SRÜ ausüben.

Kein alleiniger Gamechanger in dem von militärischer Machtasymmetrie geprägten Verhältnis zwischen Hanoi und Peking, aber doch von

herausragendem strategischem Nutzen, ist insbesondere die Anlage neuer militärischer Flugplätze. Vietnam verfügte bis dato lediglich auf der für den Archipel namensgebenden Spratly-Insel über eine Start- und Landebahn von 1,3 Kilometern Länge – zu kurz für größere Transport- und Überwachungsflugzeuge oder Kampfbomber. Im zweiten Halbjahr 2024 begann Vietnam jedoch mit der Asphaltierung einer Start- und Landebahn von doppelter Länge – ausreichend lang für die Nutzung durch Kampfflugzeuge – auf der künstlich geschaffenen Insel Barque Canada Reef. Und auch auf dem aufgeschütteten Pearson Reef entsteht Satellitenbildern nach zu urteilen möglicherweise ein weiterer militärischer Flugplatz. Hanoi selbst hat zu den Ausbauplänen öffentlich nicht Stellung bezogen.

Bislang hat China den vietnamesischen Aktivitäten anscheinend tatenlos zugesehen.

Reaktion auf Hanois Vorgehen

All dies ist Peking mitnichten verborgen geblieben, doch auffallend lange hielt man sich mit öffentlicher Kritik zurück und es sind auch keine Maßnahmen bekannt geworden, mit denen Peking versucht hätte, die Landgewinnungs- und Ausbaupläne Hanois zu durchkreuzen. Erst Anfang Dezember 2024 ließen sich regierungsnahe chinesische Experten mit teils harscher Kritik an dem Vorgehen Hanois zitieren: Demnach sei eine „entschlossenere Reaktion notwendig“, denn wenn dies unbeachtet bleibt, „wird Vietnams fortlaufende Bautätigkeit nur weiter zunehmen und das bestehende Gleichgewicht in der Region weiter stören. Dies wird nur zu größerer Instabilität und erhöhter Unsicherheit führen“.²³ Andere Stimmen warnten gar alarmistisch davor, dass Vietnam den Vereinigten Staaten oder Japan die Nutzung der Start- und Landebahnen gestatten könnte.²⁴ Dies ist jedoch aufgrund der vietnamesischen Verteidigungsdoktrin der Bündnis- und Blockfreiheit²⁵ kein plausibles Szenario.

Während westliche Regierungen die Landgewinnungs- und Ausbaumaßnahmen Vietnams nicht offiziell kommentierten, finden sie in westlichen Expertenkreisen Zustimmung. Man sieht darin das Potenzial, das durch die chinesische Dominanz ausgehebelte Machtgleichgewicht im Südchinesischen Meer wiederherzustellen. So ist Alexander L. Vuving, Professor am Asia-Pacific Center for Security Studies auf Hawaii und Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Ansicht, dass „Vietnams Landgewinnung Hoffnung gibt auf die Wiederherstellung dieser [gegen Chinas Hegemonialstreiben gerichteten, Anm. d. Verf.] Gegengewichte“.²⁶ Ähnlich sieht dies der Vietnamexperte Bill Hayton von Chatham House, wobei er jedoch nicht davon ausgeht, dass die Maßnahmen Hanois in Peking ernsthafte Sorgen und Sicherheitsbedenken hervorrufen.²⁷

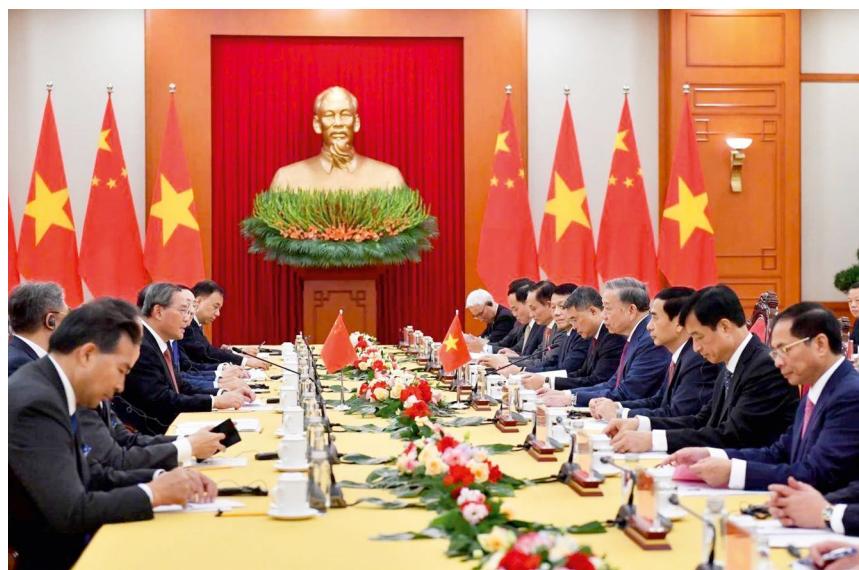
Inwiefern die zunächst durch besagte chinesische Experten vorgebrachte öffentliche Kritik einen neuen Ansatz in Pekings Politik ankündigt, bleibt abzuwarten. Offensichtlich ist jedoch, dass China bislang mit Ausnahme einer einzigen offiziellen Zurückweisung im Februar 2025²⁸ schweigsam und anscheinend tatenlos den vietnamesischen Aktivitäten zugesehen hat, während zugleich die Spannungen mit den Philippinen weiter östlich im Südchinesischen Meer stiegen. Daher wird

der korrekten Interpretation der chinesischen Zurückhaltung weitreichende Bedeutung zugeschrieben, da sich hieraus auch Implikationen für das Konfliktverhalten Chinas gegenüber anderen Akteuren – wie zum Beispiel den Philippinen – ableiten lassen könnten.

Chinas vermeintliche Passivität gegenüber Vietnam

Im Wesentlichen lassen sich nach Expertenmeinung²⁹ fünf sich gegenseitig beeinflussende Faktoren anführen, die als plausible Deutung für die vermeintliche chinesische Passivität dienen können. Da ist zum einen der unterstellte Unwillen Pekings, neben der Konfrontation mit Manila parallel einen zweiten Konflikttherd mit Hanoi eskalieren zu lassen, da man diplomatischen Schaden befürchtet. Zum anderen könnte Peking auch zu der Überzeugung gelangt sein, dass seine Eskalationsdominanz beschränkt ist und Hanoi bei (militärischem) Druck und Einschüchterungsversuchen nicht nachgiebig wäre, sondern im Gegenteil über Entschlossenheit und Risikobereitschaft verfügt. Hierbei kann auf den Präzedenzfall der Ölplattformkrise 2014 verwiesen werden, der zuungunsten Pekings ausging.³⁰ Der dritte Faktor ist die Bündnisfreiheit Vietnams, in diesem Falle politisch ein Vorteil, da dadurch die vietnamesischen Aktivitäten im Südchinesischen

Konkurrenten im Südchinesischen Meer, Brüder im Geiste: Trotz überlappender Gebietsansprüche gibt es zwischen den kommunistischen Einparteiensystemen Chinas und Vietnams verlässliche Gesprächskanäle. Foto: © Kyodo News, Imago.



Meer von China nicht als unmittelbare geopolitische Herausforderung betrachtet werden müssen.

Die Philippinen und Vietnam verfolgen unterschiedliche Strategien, wenn es um die Verteidigung ihrer maritimen Souveränität geht.

Damit verbunden mag der Faktor eine Rolle spielen, dass Vietnam und China als kommunistisch regierte Bruderstaaten über verlässliche Gesprächskanäle zwischen den Herrschaftsparteien verfügen und Meinungsdifferenzen im Stillen geklärt werden können. Nicht zuletzt stellen die überlappenden Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer nur einen Aspekt der bilateralen Beziehungen dar. Beide Länder sind neben der ideologischen Verbundenheit auch enge Wirtschaftspartner, es verbindet sie offiziell eine „umfassende strategische Partnerschaft“ und man bekennt sich auch zum Aufbau einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft“. Der renommierte Vietnamexperte und emeritierte Professor Carlyle Thayer kommt daher zu dem Schluss: „Es ist eine komplexe Beziehung, aber nicht antagonistisch wie die zwischen China und den Philippinen. China versucht, die USA von den Philippinen zu vertreiben, und die USA sind nicht auf die gleiche Weise in Vietnam präsent.“³¹

Manila – Hanoi: ziemlich beste Freunde?

Die Philippinen und Vietnam verfolgen unterschiedliche Strategien, wenn es um die Verteidigung ihrer maritimen Souveränität geht. Auch wenn es diese Unterschiede gibt und Vietnam – ähnlich wie andere Staaten der Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (ASEAN) – die Philippinen für deren „lautes“ Auftreten kritisiert, handelt es sich bei beiden Ländern um diejenigen ASEAN-Nationen, die sich am deutlichsten gegen das chinesische Vorgehen wehren. Auch deshalb zeichnet sich zwischen den zwei Ländern eine wachsende Kooperation ab und Manila

und Hanoi werden gar als „Besties“ innerhalb der ASEAN bezeichnet.³² Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Küstenwachen soll durch gemeinsame Übungen und Trainings intensiviert werden. Ein weiterer Bereich, in dem sich beide Nationen enger abstimmen wollen, sind die Zwischenfälle im Südchinesischen Meer – wie genau das passieren soll, ist aber bisher nicht bekannt.

Es ist eine positive Entwicklung, dass beide Länder im Bereich maritime Sicherheit enger kooperieren wollen. Leider ist von der ASEAN insgesamt wenig zu erwarten, wenn es um ein gemeinsames Vorgehen mit Blick auf Chinas illegales und aggressives Verhalten im Südchinesischen Meer geht – zu stark ist der Einfluss Pekings in vielen der südostasiatischen Staaten. Auch die Verhandlungen zu einem Verhaltenskodex werden zwar rhetorisch weiter unterstützt, aber hinter den Kulissen glaubt niemand an einen baldigen Abschluss. Deshalb ist es zu begrüßen, dass Vietnam und die Philippinen gemeinsam vorangehen und mit Blick auf die Lage im Südchinesischen Meer enger kooperieren wollen.

Wie weiter im Südchinesischen Meer?

Das Südchinesische Meer wird ein geopolitischer Hotspot bleiben, der die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft fordert. Die Gefahr, dass ein Zusammenstoß insbesondere zwischen China und den Philippinen oder auch mit Vietnam außer Kontrolle gerät, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Die Folgen einer kriegerischen Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer wären auf der ganzen Welt spürbar.

Deutschland und Europa sind gefordert, für ihre Interessen auch in dieser Weltregion einzustehen. Es geht darum, die Freiheit der Seewege und die regelbasierte Weltordnung zu verteidigen und Länder wie die Philippinen und Vietnam in ihrem Kampf für ihre Souveränität zu unterstützen. In den vergangenen Jahren hat Deutschland mit den Leitlinien zum Indo-Pazifik und dem wachsenden Engagement in der Region bereits bedeutende Weichen gestellt. Es war ein

wichtiges Zeichen, dass Deutschland 2024 erneut ein Indo-Pazifik-Engagement mit Marine und Luftwaffe gezeigt hat und dieses Mal auch nicht davor zurückgeschreckt ist, umstrittene Gewässer zu durchfahren. Eine neue Bundesregierung sollte Deutschlands Rolle in der Region ausbauen und insbesondere Länder wie die Philippinen und Vietnam bei ihrem Kampf für die Durchsetzung des Völkerrechts unterstützen. Hierbei sollte auch die rüstungspolitische Ertüchtigung eine größere Rolle spielen.

Daniela Braun ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Philippinen.

Florian C. Feyerabend ist Leiter des Auslandbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Vietnam.

- 1 Senkyr, Jan / Merkle, David 2023: Geopolitik im Südchinesischen Meer. Militärische Aufrüstung und Konsequenzen für Europa, Monitor, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.08.2023, in: <https://ogy.de/2zrz> [18.12.2024].
- 2 Kreuzer, Peter 2014: Gefährliches Souveränitäts-spiel im Südchinesischen Meer, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, 22.09.2014, in: <https://bpb.de/191926> [21.02.2025].
- 3 Council on Foreign Relations 2024: Territorial Disputes in the South China Sea, 17.09.2024, in: <https://ogy.de/i9u3> [18.12.2024].
- 4 Paul, Michael 2016: Eine „große Sandmauer“ im Südchinesischen Meer? Politische, seerechtliche und militärische Aspekte des Inselstreits, SWP-Studie 2016/S 09, Stiftung Wissenschaft und Politik, 24.05.2016, in: <https://ogy.de/yh8c> [21.02.2025].
- 5 Die chinesische Seemiliz ist eine Mischung aus zivilen und militärischen Einheiten, die für die Durchsetzung der chinesischen maritimen Interessen eingesetzt wird.
- 6 In den Philippinen, in den USA und in Australien mehren sich die Stimmen, „Grauzonentaktiken“ als *illegal, aggressive, coercive and deceptive* (ICAD) zu bezeichnen. Damit soll das Vorgehen Chinas klar charakterisiert werden.
- 7 Philstar Global 2024: Philippines says navy officer severely injured in China Coast Guard ‚ramming‘, 18.06.2024, in: <https://ogy.de/muh0> [18.12.2024].
- 8 Bei einem Besuch im März 2019 stellte der damalige US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo klar, dass ein Angriff Chinas im Südchinesischen Meer auf philippinische Streitkräfte, Flugzeuge oder Schiffe den Verteidigungsfall auslösen würde. Ranada, Pia 2019: South China Sea covered by PH-US Mutual Defense Treaty – Pompeo, Rappler, 01.03.2019, in: <https://ogy.de/y62o> [18.12.2024].
- 9 Nalos, Matthew Angelos 2023: Navigating Troubled Water: The Philippines-China Bilateral Relationship in the Context of the West Philippine Sea Dispute, Adenauer Young Researcher’s Report 1: 1, Konrad-Adenauer-Stiftung, 29.05.2023, in: <https://ogy.de/n9rw> [21.02.2025].
- 10 Die Philippinen erwägen aktuell, ein zweites Mal gegen China vor einem internationalen Gerichtshof zu klagen, aufgrund der durch das chinesische Vorgehen verursachten Umweltschäden in den philippinischen Gewässern. Lema, Karen 2025: Philippines to pick venue soon for second South China Case against Beijing, Reuters, 23.01.2025, in: <https://ogy.de/dhux> [18.12.2024].

- 11 1999 haben die Philippinen das Landungsschiff BRP Sierra Madre am Second Thomas Shoal mit Absicht auf Grund gesetzt. Es fungiert seitdem als militärischer Außenposten der Philippinen und beherbergt etwa ein Dutzend Soldaten. Die BRP Sierra Madre unterstreicht den rechtmäßigen Gebietsanspruch Manilas am Second Thomas Shoal insbesondere gegenüber Peking. Die regelmäßigen Versorgungsmissionen wurden gerade 2024 immer wieder von chinesischen Schiffen blockiert. Ratcliffe, Rebecca 2024: „I did it as quietly as I could“: the navy chief who wrecked his ship to scupper China’s ambitions, *The Guardian*, 26.07.2024, in: <https://ogy.de/ejx0> [18.12.2024].
- 12 Arugay, Aries A. / Ibarra, Edcel John A. 2024: Something Old, Something New: The Philippines’ Transparency Initiative in the South China Sea, *Fulcrum*, ISEAS – Yusof Ishak Institute, 06.05.2024, in: <https://ogy.de/tx8j> [18.12.2024].
- 13 Casucian, Jiselle Anne C. / Bajo, Anna Felicia 2024: PH: China deployed Navy ships to shadow PCG in WPS, *GMA News Online*, 04.12.2024, in: <https://ogy.de/tlu5> [18.12.2024].
- 14 Huynh kommt in seiner empirischen Analyse von Zwischenfällen im Südchinesischen Meer (1970–2021) zu dem Schluss, dass „Vietnam das größte Einzelziel chinesischer Zwangsmassnahmen [ist], gefolgt von den Philippinen, Malaysia und Indonesien“. Huynh, Dung 2022: Facing the Ravenous Sea Dragon. How Weaker Nations Confront Chinese Coercion in the South China Sea, RAND Corporation, S. 62, 01.11.2022, in: <https://ogy.de/f31f> [13.12.2024].
- 15 Thuy, Dung 2024: Viet Nam demands China end illegal survey operation in Vietnamese waters, *Viet Nam Government News*, 07.06.2024, in: <https://ogy.de/p822> [13.12.2024].
- 16 Guarascio, Francesco / Nguyen, Phuong / Brock, Joe 2024: Exclusive: Inside the US push to steer Vietnam’s subsea cable plans away from China, *Reuters*, 18.09.2024, in: <https://ogy.de/hin1> [13.12.2024].
- 17 Vu, Khang 2024: Why Vietnam Cannot Copy the Philippines’ China Policy, *The Diplomat*, 14.02.2024, in: <https://ogy.de/4koq> [13.12.2024].
- 18 Borton, James 2024: Vietnam quiet, firm and resili-ent in the South China Sea, *Asia Times*, 09.12.2024, in: <https://ogy.de/ddjq> [13.12.2024].
- 19 Walker, Tommy 2024: South China Sea: Philippines, Vietnam deepen defense ties, *Deutsche Welle*, 10.09.2024, in: <https://p.dw.com/p/4kTML> [13.12.2024].
- 20 Lee, Liz 2025: China opposes Vietnam’s building work on disputed reef in South China Sea, *Reuters*, 19.02.2025, in: <https://ogy.de/j8u1> [31.03.2025].
- 21 CSIS 2024: How Many Runways is Vietnam Building in the Spratly Islands?, 30.10.2024, in: <https://ogy.de/u0p0> [13.12.2024].
- 22 Dies erklärt auch, weshalb die Philippinen sich mit Kritik an dem Vorgehen Vietnams zurückgehalten haben. Nguyen, Le 2024: Vietnam confronts China with island building in South China Sea, *Voice of America*, 27.06.2024, in: <https://ogy.de/mx6l> [13.12.2024].
- 23 Chen Xiangmiao, Associate Research Fellow, National Institute for South China Sea Studies, zitiert nach Chen, Alyssa 2024: South China Sea: Vietnam reef projects and runway may set scene for conflict with Beijing, *South China Morning Post*, 10.12.2024, in: <https://ogy.de/js8w> [13.12.2024].
- 24 Wu Shicun, Gründer, National Institute for South China Sea Studies und Vorsitzender des Huayang Centre for Maritime Cooperation and Ocean Governance, zitiert nach ebd.
- 25 Siehe die „4 Neins“: „Vietnam setzt sich konsequent dafür ein, weder militärischen Allianzen beizutreten, sich auf die Seite eines Landes gegen ein anderes zu stellen, anderen Ländern die Erlaubnis zu erteilen, Militärbasen zu errichten, oder sein Territorium für militärische Aktivitäten gegen andere Länder zu nutzen, noch Gewalt anzuwenden oder mit Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen zu drohen.“ Ministry of National Defence 2019: 2019 Vietnam National Defence, S. 23 f., in: <https://ogy.de/ibj7> [13.12.2024]. Eigene Übersetzung.
- 26 Vuving, Alexander L. 2024: Vietnam’s land reclama-tion helps balance power in South China Sea, *Nikkei Asia*, 28.07.2024, in: <https://ogy.de/s08z> [13.12.2024].
- 27 Zitiert nach Chen 2024, N. 23.
- 28 Lee 2025, N. 20.
- 29 Cooper, Zack / Poling, Gregory 2024: The South China Sea Dog that Hasn’t Barked ... Yet, *Meta-morphic Media*, 18.06.2024, in: <https://ogy.de/wcrl> [13.12.2024].
- 30 Nguyen, The Phuong 2024: The South China Sea Disputes and the Evolution of the Vietnam-China Relationship, S. 61 ff., 07.05.2024, in: Mastro, Oriana Skylar (Hrsg.) 2024: Encounters and Escalation in the Indo-Pacific. Perspectives on China’s Military and Implications for Regional Security, NBR Special Report 108, in: <https://ogy.de/fj8n> [21.02.2025].
- 31 Yee, Tan Hui 2024: Vietnam pursues ties with Beijing while steadily fortifying South China Sea positions, *The Straits Times*, 03.11.2024, in: <https://ogy.de/lwxr> [13.12.2024].
- 32 Vitug, Marites Dañguilan 2024: Vietnam is the Philippines’ Bestie in ASEAN, *Rappler*, 30.07.2024, in: <https://ogy.de/yxsq> [18.12.2024].



Wasser

Rückzugsort für Dschihadisten

Warum der Tschadsee islamistischen
Terroristen ideale Bedingungen bietet

[Ulf Laessing](#)

Der Wasserstand im Tschadsee ist lange gesunken und hat das einst riesige Gewässer in eine Insellandschaft mit winzigen Strömen verwandelt – ein ideales Rückzugsgebiet für Dschihadisten, die in Niger, Nigeria, Tschad und Kamerun expandieren. Sie profitieren von steigender Armut und dem Klimawandel im Vierländereck.

Aus dem Flugzeug sieht der Tschadsee in Zentralafrika wie eine Pfütze aus. Und tatsächlich ist er im Vergleich zu den 1960er-Jahren stark geschrumpft. Der See liegt am Südrand der Sahara und bot einst 20 Millionen Menschen eine Lebensgrundlage durch Landwirtschaft, Fischerei und Handel. Heute benötigen mehr als zehn Millionen am See lebende Menschen wegen der angespannten Sicherheitslage, viel kleinerer Fischgründe und der Auswirkungen des Klimawandels humanitäre Hilfe, um zu überleben. Fast drei Millionen sind aus ihren Dörfern geflohen.¹ Viele schließen sich aus Verzweiflung den Dschihadisten an. Die Vereinten Nationen sprechen von einer der weltweit größten humanitären Katastrophen, die wegen der Vielzahl von Krisen von der Ukraine über Syrien bis Israel/Gaza kaum noch Schlagzeilen macht.

Zieht man Satellitenbilder von 1960 zum Vergleich heran, ist der Tschadsee – einstmals der sechstgrößte See der Welt – kaum wiederzuerkennen. Er sieht eher wie eine norwegische Fjord-Landschaft mit unzähligen kleinen Strömen und Inseln aus – ideale Verstecke für Kämpfer der dschihadistischen Gruppen von Boko Haram und dem sogenannten Islamischen Staat. Nur am südlichen Zipfel ist noch eine größere zusammenhängende Wasserfläche zu sehen. Experten der Vereinten Nationen und der Weltbank sprechen von einer Schrumpfung um 90 Prozent von 25.000 Quadratkilometern im Jahr 1963 auf 1.500 Quadratkilometer im Jahr 2001.² In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Wasserspiegel des Tschadsees dank mehr Regen auf den zwei Zuflüssen wieder etwas erholt. Schätzungen variieren und reichen bis hin zu einer aktuellen Fläche von 14.000 Quadratkilometern.³

Dies wäre dann immer noch deutlich kleiner als in den 1960er-Jahren. Über die genaue Entwicklung der Wasserfläche und die Frage, inwiefern genau der Klimawandel hierfür ursächlich ist, gibt es in der Wissenschaft aber keine Einigkeit.

Hauptproblem für eine exakte Diagnose: Die Seeregion ist wegen einer angespannten Sicherheitslage für Forscher kaum zugänglich. Selbst Einheimische müssen täglich mit Entführungen durch Dschihadisten und Banditen rechnen. Klar ist aber, dass der Wasserspiegel in der langfristigen Perspektive gesunken ist und insgesamt der Klimawandel in der Region voll durchschlägt: Es wechseln sich Stürme, Überflutungen und Dürren ab, die jede Wettervorhersage und Planung unmöglich machen – das sagten Dorfbewohner von Bauern bis Fischern genau wie Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen dem Autor bei einem Besuch auf der tschadischen Seeseite im Juli 2024. Die Anwohner des Tschadsees fangen weniger Fische und ihre Ackerböden werfen weniger Ertrag ab. Oder sie können wegen der Präsenz von aus Nigeria stammenden Dschihadisten überhaupt nicht mehr fischen oder ihre Äcker bestellen. Um zu überleben, schließen sich viele den Dschihadisten an.

Unbestritten ist, dass die Seeregion, in der mehr als 17 Millionen Menschen leben, seit mehr als einem Jahrzehnt in einer Sicherheitskrise steckt, da Dschihadisten von Boko Haram und dem sogenannten Islamischen Staat de facto weite Teile kontrollieren. Die vier Anrainerländer haben wie in anderen Regionen der Sahelzone in der Seeregion nur eine schwache staatliche Präsenz. In Baga Sola, einer Kleinstadt auf der tschadischen Seeseite, gibt es wie im ganzen

Land außerhalb der Hauptstadt keine geteerten Straßen und fast keinen Strom. Die Seeanrainer Tschad, Niger, Nigeria und Kamerun koordinieren sich in einer Kommission, um das Wassermanagement zu verbessern. Diese ist allerdings eher ineffizient und zu beträchtlichen Teilen von ausländischen Geldgebern finanziert. Die staatliche Autorität ist häufig zu gering, um Beschlüsse der Kommission umzusetzen.

In der Region gibt es entweder zu wenig oder viel zu viel Regen.

Missmanagement und Klimawandel

Wie kam es zu der Krise? Da ist zunächst einmal der Wasserschwund im See im Vergleich zu den 1960er-Jahren. Einige Forscher machen eine Übernutzung und ein Missmanagement der Zubringerflüsse und des Sees in der Vergangenheit verantwortlich. Während der Wasserpegel des Sees heute wieder stabiler erscheint, sehen Forscher jetzt den Klimawandel in der Region im Allgemeinen, mit unvorhersehbaren und extremen Wetterschwankungen, als das größere Problem. Der Tschad, Niger und der Norden Nigerias leiden seit Jahren insgesamt unter sintflutartigem Regen, der für Überschwemmungen sorgt. Daneben kommt es regelmäßig zu langen Dürren ohne Regenfall und steigenden Temperaturen, die etwa anderthalbmal so stark ansteigen wie im globalen Durchschnitt.⁴ Im Tschad etwa könnten die Temperaturen bis 2080 um 2,1 bis 4,3 Grad steigen – es wird für Bauern angesichts der Witterschwankungen immer schwieriger, ihre Felder zu bestellen und etwas zu planen.⁵

Die Sahara breitet sich zudem in der Sahelzone mangels Niederschlags immer weiter nach Süden aus – sofern Ackerbau noch möglich ist, bringen die Felder weniger Erträge. Paradoxerweise leiden Tschad und Niger auch an Überflutungen, die 2024 ganze Dörfer und sogar Städte in Mitleidenschaft zogen – in der Stadt Zinder in Niger wurden große Teile der Altstadt stark

beschädigt und sogar das Minarett der wichtigsten Moschee zerstört. Entweder gibt es zu wenig oder viel zu viel Regen.

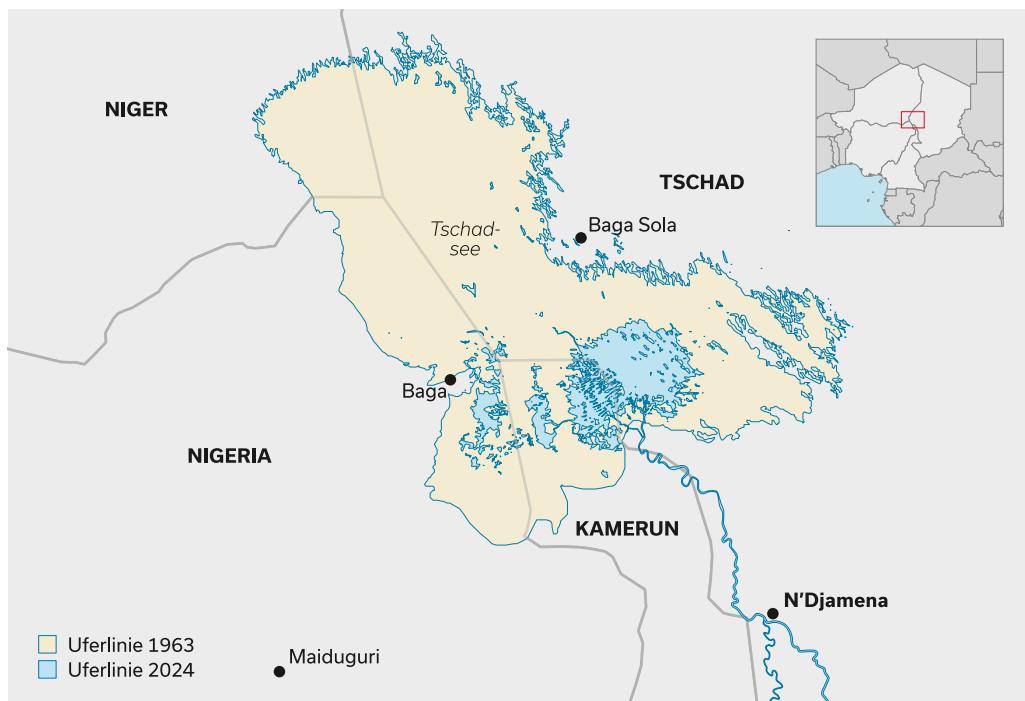
Alle vier Seeanrainer leiden außerdem unter weitverbreiteter Armut und rasant wachsenden Bevölkerungen. In Niger haben Frauen im Schnitt sieben Kinder.⁶ In Nigeria werden bis 2050 nach Angaben der Vereinten Nationen bis zu 400 Millionen Menschen leben, fast doppelt so viele wie heute.⁷ Der Tschad und Niger gehören zudem zu den ärmsten Ländern der Welt und finden sich regelmäßig unter den letzten zehn des Human Development Index der Vereinten Nationen, der Lebensstandards weltweit vergleicht.⁸ Der Staat ist schwach und existiert kaum außerhalb der Hauptstädte. Kamerun steht etwas besser da, landet mit einem Ranking von 151 in dem 191 Länder umfassenden Index aber auch im unteren Viertel.⁹ Nigeria ist Afrikas größter Erdölproduzent, doch der Ölreichtum kommt bei den wenigsten Menschen an.

Dschihadisten im Aufwind

Neben vielen Verlierern gibt es auch Gewinner am Tschadsee – Boko Haram und der sogenannte Islamische Staat profitieren von den Veränderungen des Wasserpegels und den extremen Witterschwankungen von Dürre bis zu sintflutartigem Regen, die den Ackerbau schwieriger machen und vielen Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Der Klimawandel am See verstärkt nach Aussage des US-amerikanischen Militärs die Bedrohung durch die Dschihadisten.¹⁰

Woher kamen die Dschihadisten? Die Gruppe Boko Haram zettelte 2009 im Norden Nigerias einen Aufstand gegen die Eliten an, denen sie Korruption und Misswirtschaft vorwarf. Nordnigeria ist deutlich ärmer als der ölige Süden mit der Wirtschaftsmetropole Lagos. Viele Menschen fanden einst Jobs in der Textilindustrie im Norden, doch diese ist wegen Missmanagements und billiger Importe aus China und Europa seit Jahrzehnten im Niedergang. Boko Haram wirft den Eliten Nigerias vor, die Werte des muslimischen Nordens an den Westen verkauft zu haben – „Boko Haram“ kann frei mit „Westliche Schulen“

Abb. 1: Ausdehnung des Tschadsees 1963 und 2024



Quelle: eigene Darstellung nach Weltbankgruppe, Energy Sector Management Assistance Program 2024: Africa – Water Bodies, 04.10.2024, in: <https://ogy.de/bm34> [07.03.2025]; Hansen, Kathryn 2017: The Rise and Fall of Africa's Great Lake, NASA Earth Observatory, 09.11.2017, in: <https://ogy.de/e5az> [07.03.2025]; Esri Africa, Africa GeoPortal 2024: Africa Cities, 29.02.2024, in: <https://ogy.de/y8fy> [07.03.2025], Karte: Natural Earth Ⓡ.

sind verboten“ übersetzt werden. Die Gruppe strebt eine Islamisierung der Gesellschaft an, lehnt westliche Schulbildung ab, ist aber inzwischen zum allgemeinen Anlaufpunkt für verarmte Massen geworden.

Die Dschihadisten kontrollieren die Inseln im Inneren des Sees.

Von Nordnigeria expandierte Boko Haram über die Grenzen nach Niger, Kamerun und in den Tschad. Die Gruppe spaltete sich 2016 in einem Machtkampf zwischen ihren Anführern, als sich viele Kämpfer einem Ableger des sogenannten Islamischen Staates anschlossen, der noch brutaler vorgeht. Seitdem bekämpfen sich beide Gruppen gegenseitig, um jeweils eigene Gebiete zu

kontrollieren. Die vier Seeanrainer versuchen seit Jahren, die Dschihadisten mit grenzüberschreitenden Operationen zu bekämpfen, allerdings mit wenig Erfolg.

Die Pegelveränderung und der Klimawandel am Tschadsee sind für Boko Haram und den sogenannten Islamischen Staat ein Segen. Zum einen treibt die steigende Armut durch die angespannte Sicherheitslage und das unberechenbare Wetter immer neue arbeitslose Fischer und Bauern in die Armee der radikalen Kämpfer. Noch wichtiger ist, dass der See, mit den unzähligen neu entstandenen Inseln, ein ideales Rückzugsgebiet für die beiden dschihadistischen Gruppen geworden ist. Sie kontrollieren die Inseln im Inneren des Sees, wo sie Camps, Waffenlager und Unterkünfte für ihre Kämpfer aufgebaut haben. Von dort verbreiten sie Terror an den Seeufern. Per Boot greifen sie Dörfer oder Fischer an und zwingen diese, mit ihnen

zusammenzuarbeiten. Immer wieder töten oder entführen Dschihadisten Dorfälteste, um selbst die Macht zu übernehmen.

Wie fragil die Lage am See ist, zeigte ein Besuch in einem Dorf auf der tschadischen Seite. Die dortigen Fischer trauen sich nur maximal ein bis zwei Kilometer auf die Seeausläufer hinauszufahren. „Wenn wir zu weit fahren, zwingt uns Boko

Haram, unseren Fang abzugeben“, sagte Toh Moussa, der Chef einer örtlichen Fischervereinigung. „Nur in unmittelbarer Ufernähe ist der See sicher.“ Während er sprach, brachten andere Fischer ihren Fang ans Ufer – es handelte sich ausschließlich um junge und kleine Fische, die in den seichten Gewässern in der unmittelbaren Nähe des Dorfes zu finden sind. Zum Fangen



Nur in Ufernähe sicher: Die meisten Anwohner des Tschadsees wagen sich mit Booten nicht mehr weit auf das Wasser hinaus. Zu groß ist die Gefahr, auf Dschihadisten zu treffen. Foto: © Michael Runkel, robertharding, Imago.

größerer Fische müssten die Dorfbewohner weiter hinausfahren, was zu gefährlich ist.

Zukunft von Eingreiftruppe ungewiss

Die vier Seeanrainer Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun haben mit westlicher Hilfe eine Eingreiftruppe, die sogenannte Multinational Joint Task Force, gebildet, um gemeinsam

grenzüberschreitend die Dschihadisten zu bekämpfen. Die Vierländertruppe wurde bisher durch etwa 10 bis 20 Soldaten aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien beraten und mit taktischen Informationen über Bewegungen von Dschihadisten unterstützt. Doch die Zukunft der westlichen Unterstützung ist unklar. Die Trump-Administration dürfte wenig Interesse an Afrika zeigen, und der Tschad hat gerade die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich beendet. Nicht der einzige Rückschlag: Niger hat seine Zusammenarbeit mit der Truppe seit einem Militärputsch 2023 deutlich eingeschränkt.

Die Eingreiftruppe ist ohnehin nicht sehr effektiv. Sie fliegt Luftangriffe gegen die Dschihadisten, doch die Soldaten können die Stützpunkte auf den Inseln nicht einnehmen – die Kämpfer fliehen schnell mit kleinen Holzbooten, sogenannten Pirogen, auf andere Inseln. In den engen Zuflüssen, die häufig nur ein paar Meter breit sind, gerät die Eingreiftruppe häufig in Hinterhalte. Bodenoperationen haben nur bedingt Erfolg, weil die Dschihadisten dann auf andere, schwer zugängliche Verstecke in der Seeregion ausweichen. Besonders in der Regenzeit von Mai bis September, wenn das Seewasser steigt und neue Zuflüsse entstehen, sind die Kämpfer per Boot sehr mobil.

Die Dschihadisten haben die Seeregion quasi unter ihrer Kontrolle.

Selbst die Dörfer in der Umgebung des Sees sind nicht sicher. „Boko Haram hat überall Augen und Ohren“, so ein Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation bei einem Besuch an einem See. „Wir wissen nicht, wer im Dorf für Boko Haram arbeitet und Informationen weitergibt“, sagte er und drängte den Autor nach einer Viertelstunde zur Weiterfahrt, als sich eine Menschenmenge am Ufer bildete. Nicht weit gibt es einen Stützpunkt der Vierländertruppe, doch die kommt bei Angriffen häufig zu spät. Es gibt keine verlässlichen Daten über Angriffe. Als Beispiel



für Unsicherheit sei hier eine von Diplomaten erstellte interne Übersicht von bekannt gewordenen Gewaltakten von Ende Mai 2024 erwähnt, wonach mehr als zehn Attacken von Dschihadisten am See vermeldet wurden, zum Teil im Verwaltungsbezirk von Baga Sola, wo die Vereinten Nationen einen regionalen Stützpunkt für Hilfslieferungen unterhalten. Mehr als 20 Menschen wurden entführt, mehr als ein Dutzend getötet, dazu kommen noch diverse Viehdiebstähle.¹¹

Doch dies wird angesichts der vielen Krisen weltweit als zu unbedeutend wahrgenommen, als dass internationale Medien darüber berichteten. In der Summe bedeuten die Angriffe aber, dass die Dschihadisten quasi Kontrolle über die Seeregion ausüben – sie starten sogar größere Operationen wie im Oktober 2024, als Dutzende tschadische Soldaten bei einem Angriff auf eine Kaserne getötet wurden.¹² Tschads Präsident Mahamat Déby reagierte sehr verärgert und stellte nach dem Angriff die Vierländertruppe infrage. Er befahl wenige Tage später sogar den Abzug französischer Truppen, die seit der Unabhängigkeit des Landes 1960 im Tschad stationiert gewesen waren. Offenbar hatte Déby vergeblich von Frankreich Luftangriffe gegen Boko Haram gefordert.¹³

Nigeria bleibt das Hauptaktionsfeld von Boko Haram.

Viele Seeanwohner würden die Truppe vermutlich nicht vermissen. Die Soldaten halten zwar mit ihren Operationen die Dschihadisten einigermaßen in Schach, heizen den Konflikt mit Übergriffen gegenüber Zivilisten aber zugleich neu an. Neben Angriffen von Dschihadisten klagen Seeanwohner laut einer vom Auswärtigen Amt und den Niederlanden finanzierten Studie über militärische Sperrzonen am See, in denen Fischfang verboten ist – die Militärs wollen verhindern, dass Dschihadisten davon profitieren. Damit entzieht man aber Menschen die Lebensgrundlage und macht sie anfälliger für die

Rekrutierung durch Dschihadisten. Dazu kommen Übergriffe von Militärs, die die Bevölkerung unter den Generalverdacht einer Kooperation mit Dschihadisten stellen, Fischern ihren Fang wegnehmen und Frauen Lebensmittel gegen Sex anbieten. „Eine große Zahl von für unsere Forschung befragten Betroffenen [...] gab Übergriffe von Sicherheitskräften sowie ein mangelndes Vertrauen und eine Frustration der Bevölkerung wegen der Sicherheitsvorkehrungen als Grund dafür an, dass Menschen sich bewaffneten oppositionellen Gruppen wieder anschließen“, heißt es in der Studie.¹⁴

Hauptproblem Nigeria

Die tschadische Seite des Sees ist einigermaßen sicher – zumindest sicher genug, dass die Vereinten Nationen von dort Hilfsoperationen koordinieren können. Die Region bietet auch seit Jahren Zuflucht für Zivilisten aus Nigeria, die wegen Angriffen durch Dschihadisten ihre Dörfer verlassen mussten. Nicht weit vom UN-Logistik-Hub Baga Sola gibt es ein Flüchtlingscamp, wo seit 2016 und bis vor kurzem mehr als 5.000 Menschen aus Nigeria lebten. Die meisten kamen aus Baga, einer kleinen Stadt auf der nigerianischen Seite des Sees, die samt Umland eine Hochburg der Dschihadisten ist. Die Campbewohner haben immer wieder vergeblich versucht, zurückzukehren. „Es ist zu gefährlich, weil Boko Haram dort immer noch aktiv ist“, sagte Aachi Mai, Flüchtling und Bauer aus Baga, der mehrfach versucht hat, zu seinen Feldern zurückzukehren. Andere Flüchtlinge berichteten, dass sie zum Fischen weit auf den See hinausgefahren waren – Dschihadisten zwangen sie, den Fang herauszugeben.

Nigeria und Tschad einigten sich im Februar 2025 darauf, dass einige Flüchtlinge zurückkehren sollen. Die ersten Campbewohner sind seitdem nach Nigeria abgereist, allerdings nicht in ihre alten Dörfer, sondern in die nordöstliche Metropole Maiduguri, Hauptstadt des Staates Borno, die stark vom Militär gesichert wird. Die nigerianische Armee hat es nicht geschafft, die Dschihadisten in ländlichen Regionen in Borno zu bekämpfen, wo der Aufstand 2009 begann. Maiduguri ist sicherer

als vor einigen Jahren und bereits Zufluchtsort für 300.000 Menschen, vor allem Bauern, die vor den Dschihadisten geflohen sind – die wenigsten trauen sich zurück.

Nigeria bleibt das Hauptaktionsfeld von Boko Haram und dem sogenannten Islamischen Staat, die am Seeufer und dem schwer zugänglichen Sambisa-Wald Zuflucht finden. Die nigerianische Armee ist für ihr Vorgehen im Kampf gegen die Dschihadisten wegen Menschenrechtsverletzungen immer wieder in die Kritik geraten.¹⁵ Das größte Problem bleibt aber, dass der nigerianische Staat in Borno außerhalb Maiduguris und der unmittelbaren Seeregion nur schwach präsent ist. Armeeoperationen gegen Dschihadisten bleiben wirkungslos, wenn Behörden keine staatlichen Dienstleistungen aufbauen und den Menschen keine Perspektive geben. Aus diesem Grund sind auch die diversen Militärinterventionen von Frankreich – und wie aktuell von Russland in Sahelländern wie Mali – gescheitert.

Auf der nigerianischen Seite ist das Schrumpfen des Sees zudem am weitesten fortgeschritten. Es gibt gar keinen Zugang zum eigentlichen Rest-See mehr, sondern nur zu einem Mix aus Sumpf, kleinen Gewässern und Inseln – ideales Rückzugsterrain für die Dschihadisten, die sehr mobil sind. Weder die nigerianische Armee noch die Vierländertruppe können dieses abgelegene Gebiet kontrollieren – es ist für sie wie Feindesland. Die Dschihadisten zwingen dort die lokale Bevölkerung, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um Armeebewegungen zu melden. Soldaten rächen sich dann häufig an Zivilisten. Das verstärkt wiederum die Ablehnung vieler Menschen gegenüber einem Staat, der keine Dienstleistungen wie Schulbildung oder Gesundheitsversorgung anbietet und wenn überhaupt durch Übergriffe oder Korruption in Erscheinung tritt. Ein Teufelskreis, aus dem kein Ausweg zu existieren scheint.

- 1 Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten 2016: Humanitarian Partners Pledge Major increase in life-saving Support for Millions of People in the Lake Chad Basin, 23.09.2016, in: <https://ogy.de/748j> [21.01.2025].
- 2 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen: Lake Chad, a system under threat, in: <https://ogy.de/rp7t> [21.01.2025].
- 3 Adelphi 2019: Shoring up stability. Addressing climate and fragility risks in the Lake Chad region, S.11, 15.05.2019, in: <https://ogy.de/chmd> [21.01.2025].
- 4 Ebd., S.25.
- 5 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2021: Climate Risk Profile Chad, in: <https://ogy.de/akzq> [21.01.2025].
- 6 Razafimandimbry, Luc / Swaroop, Vinaya 2020: Can Niger escape the demographic trap?, World Bank Blogs, 24.01.2020, in: <https://ogy.de/7sdb> [25.02.2025].
- 7 Nigerianisches Ministerium für Haushalt und Wirtschaftsplanung 2023: United Nations Population Fund Country programme document for Nigeria, United Nations Population Fund, 03.02.2023, in: <https://ogy.de/gh5l> [21.01.2025].
- 8 World Population Review: Human Development Index (HDI) by Country 2025, in: <https://ogy.de/mq4> [17.03.2025].
- 9 Ebd.
- 10 Chason, Rachel 2023: How climate change inflames extremist insurgency in Africa, The Washington Post, 01.07.2023, in: <https://ogy.de/6weo> [21.01.2025].
- 11 Übersicht im Besitz des Autors.
- 12 Interviews mit tschadischen Experten, die ungenannt bleiben wollen.
- 13 Interviews mit Experten, die ungenannt bleiben wollen.
- 14 Adelphi 2019, N.3, S.64.
- 15 Die Nachrichtenagentur Reuters veröffentlichte 2022 eine Serie von Berichten über Missstände und Gewalt wie angeblich erzwungene Massenabtreibungen bei Frauen, die von Dschihadisten entführt und vergewaltigt worden waren. Carsten, Paul et al. 2022: The Abortion Assault. Nigerian military ran secret mass abortion programme in war against Boko Haram, Reuters, 07.12.2022, in: <https://ogy.de/9ioq> [21.01.2025].

Ulf Laessing ist Leiter des Regionalprogramms Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bamako.



Wasser

Zwischen Konflikt und Kooperation

Die israelisch-jordanischen Wasserbeziehungen

Edmund Ratka / Michael Rimmel

Die grausame Eskalation des Nahostkonfliktes seit Oktober 2023 hat auch die Beziehungen zwischen Israel und Jordanien belastet. Die beiden Nachbarländer verbindet seit drei Jahrzehnten ein Friedensvertrag, bei dem es auch um das gemeinsame Management einer Schlüsselressource geht: Wasser. Zwar funktioniert eine grundsätzliche Zusammenarbeit weitgehend, allen politischen Krisen zum Trotz. Doch es gibt noch viel Potenzial für eine Ausweitung der Kooperation.

Mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 begann im Nahen Osten eine Gewalteskalation, welche die Region bis heute erschüttert. Die Hoffnung auf eine neue Phase regionaler – und eben auch israelisch-arabischer – Zusammenarbeit, wie sie mit den Abraham-Abkommen im Herbst 2020 genährt wurde, scheint erstmal zerschellt. Doch die Einsicht, dass eine Eindämmung der Konflikttherde und der Aufbau regionaler Kooperationsstrukturen unabdingbar sind, um wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltige Stabilität zu ermöglichen, ist bei vielen Schlüsselakteuren immer noch vorhanden.

Eine neue Dynamik könnte sich dabei aus der Nahostpolitik der Trump-Administration ergeben, aus der Fortsetzung und Verstärkung regionaler Kooperationen unter Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konflikts oder aus dem Umbruch in Syrien nach dem Fall des Assad-Regimes. Auch mit der derzeitigen geopolitischen Schwächung Irans werden die Karten im Nahen und Mittleren Osten neu gemischt. In dieser Lage gilt es auszuloten, welche Akteure in welchen Formaten kooperieren können. Funktionale, also sachorientierte und zunächst sektoruell begrenzte Zusammenarbeit kann dabei ein erster Schritt sein. Damit wird idealerweise Vertrauen geschaffen, das dann für eine stärker politische Vernetzung innerhalb der Region genutzt werden kann.

Die israelisch-jordanischen Wasserbeziehungen sind dabei ein Beispiel, wie ungeachtet politischer Spannungen funktionale Kooperationen aufgebaut und aufrechterhalten werden können – zum

wechselseitigen Vorteil. Gleichzeitig zeigen sie aber auch, Welch große Kooperationspotenziale im Nahen Osten aufgrund langwieriger politischer Konflikte, wie dem israelisch-palästinensischen, nicht abgerufen werden können.

Jordanien – Wasser als existenzielle Ressource

Im Frühjahr verwandelt sich der Norden Jordaniens in eine blühende Landschaft. Mancher Olivenhain wurde noch von den alten Römern gepflanzt. Im wohlhabenden Westen Ammans säumen Ziergärten und Straßenbäume die großen Verkehrsachsen. Die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser liegt bei fast hundert Prozent. Doch der Eindruck täuscht: Jordanien hat ein Wasserproblem. Geologen schätzen, dass die natürlichen Wasserressourcen des Landes, dessen Fläche zu drei Vierteln aus Wüste besteht, für eine Bevölkerung von drei Millionen Menschen reichen. Das war die Einwohnerzahl in den 1980er-Jahren. Seither hat sie sich auf mehr als elf Millionen erhöht. Jenseits des Wachstums durch relativ hohe Geburtenraten hat Jordanien immer wieder Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufgenommen, zuletzt mehr als eine Million Syrer.

Daneben haben Urbanisierung und die Steigerung ökonomischer Aktivität, vor allem in der Landwirtschaft, zu einem immer höheren Wasserverbrauch geführt. Der Agrarsektor, der mit einem Anteil von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts volkswirtschaftlich eher nachrangig ist, verbraucht davon rund die Hälfte. Der Klimawandel und insbesondere stetig sinkende

Niederschlagsmengen verschärfen die Situation. Bereits heute gilt Jordanien als eines der wasserärmsten Länder der Welt. Pro Kopf verfügt das Land derzeit über 61 Kubikmeter erneuerbares Frischwasser, 500 Kubikmeter gelten international als mindestens notwendig.¹ In Szenarien, welche die jetzigen Trends fortschreiben, wird ein Großteil der Haushalte mit geringem Einkommen bis zum Ende des Jahrhunderts an Wasserunversorgung leiden – mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität des Landes. Kurzfristiger würde sich akuter Wassermangel auf Schlüsselbereiche für die jordanische Wirtschaft wie den Tourismus negativ auswirken.² Fraglich ist außerdem, wie lang sich Jordanien angesichts seines notorisch klammen Staatshaushaltes die großzügige Subventionierung des Wasserpreises leisten kann – auch hier drohen Gefahren für den sozialen Frieden im Königreich.

Jordanien ist auf die Zusammenarbeit mit Israel angewiesen.

Jordanien bemüht sich zunehmend, diese Herausforderungen zu bewältigen – auch mit internationaler Unterstützung. Gerade die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich seit Jahrzehnten in diesem Bereich. 2023 hat das Königreich eine neue Nationale Wasserstrategie vorgelegt. Mit einer Kombination aus effizienterer Wassernutzung, integriertem Wassermanagement und der Erschließung neuer Wasserressourcen, insbesondere durch Aufbereitung von Klärwasser und Entsalzung, soll die Wassersicherheit des Landes langfristig garantiert werden. Dabei schwingt immer auch das Streben nach nationaler Wasserautonomie mit. Doch bis auf Weiteres braucht Jordanien zur Komplettierung seiner Versorgung Wasserimporte, nicht zuletzt aus Israel. Als ein flussabwärts gelegenes Land ist Jordanien zudem in jedem Fall auf Zusammenarbeit mit Israel und Syrien angewiesen, welche die oberen Abschnitte des Jordan- und des Yarmouk-Flusses kontrollieren.

Zwar hat Jordanien mit Syrien bereits 1953 und 1987 Wasserabkommen unterzeichnet. Diese konnten allerdings aufgrund wiederkehrender politischer Spannungen zwischen den Ländern ihr Potenzial nie voll entfalten. Jordanien macht den Bau von Dämmen auf syrischer Seite und das Bohren illegaler Brunnen dafür verantwortlich, dass es immer weniger Wasser aus dem Yarmouk erhält. Wie sich Syrien nach dem Fall des Assad-Regimes Ende 2024 entwickeln wird, bleibt ungewiss, und in Amman schaut man mit einiger Skepsis auf die neuen islamistischen Machthaber in Damaskus. Doch gleichzeitig besteht die Hoffnung, dass mit einem regional und international wieder integrierten Syrien gutnachbarliche Beziehungen möglich sind, einschließlich einer besseren Zusammenarbeit im Wassersektor. Zugleich hat Israel mit seinem auf Assads Sturz folgenden militärischen Vorstoß in Syrien dort Wasserquellen unter seine Kontrolle gebracht, die auch für Jordanien wichtig sind.

Jordanien verbraucht derzeit rund eine Milliarde Kubikmeter (1.000 Million Cubic Metres, MCM) Wasser im Jahr, davon entfällt rund die Hälfte auf den Frischwasserbedarf. Der Großteil kommt aus Grundwasserspeichern, die allerdings überwirtschaftet, also zunehmend leergepumpt werden. Der Regenwasseranteil, der mit den 13 Dämmen des Landes aufgefangen wird, beträgt rund ein Viertel. Aufbereitetes Klärwasser, das für die Bewässerung in der Landwirtschaft eingesetzt wird, macht nur 16 Prozent des genutzten Wassers aus.³ Die Lücke beim Frischwasser wird durch Wasserimporte aus Israel gefüllt, die im Friedensvertrag von 1994 auf jährlich 50 MCM festgesetzt wurden, sowie durch eine Zusatzlieferung von weiteren 50 MCM, die – wie weiter unten näher ausgeführt wird – allerdings politisch umstritten ist und auf die Jordanien sich nicht ohne Weiteres verlassen kann.

Um seinen steigenden Wasserbedarf zu decken und die überlasteten Grundwasserspeicher zu schonen, arbeitet Jordanien seit einigen Jahren an einem ambitionierten Projekt, dem National Water Carrier Project, das auch unter dem Namen Aqaba Amman Water Desalination and

Conveyance Project (AAWDC) firmiert. Dabei soll eine große Entsalzungsanlage am Roten Meer errichtet werden, von der aus jährlich 300 MCM in den bevölkerungsreichen Norden des Landes transportiert würden. Die Planungen sind darauf ausgelegt, die Kapazitäten sogar noch weiter auszubauen. Der offizielle Startschuss für das Projekt erfolgte im Herbst 2024 mit der Vergabe an ein französisch geführtes Konsortium, bis 2029 soll es abgeschlossen sein. Trotz Finanzhilfen mehrerer Partnerländer Jordaniens, darunter Hilfs- und Kreditzusagen von 400 Millionen Euro durch die Europäische Entwicklungsbank und mehr als 100 Millionen Euro allein aus Deutschland, sind die veranschlagten Kosten von mindestens drei Milliarden US-Dollar jedoch nach wie vor nicht gedeckt. Ein Gelingen

dieses Projekts wäre ein Quantensprung für die Wasserversorgung in Jordanien, wo bisher das Potenzial von Entsalzung im Land selbst überhaupt nicht genutzt wird. Entsalzung ist kosten- und energieintensiv und für Jordanien geografisch zusätzlich herausfordernd: Der Meerzugang im südlichen Aqaba ist Hunderte Kilometer entfernt und liegt tiefer als die Bevölkerungszentren in Nordjordanien, wo der Wasserbedarf am höchsten ist.

Die Wasserknappheit in der Region war von Anfang an ein zentrales Thema für Israel.



Historischer Moment: Israels Ministerpräsident Jitzchak Rabin, US-Präsident Bill Clinton und Jordaniens König Hussein (von links nach rechts) beim israelisch-jordanischen Friedensschluss 1994. Der Friedensvertrag ist bis heute auch die Grundlage der Wasserkоoperation zwischen den beiden Ländern. Foto: © WHA UnitedArchives, Imago.

Israel – Wasser als technologische Errungenschaft

Schon in der Bibel wurde Israel als ein Land beschrieben, in dem Milch und Honig fließen. Das ist ohne ziemlich viel Wasser kaum möglich – eine Ressource, die im Nahen Osten schon wiederholt Konflikte angefacht hat. Nicht nur deshalb war die Wasserknappheit in der Region bereits vor der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 ein zentrales Thema. In einem Gebiet, das naturgemäß von Wasserarmut geprägt ist, erkannten die israelischen Staatsgründer schnell, dass eine zuverlässige Wasserversorgung für das Überleben und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes unerlässlich sein würde. Diese Erkenntnis führte dazu, dass Wasser eine Schlüsselrolle in den strategischen Überlegungen und Entwicklungen des jungen Staates einnahm.⁴

Israel begann in den 1950er- und 1960er-Jahren, erhebliche Investitionen zu tätigen, um die Wasserversorgung sicherzustellen. Israel wollte dabei nicht nur die Wasserversorgung aller Haushalte gewährleisten – was schon damals ein sehr ambitioniertes Ziel war –, sondern strebte auch eine effiziente Nutzung von Wasserressourcen für landwirtschaftliche und industrielle Zwecke an. Dafür verabschiedete im Jahr 1959 das israelische Parlament das Wassergesetz, welches festlegte, dass Wasser eine öffentliche Ressource ist, die weder privat noch staatlich im klassischen Sinne als Besitz gelten darf. Diese rechtliche Grundlage war von entscheidender Bedeutung für eine systematische und nachhaltige Wasserbewirtschaftung, bei der sowohl der Zugang zu Wasser als auch dessen Verteilung und Nutzung auf demokratische und öffentliche Weise geregelt wurden.⁵ Dabei hat Israel nicht nur sehr früh die legislativen Aspekte vor Augen gehabt. Parallel wurden auch professionelle Verwaltungorganisationen ins Leben gerufen unter Mitwirkung des Privatsektors, der in Partnerschaft mit dem Staat wichtige Projekte zur Wasserversorgung und -aufbereitung realisierte.

Mithilfe dieser Strategien und Technologien hat Israel eine weltweit führende Rolle im Bereich der Wasseraufbereitung einnehmen können.

Dabei gab es immer wieder auch Schwierigkeiten. Anfang der 2000er-Jahre hat eine landesweite Kampagne der israelischen Regierung unter der Überschrift „Israel trocknet aus“ Bürger mit Sorge erfüllt, dass Wasser weiterhin knapp ist. Umso bemerkenswerter ist der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte. Heute stammen etwa 70 Prozent des in Israel verwendeten Trinkwassers aus fünf großen Entsalzungsanlagen entlang des Mittelmeers. Diese Anlagen nutzen modernste Techniken, um Meerwasser in Trinkwasser umzuwandeln und somit die ohnehin knappen natürlichen Süßwasserquellen zu entlasten. Drei weitere Entsalzungsanlagen sind derzeit im Bau und sollen die Wasserversorgung weiter sichern.⁶

Moderne Technologien haben Israel zu einem globalen Modell für nachhaltige Wasserwirtschaft gemacht.

Doch es ist nicht nur die Entsalzung, die Israel zum Weltmarktführer im Bereich angewandte Wassertechnologie macht. Eine weitere wichtige Entwicklung sind die fortschrittlichen Systeme zur Abwasseraufbereitung. Heute werden etwa 85 Prozent des Abwassers in Israel wieder aufbereitet und für landwirtschaftliche Zwecke genutzt. Zudem wurden fortschrittliche Technologien implementiert, um den Wasserverlust auf ein Minimum zu reduzieren.

Diese Innovationen haben nicht nur Auswirkungen auf Israel selbst. Die Fähigkeit, mithilfe moderner Technologien und durch innovative Ansätze Wasser als Ressource effizient zu nutzen, hat nicht nur die Lebensqualität der Bevölkerung gesichert, sondern das Land auch zu einem globalen Modell für nachhaltige Wasserwirtschaft gemacht. In einer Region, in der Wasser oft als strategische Waffe betrachtet wurde, hat Israel durch technologische Errungenschaften eine einzigartige Position eingenommen – nicht nur als Nutzer und Bewahrer dieser wertvollen Ressource, sondern auch als Vorbild und Partner für andere Länder im Umgang mit Wasserknappheit.

Die israelisch-jordanische Wasserkooperation

Die wasserpolitischen Beziehungen zwischen Israel und Jordanien reichen bis in die Gründungsjahre der beiden Nachbarländer zurück und entwickelten sich in einem komplexen Prozess von Konflikt, Konkurrenz und Kooperation. Bereits in den 1950er-Jahren versuchten die USA, zwischen ihren Verbündeten zu vermitteln, und schlugen ein regionales Wassermanagement vor, das auch Libanon und Syrien einbeziehen sollte. Das nach dem damaligen US-Sonderbeauftragten als Johnston-Plan benannte Vorhaben scheiterte zwar an der Ablehnung der Arabischen Liga, die eine implizite Anerkennung Israels vermeiden wollte. Doch Jordanien und Israel übernahmen de facto einige Elemente, die letztlich in die wasserspezifischen Vereinbarungen des Friedensvertrages von 1994 mündeten.

Projekte scheiterten oft an mangelndem politischem Willen.

Der israelisch-jordanische Friedensvertrag ist bis heute die Grundlage der Wasserkooperation zwischen den beiden Ländern. Der Vertrag regelt die Wasserzuweisung aus den beiden wichtigsten Flüssen, dem Jordan und dem Yarmouk, sowie aus den grenzüberschreitenden Grundwasserspeichern. Diese Gewässer sind von entscheidender Bedeutung für die Wasserversorgung beider Länder, die in der Folge der Vertragsunterzeichnung ein gemeinsames Wasserkomitee ins Leben gerufen haben, das die Wasserzusammenarbeit organisiert und das – zumindest auf fachlicher und technischer Ebene – weithin funktioniert. Daneben wurden immer wieder Projektideen entwickelt, um die Wasserressourcen gemeinsam besser zu nutzen. Deren Umsetzung scheiterte jedoch oft an mangelndem politischem Willen.

Zu diesen Projekten gehörte das 2015 von den Regierungen beider Länder unter Vermittlung

der USA und der Weltbank vereinbarte Red Sea-Dead Sea Conveyance Project (RSDSC). Dabei sollte ein Kanal zwischen der jordanischen Hafenstadt Aqaba am Roten Meer und dem Toten Meer, das landeinwärts zwischen Israel und Jordanien liegt, gebaut werden. Das Ziel dabei war, das Tote Meer, dessen Pegel jährlich um einen Meter sinkt, mit frischem Meerwasser zu versorgen. Bemerkenswert an diesem Vorhaben, dessen technische Grundzüge bereits im 19. Jahrhundert und dann konkreter in den 1960er-Jahren ausgearbeitet wurden, war die Einbeziehung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Doch nach jahrelangen bürokratischen Verzögerungen und auch umweltpolitischen Kontroversen zog sich Jordanien 2021 aus dem Vorhaben zurück – mit Verweis auf mangelndes Interesse der israelischen Seite.

Für Jordanien bedeutsamer und politisch immer wieder umstritten ist die Lieferung von jährlich 50 MCM Frischwasser aus Israel, zusätzlich zu den 50 MCM pro Jahr, die im Friedensvertrag festgelegt sind. Auch diese Zusatzlieferung ist bereits im Friedensvertrag erwähnt, allerdings wurden die Modalitäten damals nicht präzisiert. Was damals als notwendiger diplomatischer Kompromiss galt, führte in der Folge immer wieder zu Unstimmigkeiten und Verzögerungen – beispielsweise im Frühjahr 2021, als aufgrund eines Aufflammens des Nahostkonflikts in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen sich auch die israelisch-jordanischen Beziehungen verschlechterten. Dies änderte sich schlagartig mit dem Regierungswechsel in Israel von der Netanyahu- hin zur Bennett/Lapid-Regierung, die sich besonders um ein gutes Verhältnis zum Haschemitischen Königreich bemühte. Im Herbst desselben Jahres erreichte die Frischwasserlieferung von Israel nach Jordanien dann sogar ein Rekordhoch. „Das ist es, was gute Nachbarn tun“, sagte der damalige israelische Außenminister Yair Lapid.⁷ Seit dem erneuten Regierungswechsel in Jerusalem und nachdem die israelisch-jordanischen Beziehungen vor dem Hintergrund des jüngsten Gazakrieges einen neuen Tiefpunkt erreicht haben, stehen diese Wasserlieferungen jedoch wieder zur Disposition.

Ein Gleichgewicht der Interessen hält die Kooperation seit Jahrzehnten stabil.

Die Vereinbarung der Zusatzlieferung ist Anfang 2024 ausgelaufen und wurde zunächst von Israel nicht verlängert. Dort war infolge des 7. Oktober 2023 die Verärgerung über Jordanien gewachsen. Das Haschemitische Königreich, das trotz seiner begrenzten Ressourcen auf der regionalen und internationalen Bühne durchaus Gehör findet, hat seit Beginn des Gazakrieges seine Kritik am israelischen Vorgehen dort sowie auch bei anderen geopolitischen Themen zunehmend

öffentlich geäußert. Die scharfe Rhetorik der jordanischen Diplomatie wurde von vielen in Israel als überzogen und unangemessen empfunden. Außerdem hat Jordanien im November 2023 den Water-for-Energy-Deal – ein israelisch-jordanisch-emiratisches Kooperationsprojekt, das die israelische Energie- und die jordanische Wasserversorgung verbessern würde – mit Verweis auf die Lage im Gazastreifen auf Eis gelegt. Dies wurde wiederum von Israel als ein Zeichen der Abkühlung in den bilateralen Beziehungen gesehen.

Vor diesem Hintergrund stimmte die Netanjahu-Regierung erst nach erheblichem Druck der USA und anderer westlicher Partner sowie mit Blick



Innenpolitischer Gegenwind: Im November 2021 gehen Demonstranten in Amman gegen einen Water-for-Energy-Deal zwischen Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel auf die Straße. In Jordanien haben zuletzt Stimmen Aufwind bekommen, die sich für eine Stärkung der nationalen Wasserautonomie aussprechen – obwohl kooperative Lösungen mit Israel in der Regel technisch einfacher und damit effizienter wären. Foto: © Mohammad Abu Ghosh, Xinhua, Imago.



auf die Hilfe Jordaniens beim Abfangen eines iranischen Drohnen- und Raketenangriffs auf Israel einer Verlängerung der Wasserlieferungen zu – allerdings nur auf sechs Monate und nicht, wie sonst üblich, mit einer Zusage für mehrere Jahre. In Amman schlussfolgerte man daraus, dass die Versorgung mit einer existenziellen Ressource von den innenpolitischen Mehrheiten in Israel beziehungsweise den Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt abhängig ist und von Israel als politisches Druckmittel eingesetzt werden kann. Dies ist für das Königreich umso beunruhigender, da sich dort in den vergangenen Jahren die Einschätzung verbreitet hat, dass die traditionellen Jordanien-Freunde in Israel – dazu gehört neben dem linken Friedenslager und liberaldemokratischen Kräften auch das militärische Establishment – immer weiter an Einfluss verlieren.

In Jordanien haben deshalb zuletzt diejenigen Stimmen Aufwind bekommen, die sich für eine Stärkung der nationalen Wasserautonomie aussprechen – obwohl kooperative Lösungen mit Israel in der Regel technisch einfacher und damit effizienter wären. Israel verkauft das Wasser an Jordanien zudem zu günstigen Sonderkonditionen, weit unter dem Marktpreis in Israel selbst. Erst 2024 wurde mit US-amerikanischer Unterstützung eine neue Pipeline fertiggestellt, die größere Mengen an Frischwasser aus dem See Genezareth an die jordanische Grenze bringen kann.

Trotz dieser politischen Spannungen bleibt die Wasserkоoperation ein zentrales Element der bilateralen Beziehungen. Für Israel ist die Zusammenarbeit im Wasserbereich mit Jordanien nicht nur eine diplomatische und – mit Blick auf die lange gemeinsame Grenze – auch eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern auch eine praktische, da die beiden Länder beim Wasser eine starke wechselseitige Abhängigkeit aufweisen. Israel profitiert durch die Wasserlieferungen und die Möglichkeit, Wasser aus dem Yarmouk-Fluss zu entnehmen, während Jordanien auf die Wasserversorgung aus Israel angewiesen ist, um die Bedürfnisse seiner wachsenden Bevölkerung und landwirtschaftlichen Produktion zu

decken. Dieses Gleichgewicht der Interessen hält die Kooperation seit Jahrzehnten stabil, allen Krisen in der Region zum Trotz.

Die extreme Wasserknappheit wird durch den Klimawandel noch verschärft.

Es geht um mehr als nur Wasser

Der Gazakrieg infolge des Hamas-Angriffs am 7. Oktober 2023 und die anschließenden Entwicklungen haben den Nahen Osten in einen tiefen Konflikt gestürzt und die ohnehin fragile geopolitische Lage weiter destabilisiert. Die Gewalt hat an mehreren Fronten zugenommen, nicht nur zwischen Israel und den Palästinensern, sondern auch zwischen Regionalmächten wie Israel und dem Iran. Durch diese gewalttätige Eskalation haben sich die Spannungen auf den gesamten Nahen Osten ausgeweitet. Gleichzeitig hat diese Krise jedoch auch einen Wandel angestoßen beziehungsweise verstärkt: In vielen Teilen der Region wächst die Einsicht, dass eine langfristige Stabilität nur durch intensivierte regionale Kooperationen und die Reduzierung von Konfliktherden erreicht werden kann.

Die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen – politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch – ist dringlicher denn je. Besonders, wenn die Auswirkungen des Klimawandels immer spürbarer und Ressourcen wie Wasser knapper werden, müssen Staaten erkennen, dass ihre Zukunft nur durch gemeinsame Anstrengungen gesichert werden kann. Ein Bereich, in dem Kooperationen von großer Bedeutung sind und realistische Chancen auf Fortschritt bestehen, ist der Wassssektor. Wasser im Nahen Osten ist dabei nicht nur eine lebenswichtige Ressource, sondern auch ein zentrales geopolitisches Element.

Die extreme Wasserknappheit der Region wird durch den Klimawandel und die schnell wachsenden Bevölkerungen noch verschärft werden. Das kann zu Konflikten führen, aber eben auch

Anreize für zwischenstaatliche Kooperation erhöhen – mit potenziell positivem *spill-over* in andere Politikbereiche. Laut einem Papier des israelischen Institute for National Security Studies (INSS) hat das jordanisch-israelische Wasserverabkommen dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu festigen und gleichzeitig ein gewisses Vertrauen in der Region aufrechtzuerhalten, selbst wenn andere Aspekte der bilateralen Beziehungen schwieriger sind.⁸ Auch manche jordanischen Experten gehen davon aus, dass bei einem dauerhaften Frieden im Gazastreifen und einer regionalen Beruhigung Fortschritte in der bilateralen Wasser- und Energiekooperation erzielt werden können.⁹

Ein Paradebeispiel hierfür wäre der bereits erwähnte Water-for-Energy-Deal. Das ambitionierte Projekt entstand – abermals unter US-amerikanischer Vermittlung – in der Folge der Abraham-Abkommen, die unter anderem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten ermöglichten. Ein emiratisches Unternehmen soll dabei in Jordanien ein Solarkraftwerk mit einer Kapazität von 600 Megawatt errichten, die an Israel geliefert würden. Im Gegenzug würde Jordanien 200 MCM entsalzenes Meerwasser zusätzlich aus Israel erhalten. Zwar stieß das Projekt von Anfang an in Teilen der jordanischen Politik und Gesellschaft auf Widerstand, dennoch wurden entsprechende Memoranden zwischen den Regierungen auf den UN-Klimakonferenzen 2021 in Dubai und 2022 in Kairo unterzeichnet und verschiedene Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben.

Wenngleich die Jordanier das Projekt im Zuge des Gazakrieges inzwischen gestoppt haben, bleibt die Idee bestechend. Nichtregierungsorganisationen wie EcoPeace argumentieren seit Langem, dass eine jordanisch-israelische, vielleicht sogar eine israelisch-jordanisch-palästinensische Zusammenarbeit am Nexus von Wasser- und Energieversorgung für alle gewinnbringend wäre.¹⁰ Jenseits von Großprojekten wie dem Water-for-Energy-Deal könnten auch kleinere grenzüberschreitende Maßnahmen auf lokaler Ebene entwickelt werden. Vielversprechende

Bereiche dabei sind etwa die Renaturierung des Jordan-Flusses oder ein Erfahrungsaustausch und Technologietransfer in der Landwirtschaft.

Wasser wird natürlich immer ein politisches Thema sein. Aber es gilt, die für die Menschen auf allen Seiten gewinnbringenden Resultate von Kooperation zu betonen, anstatt sie für anderweitige politische Ziele zu instrumentalisieren. In einer Welt, in der Ressourcen zunehmend als politisches Druckmittel eingesetzt werden, könnte eine solche sachorientierte und auf wechselseitigen Nutzen zielende Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt in Richtung einer engeren regionalen Kooperation im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entspannung wie auch Entwicklung sein. Auch hier könnten die westlichen Verbündeten beider Länder – darunter Deutschland und die EU – eine größere Rolle spielen, etwa durch Finanzierungszusagen bei grenzüberschreitenden und multilateralen Projekten.

Jordanien und Israel sind seit mehr als drei Jahrzehnten durch einen Friedensvertrag miteinander verbunden. Es ist zwar sehr rasch ein „kalter“ Frieden geworden, denn die öffentliche Meinung hierzu ist in beiden Ländern gespalten und vor allem in Jordanien mehrheitlich ablehnend. Doch in spezifischen Bereichen ist es gelungen, über alle politischen Krisen hinweg eine resiliente Zusammenarbeit aufzubauen. Dazu gehören neben der Sicherheitskooperation und der Grenzsicherung auch die Wasserbeziehungen. Das gibt zumindest ein wenig Hoffnung, dass sich die politischen Eliten und letztlich auch die Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens den drängenden gemeinsamen Problemen in der Region widmen und dafür machtpolitische Ansprüche und historische Verletzungen überwinden können.

Dr. Edmund Ratka ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jordanien.

Dr. Michael Rimmel ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.

- 1 The Ministry of Water and Irrigation of the Hashemite Kingdom of Jordan 2023: National Water Strategy 2023–2024, 01/2023, S.1.
- 2 UNICEF Jordan /Economist Impact 2022: Tapped out: The costs of water stress in Jordan, 07/2022, in: <https://ogy.de/qle9> [13.01.2025].
- 3 The Ministry of Water and Irrigation of the Hashemite Kingdom of Jordan 2023: Water Sector Facts and Figures Report.
- 4 Rosenberg, Yuval 2024: *עצמאות המים של ישראל: מתחם המים הישראלי* (Israels Wasserunabhängigkeit), Weizmann Institute for Science, 14.05.2024, in: <https://ogy.de/la6l> [14.01.2025].
- 5 Lifshiz, Yehzkel 2024: *הצעה אל מעבר למים הזורמים* (Mehr als nur fließendes Wasser – Ein Blick hinter die Kulissen des israelischen Wassersektors), Globes, 20.03.2024, in: <https://ogy.de/m1vx> [14.01.2025].
- 6 Ebd.
- 7 The Times of Israel 2021: Israel signs deal doubling water supply to parched Jordan, 12.10.2021, in: <https://ogy.de/c5fn> [13.01.2025].
- 8 Cohen, Galit /Winter, Ofir /Shani, Gal 2024: Thirty Years of the Peace Agreement with Jordan: Time to Upgrade Water Cooperation, INSS Insight 1908, The Institute for National Security Studies, 31.10.2024, in: <https://ogy.de/br80> [14.01.2025].
- 9 Al-Sharafat, Saud 2024: The Impact of the War in Gaza on Israel-Jordan Cooperation, Fikra Forum, The Washington Institute for Near East Policy, 31.01.2024, in: <https://ogy.de/kx8k> [13.01.2025].
- 10 Bromberg, Gidon /Majdalani, Nada /Abu Taleb, Yana 2020: A Green Blue Deal for the Middle East, EcoPeace Middle East, 12/2020, in: <https://ogy.de/py29> [13.01.2025].



Foto: © imagebroker, Imago

Wasser

Land zwischen den Meeren

Costa Ricas Rolle beim Ozeanschutz

Julia Sandner

Die alljährlichen Weltklimakonferenzen sind jedermann ein Begriff. Die Weltozeankonferenzen hingegen erhalten in der Öffentlichkeit weitaus weniger Beachtung – obwohl das Leben auf dem Planeten von intakten Meeren abhängt. Costa Rica, bekannt als grüne Oase und Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit, fungiert 2025 als Co-Gastgeber der dritten Weltozeankonferenz. Welche Chancen bieten diese internationalen Konferenzen tatsächlich und wie steht es um den Ozean- und Umweltschutz in dem kleinen mittelamerikanischen Land?

„Der Ozean ist für das Leben auf unserem Planeten und für unsere Zukunft von fundamentaler Bedeutung. Der Ozean ist eine wichtige Quelle für die biologische Vielfalt unseres Planeten und spielt eine entscheidende Rolle für das Klima und den Wasserkreislauf. Der Ozean erbringt eine Reihe von Funktionen des Ökosystems, er versorgt uns mit Sauerstoff zum Atmen, trägt zur Lebensmittelsicherheit und Ernährung bei, sorgt für gute Arbeitsplätze und ist Existenzgrundlage, wirkt als Senke und Speicher für Treibhausgase und schützt die biologische Vielfalt, dient dem Seeverkehr und damit dem Welthandel, stellt einen wichtigen Teil unseres Natur- und Kulturerbes dar und spielt eine wesentliche Rolle für nachhaltige Entwicklung, eine nachhaltige ozeanbasierte Wirtschaft und die Beseitigung der Armut.“¹ So steht es in einer politischen Erklärung der UN-Ozeankonferenz 2022.

Rund 71 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt, nur 29 Prozent von Landmasse. Auf dem Meer, das zunächst nur für die Fischerei genutzt wurde, entstanden im Laufe der Menschheitsgeschichte wichtige Handelsrouten. Damit einher gingen schließlich auch militärische Aktivitäten, riesige Handels- und Kriegsflotten formierten sich. Erst spät begann man die Meere zu erforschen, entdeckte reiche Rohstoffvorkommen, begann Öl, Sand und Kies zu fördern. Kontrovers wird aktuell der Tiefseebergbau diskutiert, bei dem man seltene Erden und Mangan aus dem Meeresboden gewinnen möchte. Die Folgen der genannten Eingriffe in das Ökosystem Ozean waren lange unbekannt

und/oder wurden ignoriert. Die scheinbar unerschöpfliche Ressource wurde zudem als Senke für giftige Abfälle genutzt. Heute finden sich Munitionsreste, gesunkene Schiffe, Schadstoffe, Haus- und Industriemüll in den Ozeanen.

Hinzu kommen die Schäden durch die Erwärmung der Weltmeere, bedingt durch den vom Menschen verursachten Klimawandel. Die Ozeane sind von Auswirkungen wie dem Korallensterben, dem Anstieg des Meeresspiegels, der durch eine vermehrte Aufnahme von CO₂ verursachten Versauerung und einem zunehmenden Sauerstoffmangel betroffen.

Die Auswirkungen für das Klima betreffen ausnahmslos alle Staaten. Daher ist es unumgänglich, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen und Lösungen zu finden. Die Weltklimakonferenzen (COP) haben sich bereits seit 1995 als eine wichtige Veranstaltung etabliert, an der Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Zivilgesellschaften teilnehmen. Auch wenn die immensen Kosten und stetig steigenden Teilnehmerzahlen (und damit einhergehenden Belastungen für die Umwelt durch den CO₂-Ausstoß) durchaus umstritten sind, handelt es sich hierbei doch um *das* Format, bei dem alle Vertragsstaaten der UN-Klimakonvention ihre Bedürfnisse und Fortschritte zum Thema Klimawandel artikulieren und diskutieren können.

2015 einigte sich die Staatengemeinschaft im Rahmen des UN-Nachhaltigkeitsgipfels nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen auf die

Verabschiedung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), darunter „Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen“.² Darauf basierend wurde 2017 erstmals im UN-Hauptquartier in New York eine UN-Konferenz durchgeführt, die nur das Ziel 14 zum Inhalt hatte: die UN-Ozeankonferenz (UNOC). 2022 fand – mit zwei Jahren Verspätung aufgrund der COVID-19-Pandemie – in Lissabon die zweite UNOC statt. Die für den 9. bis 13. Juni 2025 in Nizza geplante Konferenz ist die dritte Ozeankonferenz. Gemeinsame Gastgeber sind Costa Rica und Frankreich.

Bereits 2021 hatte Costa Rica 30 Prozent des Meeresgebiets unter Schutz gestellt.

Als Co-Gastgeber hat Costa Rica damit die Möglichkeit, seine Vorreiterrolle in Themen der Nachhaltigkeit weiter auszubauen, auf internationalem Parkett Akzente zu setzen und damit seinen Aktionsradius in der Umweltaußenpolitik zu erweitern.

Costa Rica – Pionier beim Umwelt- und Klimaschutz

Costa Rica als Pazifik- und Atlantikanrainer hat sich schon seit Langem dem Schutz der Meere verschrieben und ist in Themen der Nachhaltigkeit Pionier. 2024 trafen sich im costa-ricanischen San José Vertreter mehrerer Staaten als Vorbereitung auf die UN-Ozeankonferenz und 26 Staaten unterzeichneten eine „Friedenserklärung“ gegenüber den Meeren,³ darunter auch Deutschland, Spanien, Schweden, Kanada, Kolumbien, Chile, Israel und Südkorea sowie die beiden Gastgeberländer Frankreich und Costa Rica.⁴ In dieser erklären sie ihr Ziel, bestehende internationale Abkommen, wie das Kunming-Montreal-Abkommen, einzuhalten, Entscheidungen schneller umzusetzen und die Implementierung im Prozess befindlicher Abkommen, wie eines UN-Plastikabkommens

auf Basis der UN-Resolution 5/14, voranzutreiben. Weiterhin verschreibt man sich unter anderem der Implementierung von nationalen und regionalen nachhaltigen blauen Wirtschaftsstrategien⁵ und der Ausweisung von mehr nationalen und regionalen marinen Schutzgebieten, aber auch Schutzgebieten auf hoher See.

Bereits 2021 erreichte Costa Rica das Ziel, 30 Prozent seines Meeresgebiets unter Schutz zu stellen.⁶ Hierbei ist anzumerken, dass ein Großteil der Fläche Costa Ricas auf Meeresgebiet entfällt, da die 532 Kilometer vor der Küste gelegene Kokos-Insel noch zum Staatsgebiet gehört. Lange dominierten in Costa Rica Ackerbau und Viehzucht, drei Viertel des Waldes waren abgeholt.⁷ Seit den 1980er-Jahren hat jedoch ein Umdenken stattgefunden, umfassende Wiederaufforstungsprogramme wurden umgesetzt, viele Nationalparks und Schutzgebiete eingerichtet. Diesem Perspektivwechsel hat Costa Rica heute das Label eines grünen Landes zu verdanken und der mittelamerikanische Staat hat sich als einer der Hotspots für Ökotourismus etabliert.

Ist tatsächlich alles grün, was glänzt?

Doch trotz des grünen Images hat auch dieses Vorzeigeland seine Baustellen. Costa Rica verfügt über weitreichende Wasserreserven, fast das ganze Jahr über werden die Wasserspeicher des Landes durch – teils starke – Regenfälle aufgefüllt. In Costa Rica befindet sich der Ort mit den dritthöchsten Regenfällen weltweit. Wenn gleich die Wasserversorgung im Land damit gut ist – 90 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser⁸ –, weist Costa Rica bei der Wasserver- und -entsorgung Defizite auf. So gehen große Mengen Trinkwasser aufgrund der maroden Infrastruktur ungenutzt verloren. Die Zahl der Unterbrechungen der Wasserversorgung erhöhte sich im Zeitraum 2015 bis 2023 um ein Zehnfaches. Zahlreiche Haushalte sind nicht an die Kanalisation angeschlossen. Stattdessen unterhalten sie in der Regel geschlossene Gruben, in denen das Abwasser gesammelt und – im besten Fall – in regelmäßigen Abständen abgeholt, in Kläranlagen entsorgt und wiederaufbereitet wird. Jedoch vermuten Mitarbeiter von



Wichtiges Forum für den Ozeanschutz: 2022 richteten Portugal und Kenia (in der Bildmitte die beiden damaligen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa und Uhuru Kenyatta) gemeinsam die UNOC-2, die zweite UN-Ozeankonferenz aus. Mitte 2025 wird Costa Rica gemeinsam mit Frankreich Gastgeber der UNOC-3 sein.

Foto: © Pedro Fiúza, Zuma Press, Imago.

Wasserwiederaufbereitungsanlagen, dass große Mengen des Abwassers auf illegalem Weg entsorgt und ungeklärt in Flussläufe eingebracht werden, wodurch sie direkt ins Meer gelangen. An der engsten Stelle trennen lediglich 150 Kilometer den Pazifik vom Atlantik. Der längste Fluss des Landes misst lediglich 160 Kilometer. Der nationale Wasserversorger Instituto Costarricense de Acueductos y Alcantarillados (AyA) hat 2024 einen Plan vorgelegt, um die Wasserressourcen zu schützen, den Verlust von Wasser zu verringern und die bestehende Infrastruktur der Wasserver- und -entsorgung zu verbessern und zu erweitern.

Problematisch ist zudem der weiterhin sehr hohe Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der Berichten zufolge einer der höchsten weltweit ist. Neben modernen Methoden kommen nach wie vor Pestizide zum Einsatz, die nachweislich

gesundheitsschädlich und teilweise bereits nicht mehr zugelassen sind. Über die Ausbringung auf den Feldern gelangen diese Substanzen ins Grundwasser, in Flüsse und Ozeane.

Mehr als 135 Strände in Costa Rica sind mit dem Umweltzeichen Blaue Flagge ausgezeichnet.

Ebenso bestehen Defizite bei der Müllentsorgung. In 30 Prozent der Gemeinden ist die Müllentsorgung nicht reglementiert. In der Region Limón, einer Küstenregion in der Karibik, beträgt die Rate an eingesammeltem Müll beispielsweise gerade einmal 40 Prozent. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Sauberkeit des Meeres.⁹

Schätzungen zufolge gehen 60 bis 80 Prozent der Meeresverschmutzung weltweit auf Kontaminationen durch Aktivitäten an Land zurück.

Um der Bevölkerung Anreize zu bieten, Müll zu reduzieren und zu recyceln, wurde 2018 das System ecolonies eingeführt, eine Public Private Partnership, die heute unter dem Namen ecoin agiert.¹⁰ Bürger können durch das Sammeln und Abgeben von wiederverwendbaren Materialien sogenannte ecoins erwerben und über eine App verwalten. Diese können später in einem „e-shop“ zum Kauf nachhaltiger Produkte ausgewählter Hersteller eingesetzt werden.¹¹ Damit werden die Konsumenten für das Thema sensibilisiert und können einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Ein weiteres erfolgreiches Programm ist Bandera Azul Ecológica (Ökologische Blaue Flagge). Es handelt sich bei der Blauen Flagge um eine international etablierte Auszeichnung für Strände und

Kommunen in Küstennähe. 51 Staaten haben sich dieser Initiative angeschlossen, darunter bereits 1996 auch Costa Rica, wo mehr als 135 Strände mit der Blauen Flagge ausgezeichnet sind. Zu den Kriterien zählen unter anderem die Sauberkeit von Trink- (15 Prozent) und Meerwasser (35 Prozent) in der Region. Aber auch Aspekte wie die Wiederaufbereitung von Nutzwasser (15 Prozent), die Zurverfügungstellung von Abfallbehältern (10 Prozent) und die Umsetzung von umweltpolitischen Bildungsmaßnahmen (10 Prozent) finden Eingang in die Bewertung.¹²

Zum Schutz der Ozeane hat das costa-ricanische Ministerium für Umwelt und Energie gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium den Plan Nacional sobre Residuos Marinos 2021–2030¹³ (Nationaler Plan zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung) vorgelegt, der bereits bei der Konzeption verschiedene Sektoren eingebunden hat, um das Ökosystem Meer zu schützen und die Lebensumstände der Bevölkerung gleichzeitig



Widersprüchliche Rhetorik: Während Costa Ricas Präsident Rodrigo Chaves nach außen weiter das Image des grünen Vorzeigelandes pflegt, nimmt das Thema Umweltschutz auf seiner innenpolitischen Agenda allenfalls eine Nebenrolle ein. Foto: © Rafael Pacheco Granados, Newscom, GDA, Imago.

zu verbessern. Neben der Müllvermeidung und dem Management bereits eingebrachter Abfälle stehen Umwelterziehung sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung auf der Agenda. Es sollen Kontrollmechanismen etabliert werden, um Fortschritte bei der Verbesserung und Renaturierung der Ökosysteme überwachen zu können. Ebenso wird eine intensivere Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer Länder der Region und internationalen Organisationen angestrebt.

Der Plan spricht deutlich die negativen Folgen der Meeresverschmutzung an. Diese gehen über die umweltpolitische Komponente hinaus und haben auch sozioökonomische Implikationen. Besonders betroffen von der Verschmutzung der Meere sind Familien in den Küstenregionen, deren Einkommen von der Fischerei abhängig ist, sowie der Tourismussektor, der insbesondere in Costa Rica auf den Schätzen der Natur und der Biodiversität des Landes basiert. Mit fast einer halben Million Arten finden sich etwa fünf bis sechs Prozent aller weltweiten Arten in dem nur 51.060 Quadratkilometer großen Land. Die Fläche Deutschlands beträgt etwa das Siebenfache, während dort lediglich 71.500 Arten nachgewiesen sind.¹⁴ Zugleich sind Fischerei und Tourismus Verursacher von Verschmutzungen der Ozeane. Verloren gegangene oder nicht adäquat entsorgte Fischernetze, sogenannte Geisternetze, sollen Studien zufolge bis zu 50 Prozent des Meeresplastiks ausmachen.¹⁵ Durch den Schifferverkehr gelangen Feinstaub, Stick- und Schwebefeldoxide in die Atmosphäre und das Meer, aber auch Verpackungsmüll und Fäkalien. Durch Eindringen in Rückzugsräume kann der Tourismus Arten in ihrem Habitat beeinträchtigen und in ihren Ruhezonen stören. Entsprechend weist der Nationale Plan deutlich darauf hin, dass heutige Versäumnisse bei Umwelt-, Klima- und Artenschutz mit weitaus höheren Kosten in der Zukunft verbunden sind.

In diesem Zusammenhang unterstreicht der Nationale Plan zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung auch die Bedeutung von Innovationen. Um beispielsweise Einwegplastik zu vermeiden, existieren bereits umfangreiche Datenbanken mit neuartigen Substituten.

Zuckerrohr, Abfallprodukte aus der Kaffeeindustrie oder Avocadokerne können zum Beispiel als Basis für diese dienen. Ein entsprechendes Verzeichnis von Rohstoffen zur Vermeidung von Plastik wurde in den vergangenen Jahren erstellt und soll weitergeführt werden. Innerhalb des kleinen Landes gibt es bereits mehr als 35 gelistete Anbieter solcher Ersatzprodukte. In diesem Kontext wird auch der Austausch mit der Wissenschaft als zentrale Voraussetzung für eine Weiterentwicklung von Maßnahmen und die Bewertung derer Auswirkungen anerkannt. Durch die Implementierung des Zehnjahresplans soll eine Kontinuität jenseits von Regierungswechseln gewährleistet werden.

Präsident Rodrigo Chaves hat fortschrittliche Entscheidungen beim Meeresschutz revidiert.

Der im November 2024 veröffentlichte Informe Estado de la Nación (Bericht zur Lage der Nation)¹⁶ weist jedoch für die vergangenen Jahre Rückschritte aus. Der im Mai 2022 unter Präsident Rodrigo Chaves an die Macht gekommene Regierung wird vorgeworfen, das historisch gewachsene grüne Image des Landes zu beschädigen und seine Vorreiterstellung zu gefährden.¹⁷ Über beinahe zehn Wahlperioden hinweg hatte das Land einen klaren Kurs bezüglich des Naturschutzes. Nun wird im politischen Diskurs der Umweltschutz verstärkt als Wachstumsbremse bezeichnet. Im Bereich des Meeresschutzes wurden in diesem Zuge ebenfalls fortschrittliche Entscheidungen revidiert: Schutzgebiete wurden eingeschränkt, die Schleppnetzfischerei soll wieder zugelassen werden, mehr als 200 Spezies wurden zur Fischerei freigegeben, darunter Schildkröten, Seegurken oder Meeresleguane. Gleichzeitig wird in dem Bericht positiv hervorgehoben, dass Mitte 2024 die gesetzgebende Versammlung der Vorlage zum Schutz der Biodiversität in Küstengewässern zugestimmt hat, die einen Fond für Zahlungen für maritime

Ökosystemdienstleistungen in Küstengebieten vorsieht, der unter anderem Fischer finanziell bei Arbeiten zum Küsten- und Gewässerschutz unterstützen soll.

Presse und Naturschutzorganisationen kritisieren, dass Präsident Chaves im Mai 2024 in seiner Ansprache und seinem Bericht über das zweite Jahr seiner Amtszeit die Themen Klimawandel und Naturschutz aussparte beziehungsweise nur am Rande in Verbindung mit anderen Arbeitsbereichen nannte.¹⁸ In den neun Arbeitslinien des knapp 140-seitigen Berichts finden sich die Themen nicht wieder.¹⁹

Das UN-Nachhaltigkeitsziel „Leben unter Wasser“ ist aktuell am stärksten unterfinanziert.

Im Jahr 2021 trat eines der bisher wichtigsten regionalen Umweltschutzabkommen in Kraft, das am 4. März 2018 im costa-ricanischen Escazú unterzeichnet und nach dem Ort benannt worden war. Viele Länder hielten sich aufgrund der Reichweite des Abkommens zurück, da sie zu große Einschränkungen ihrer Kompetenzen bei Entscheidungen, die in die Natur eingreifen, befürchteten, und stellten damit wirtschaftliche Interessen über den Umweltschutz. Selbst das Gastgeberland Costa Rica gehörte zu den Zauderern bei der Unterzeichnung des Abkommens.²⁰

Im Februar 2023 schließlich stimmte die gesetzgebende Versammlung Costa Ricas gegen die Fortsetzung des Beitrittsprozesses. Als Begründung führte man an, dass die im costa-ricanischen Recht verankerten Regelungen bereits weitreichend genug seien und die Forderungen aus dem Abkommen hinreichend abbilden würden. Diese Entscheidung hat nicht nur Signalwirkung auf nationaler Ebene. Für weitere lateinamerikanische Länder, die den Ratifizierungsprozess bisher nicht abgeschlossen oder das Abkommen ebenfalls noch nicht unterzeichnet

haben, bestehen nun weniger Anreize, den Prozess weiterzuverfolgen.²¹

Die Ozeandekade und die UNOC

Auf der internationalen Bühne äußert sich Präsident Rodrigo Chaves weiterhin entsprechend dem bisherigen Narrativ vom Vorzeigeland. Im Rahmen des auf die UNOC-3 vorbereitenden Treffens hochrangiger Politiker im Juni 2024 in San José gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass Costa Ricas Erfolge im Meeresschutz als *Good-Practice*-Beispiel für die internationale Gemeinschaft dienen könnten.²²

Das Vorbereitungstreffen fand unter dem Titel „Immersed in Change“ (Eingetaucht in den Wandel) statt und fügt sich in die UN-Ozeandekade (2021 bis 2030). Ziel ist es, einen nachhaltigen Umgang mit den Ozeanen zu erreichen und dabei innovative und nachhaltige Lösungen zu finden und zu fördern. Unter dem Motto „The Science We Need for the Ocean We Want“²³ (Die Wissenschaft, die wir brauchen, für den Ozean, den wir wollen) sollen in den laufenden zehn Jahren Handlungsstrategien und internationale Forschungsprojekte sowie Bildungskampagnen das Ziel unterstützen, bis 2030 saubere Meere wiederzuerlangen, die nachhaltig genutzt werden, als Lebensraum für Arten dienen können und gleichzeitig wirtschaftlich erschlossen werden.

Hierfür soll beispielsweise ein globales Ozeanbeobachtungssystem etabliert werden, um notwendige Informationen bündeln zu können. Auf dieser Basis können Frühwarnsysteme ausgebaut werden, um Extremwetterereignisse oder Tsunamis zeitig zu erkennen, aber auch, um die Ausbreitung invasiver Arten oder andere Bedrohungen der Artenvielfalt zu überwachen. Ebenso ist die Schaffung eines digitalen Zwillings des Ozeans – eine dynamische virtuelle Abbildung des Meeres – geplant, der freien Zugang zu umfassenden wissenschaftlichen Daten über die Ozeane ermöglichen soll. Zentrale Ziele der Ozeandekade lauten „Sauberer Ozean“ und „Gesunder und widerstandsfähiger Ozean“. Dabei stehen die Vermeidung der Einbringung von Schadstoffen sowie die Rehabilitierung des Habitats Ozean im

Vordergrund. Die Bedeutung des gezielten Einsatzes von Forschung und Innovationen wird auch hier unterstrichen.²⁴

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung der Ziele wird die im Juni 2025 in Nizza stattfindende Ozeankonferenz UNOC-3 sein, bei der auch die Zustimmung und die Selbstverpflichtung der teilnehmenden Staaten vorangebracht werden sollen. Das SDG 14 ist das Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen, das aktuell am stärksten unterfinanziert ist. Die weltweite Finanzierungslücke beträgt Angaben der KfW zufolge schätzungsweise 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr.²⁵ Das Motto der Konferenz in Nizza lautet „Accelerating action and mobilizing all actors to conserve and sustainably use the ocean“ (Beschleunigen von Aktionen und Mobilisieren aller Akteure zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Ozeane). Ohne weitere finanzielle Zusagen wird dieses Motto jedoch nur schwer umsetzbar sein.

Wie auch auf den Weltklimakonferenzen wird das Thema der Finanzierung daher vermutlich eines der kontroversesten sein. Der Passus im ersten Entwurf der Abschlusserklärung der UNOC-3²⁶ ist eher vage gehalten und frei von tatsächlichen Zusagen. Dass dringend mehr finanzielle Mittel benötigt werden, wird zwar anerkannt, aber im Weiteren wird vor allem das Wort „encourage“ – ermutigen – verwendet: Der Privatsektor, inklusive der Banken, Versicherer und Investoren, soll seine Investitionen stärker auf die Transition hin zu einer nachhaltigen ozeanbasierten Wirtschaft ausrichten, die Wichtigkeit von Nichtregierungsorganisationen und privaten Geldgebern wird hervorgehoben. Es ist auf Basis dessen nicht zu erwarten, dass auf staatlicher Ebene umfassendere finanzielle Zusagen zum Ozeanschutz erfolgen werden. Dennoch ist die Konferenz von Bedeutung, um auf internationaler Ebene den Schutz der Ozeane als lebenswichtige Grundlage für die Menschheit hervorzuheben und ein tieferes Bewusstsein auf politischer Ebene, und durch die weltweite Berichterstattung darüber hinaus, zu fördern.

Der Bericht des Ocean Panels, eines auf Initiative Norwegens 2018 gegründeten Gremiums für

eine nachhaltige Bewirtschaftung von Meeres- und Küstengebieten,²⁷ bringt es auf den Punkt: „Die Gesundheit, der Wohlstand und das Wohlergehen der Welt und ihrer Menschen hängen vom Meer ab.“²⁸ Der Schutz der Ozeane ist daher eine dringliche Aufgabe, die aufgrund der globalen Interkonnectivität alle Staaten und Bürger der Welt betrifft. Internationale Konferenzen vermögen nicht alle Probleme zu lösen, sind aber wichtige Plattformen, um zu sensibilisieren, die Bedeutsamkeit des Themas herauszustellen und Impulse für weitere Handlungen auf politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zu setzen.

Costa Rica hat im Rahmen der UNOC-3 die Chance, erneut Akzente in der Umweltaußenpolitik zu setzen und seinen guten Ruf im Zusammenhang mit dem Ozeanschutz zu festigen. 2026 stehen zudem Präsidentschaftswahlen in dem Land an. Ein Regierungswechsel böte die Chance, wieder stärker für das Thema Umweltschutz einzustehen und Costa Ricas Rolle als grünes Land glaubhaft zu verteidigen.

Julia Sandner ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Costa Rica. Bis Dezember 2024 leitete sie das Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika mit Sitz in Lima.

- 1 United Nations Ocean Conference (UNOC) 2022: Political Declaration of the 2022 United Nations Ocean Conference, 25.05.2022, in: <https://ogy.de/oec4> [15.01.2025]. Eigene Übersetzung.
- 2 Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen (UNRIC): Ziel 14 – Ozeane, Meere und Meeressressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen, in: <https://ogy.de/ossf> [27.02.2025].
- 3 Immersed in Change 2024: Peace for the Ocean Declaration, 31.05.2024, in: <https://ogy.de/jiin> [15.01.2025].
- 4 Dawn 2024: Oceanic „peace‘ pact signed ahead of 2025 UN talks, 10.06.2024, in: <https://ogy.de/e45h> [18.01.2025].
- 5 Blaue Wirtschaft bezeichnet wirtschaftliche Tätigkeiten, die mit den Meeren in Verbindung stehen.
- 6 Costa Rica por Siempre: Fondo Azul Costa Rica, in: <https://ogy.de/divd> [17.01.2025].
- 7 Tschumi, Stefan / Bernhard, Stephanie 2019: Costa Rica: Als Land klein, doch in Sachen Nachhaltigkeit ganz groß, National Geographic, 07.11.2019, in: <https://ogy.de/vd4l> [15.01.2025]
- 8 Presidencia de la República de Costa Rica 2024: AyA presenta plan para acelerar inversiones, 08.05.2024, in: <https://ogy.de/p6ho> [17.01.2025].
- 9 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2023: OECD Environmental Performance Reviews: Costa Rica 2023, 06.10.2023, in: <https://ogy.de/miqx> [18.01.2025].
- 10 Ministerio de Salud, Gobierno de Costa Rica 2018: Costa Rica estrena moneda: los colones, 17.04.2018, in: <https://ogy.de/2pi6> [18.01.2025].
- 11 Ecoins 2023: Sé parte de nuestra comunidad de ecofans, in: <https://ogy.de/hjyw> [18.01.2025].
- 12 Instituto Costarricense de Turismo 2020: Programa de Bandera Azul Ecológica, in: <https://ogy.de/7lct> [17.01.2025].
- 13 Ministerio de Salud, Gobierno de Costa Rica 2021: Plan Nacional de Residuos Marinos 2021-2030, in: <https://ogy.de/sfd0> [18.01.2025].
- 14 Bundesamt für Naturschutz 2025: Artenzahlen der Tiere, Pflanzen und Pilze in Deutschland und weltweit, in: <https://ogy.de/gnxv> [18.01.2025].
- 15 WWF 2018: Geisternetze – tödliche Gefahr, 17.08.2018, in: <https://ogy.de/f0sm> [18.01.2025].
- 16 Informe Estado de la Nación, Capítulo 4: Armonía con la naturaleza, in: <https://ogy.de/jum0> [18.01.2025].
- 17 Lara Salas, Juan Fernando 2024: Gobierno debilitó histórica apuesta ambiental del país, La Nación, 14.11.2024, in: <https://ogy.de/ueh6> [18.01.2025].
- 18 Martinez, Alonso 2024: Chaves Robles no mencionó en todo su discurso de este 2 de mayo el término „Cambio Climático“, Delfino, 03.05.2024, in: <https://ogy.de/d93t> [19.01.2025].
- 19 Presidencia de la República de Costa Rica 2024: Informe de Labores 2024. Administración Chaves Robles, 01.05.2024, in: <https://ogy.de/gd05> [19.01.2025].
- 20 Stopfer, Nicole / Dufner, Georg 2021: Das Escazú-Abkommen – Licht und Schatten regionaler Umweltpolitik in Lateinamerika, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.04.2021, in: <https://ogy.de/03z6> [19.01.2025].
- 21 Boeglín Naumovic, Nicolas 2023: Voz experta: A cinco años de la adopción del Acuerdo de Escazú, Universidad de Costa Rica, 04.03.2023, in: <https://ogy.de/6tgr> [19.01.2025].
- 22 International Institute for Sustainable Development 2024: Summary of the High-Level Event on Ocean Action: 7–8 June 2024, IISD Earth Negotiations Bulletin 32: 39, 11.06.2024, in: <https://ogy.de/mthm> [18.01.2025].
- 23 Intergovernmental Oceanographic Commission of UNESCO: The Ocean Decade – The Science We Need for the Ocean We Want, in: <https://oceandecade.org> [19.01.2025].
- 24 2021–2030 Deutsches Komitee der UN-Ozeandekade: Ziele der Ozeandekade, in: <https://ogy.de/3tla> [27.02.2025].
- 25 KfW: SDG 14 – Leben unter Wasser. Herausforderung Meeresschutz, in: <https://ogy.de/8uad> [19.01.2025].
- 26 UNOC 2024: Our ocean, our future: accelerating action, in: <https://ogy.de/v9p5> [20.01.2025].
- 27 BusinessPortal Norwegen 2020: 14 Regierungschefs des Ocean Panels verabschieden globalen Aktionsplan für das Meer, 03.12.2020, in: <https://ogy.de/0qmv> [21.02.2025].
- 28 Stuchtey, Martin R. et al. 2022: Resumen Ejecutivo: Soluciones oceánicas que benefician a las personas, a la naturaleza y a la economía, High Level Panel for a Sustainable Ocean Economy, in: <https://ogy.de/rgsh> [19.01.2025].



Zwischenruf

[Weitere Themen](#)

Die Sonne geht am Morgen auf, nicht am Abend

Über die selbstgemachten Gründe für die Krise des Journalismus

Christoph Plate

Die wirtschaftliche Krise vieler Medien verhindert eine Diskussion über deren Fehlerkultur und die Notwendigkeit journalistischer Demut. Journalismus wird aber in vielen Teilen der Welt nur überleben können, wenn er sich auf seine Kernaufgaben besinnt und sich abgrenzt von einem Journalismus, der vor allem Propaganda, Aktivismus oder Sensationsmache ist.

Spricht Edi Rama mit Journalisten, verheißt das selten Gutes. So meinen jedenfalls viele Medienschaffende auf dem Balkan, denn der albanische Ministerpräsident hat keine besonders hohe Meinung von Journalisten, zumindest nicht von den albanischen. Rama ist ein charismatischer Künstler, ehemaliger Basketballspieler, Sohn aus der stalinistischen Nomenklatura, als sein Land so abgeschottet war wie heute nur noch Nordkorea. Alle drei Aspekte – Kunst, Sport und Elitendenken – prägen seinen Politikstil. Rama unterscheidet sich aber von vielen Politikern auf dem Balkan, da er überhaupt noch mit Journalisten spricht. Er redet sogar dann noch weiter, wenn ihm kaum jemand mehr zuhört.

Als Rama im Konferenzsaal des Hotel International im Herbst 2023 in Tirana bei einer internationalen Medienkonferenz sprechen soll, kommt der Ministerpräsident mit langen, schlaksigen Schritten herein und tut so, als spüre er die mehrheitlich feindselige Stimmung der Journalisten im Saal überhaupt nicht. Rama, der sein Land für die EU fit zu machen versucht, erinnert gern an die 1990er-Jahre, die seiner Meinung nach eine Hochzeit des seriösen Journalismus gewesen seien, insbesondere in Westeuropa. Auf dem Podium dreht er das von seinem Büro vorbereitete Redemanuskript um und macht auf der Rückseite Notizen. Rama ist ein Spieler, ein brillanter Rhetoriker, dessen lässige bis herablassende Art seine Gegner aufbringt, weil er sich überlegen gibt. Statt nun im Hotel International eine staatstragende Rede zu halten, berichtet er über seine persönlichen Erlebnisse mit dem Journalismus heute: Er sei bereits der Homosexualität, außerehelicher Affären und des Kindesmissbrauchs bezichtigt worden, sagt er,

und er frage sich, wie solche Art Berichterstattung oder Verleumdung denn das Land voranbringen solle.

Die Reaktionen im Saal und vor den Kameras der albanischen Fernsehsender sind eindeutig: Einige Zuhörer zischen respektlos oder sie tragen mit bebender Stimme Fragen vor, die keine sind, sondern lediglich der Verteidigung des journalistischen Berufsstandes dienen. Dass Rama mit seiner Kritik zumindest in Teilen recht hat, dass der Umgang mit Fehlern in vielen Medien ausbaufähig ist, dass die Kultur der Straflosigkeit im Journalismus zu schlampiger Arbeitsweise und in den Aktivismus führt, wird gar nicht diskutiert.

Das journalistische Publikum verweigert sich mehrheitlich der inhaltlichen Auseinandersetzung oder es ignoriert die Möglichkeit zum Gespräch. Dabei sitzt da vorn auf dem Podium einer, der zwar sehr grob mit Widerspruch umgeht, dem auch Einschüchterung vorgeworfen wird, der mit seiner Intervention auf diesem Medienkongress aber den Finger in Wunden legt, die viele Medienschaffende geflissentlich ignorieren. Und dies nicht nur in Albanien und auf dem Balkan, sondern auch in Westeuropa, auch in Deutschland. Seriöser, fundierter Journalismus muss sich von schlechtem Journalismus distanzieren können, er muss den Medienkonsumenten und sich selbst Rechenschaft ablegen. Journalismus sollte sich auf seine Aufgabe und seine Standards rückbesinnen.

Was die Diskussion in Tirana auch deutlich macht, ist die Bereitschaft vieler Journalisten, den Berufsstand per se und pauschal zu verteidigen,

ohne darauf zu drängen, dass man sich von jenen distanziert, die etwas ganz anderes betreiben, Aktivismus etwa oder Propaganda. Nicht nur in Albanien ist es wichtig, in diesen Krisenzeiten über einen Journalismus zu reden, der keiner ist, aber von der Öffentlichkeit oft als solcher wahrgenommen wird. Jene, die keinen sensationslüsternen Journalismus wollen, scheinen trotzdem bereit, den Berufsstand per se zu verteidigen, getreu dem Prinzip, dass eine Krähe einer anderen kein Auge aushackt. Während Ärzte oder Architekten über schwere Fehler von Kollegen reden und sich bei ihrer jeweiligen Kammer beschweren würden, scheint im Journalismus zumeist eine Solidarität zu herrschen, die immer mit der Notwendigkeit begründet wird, dass es gelte, die Pressefreiheit zu verteidigen.

Auch Qualitätsmedien andernorts stehen da nicht immer über den Dingen: Sie wehren sich selbstgefällig und reagieren mit Larmoyanz. Die Selbstgerechtigkeit, mit der Der Spiegel mit dem Fall des preisgekrönten Geschichtenerfinders Claas Relotius und dem Versagen seiner Vorgesetzten in der Redaktion umging, spricht Bände, wenn vollmundig das eigene Versagen als große literarische Erzählung präsentiert wird. Mimosenhaft reagierte auch die Chefetage der Süddeutschen Zeitung auf Kritik an ihrer Berichterstattung über den Politiker Hubert Aiwanger oder auf die Nachfragen nach der journalistischen Genauigkeit der eigenen ehemaligen stellvertretenden Chefredakteurin, der vorgeworfen worden war, plagiert zu haben. Eine Untersuchungskommission befand schließlich, dass sie nicht abgeschrieben, aber journalistische Standards missachtet habe.

Journalismus muss das Politische in das Bewusstsein der Medienkonsumenten zurückbringen.

Und wenn schon die Erfahrenen freimüdig über solche Standards hinweggehen, was sollen dann die Jungen denken? Im Sommer 2024 fand an

der malerischen Küste Kroatiens bei Dubrovnik eine internationale Konferenz für junge Investigativjournalisten statt. Eigentlich sollte jede Art von Journalismus untersuchen und nachfragen, also investigativ sein, insofern mag der Begriff des Investigativjournalismus ein Pleonasmus wie „weißer Schimmel“ sein. Bezeichnend war aber etwas anderes: Die jungen Journalisten aus Kasachstan, der Ukraine, aus Serbien, Bulgarien und anderen Ländern Südosteuropas bekamen zu Beginn die Tagungsmaterialien in einem Leinenbeutel überreicht, wie bei vielen Konferenzen üblich, oft bedruckt mit einem flotten Spruch. Auf dem Beutel, der in Dubrovnik ausgegeben wurde, war die Mahnung gedruckt: „Don't copy-paste – investigate“. Wenn die Selbstverständlichkeit, dass man nicht plagiieren darf, bei einer respektablen Konferenz proklamiert werden muss, illustriert dies durchaus den Ernst der Lage.

Natürlich darf und kann Journalismus auch politisch sein. Er muss das Politische in das Bewusstsein der Medienkonsumenten zurückbringen. Es sei allerdings schlecht, sagt Leila Bičakčić von einem Investigativportal in Sarajevo, wenn die politische Meinung mehr zähle als das journalistische Können.¹ Der Medienexperte Fidel Hadebe sagt, jene, die in Newsrooms das Sagen hätten, dürften ihre privilegierte Stellung nie für parteipolitische Kämpfe nutzen. Hadebe kommt aus Südafrika, wo der Versuch politischer Einflussnahme auf Newsrooms zum Alltag gehört.² Welch ein Journalismus drohe uns wohl nach dem Ende der Objektivität, wenn also allen klar sei, dass es Objektivität einfach nicht gebe, zitiert verzagt der britische Economist, wenn nämlich jeder sich seine eigene Wirklichkeit zusammenschreibe.³ Und Edi Rama in Tirana bemüht den britischen Historiker Timothy Garton Ash, der gesagt habe, Meinungen gebe es immer gratis, aber Fakten seien teuer.

Journalismus ist eine edle Aufgabe. Auch gibt es einen Unterschied zwischen der Herstellung von Ziegeln oder Keksen und einem Journalismus, der für die Öffentlichkeit filtert und bei der Meinungsbildung behilflich sein will. Dazu gehört aber die Verpflichtung, mit der Verantwortung,

die man hat, gewissenhaft umzugehen. Zu vielen Journalisten scheinen heute einer „Gewissheitssehnsucht“ zu folgen, wie es der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen nennt.⁴ Man will an etwas glauben können, etwas zur Wahrheit erklären, etwas meinen dürfen, um die eigene Position zu bestimmen und sich in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter zu wissen. Doch Recherche führt nun mal sehr häufig, je gründlicher sie betrieben wird, zu einer Vielzahl von Antworten und zu Verunsicherung. Die kann beschrieben werden, um dann vielleicht auch zur Aussage zu kommen, dass man es eben nicht so genau wisse.

Wer schlechte Ziegel brennt oder geschmacklose Kekse backt, wird irgendwann vom Markt verschwinden. Vielleicht geben die Konsumenten dem Produzenten noch mal eine Chance, weil man neugierig genug ist, zu sehen, was der Strauchelnde zu seiner Rettung vorbringt. Oder weil man eigentlich an sein Produkt glaubt und es seit Generationen nutzt, vom Waschmittel bis zur Tageszeitung. Auch der Journalismus darf auf eine gewisse Nachsicht der Konsumenten bauen, nur kann das eben nicht zu oft passieren. Und ohne die Bereitschaft zur Selbstkritik oder die Demut, die es gegenüber dem Kunden und der Profession braucht, geht es überhaupt nicht.

Warum tun Journalisten nicht viel häufiger, was andere auch tun? Wenn Sportler Doping öffentlich machen, wenn die katholische Kirche schmerzlich erfahren muss, dass vielleicht nur die öffentliche Diskussion über Missbrauch ihre Kirche wird retten können, dann sollten auch die Medien offen für eine Debatte über ihre Fehlerkultur sein. Und sie sollten erklären, warum sie eine Geschichte auf eine bestimmte Weise erzählen und weshalb eine andere gar nicht. Welch eine Relevanz eine Geschichte nach ihrem Dafürhalten hat, wie man auf sie gestoßen ist und wie man deren Entstehung begleitet hat. Auf all diese Auskünfte hat der Konsument ein Anrecht, in vielen Fällen hat er auch ein Interesse, es genauer zu wissen.

Journalismus wird heute mehr denn je benötigt. Der seriöse Journalismus, der Zeit braucht. Die

Welt draußen und die kleine Welt um uns herum werden immer unübersichtlicher, schwieriger zu erklären und kaum noch zu verstehen. Journalismus, der dorthin geht, wo es stinkt, und der die Fragen stellt, die wehtun, kann zumindest dabei behilflich sein. Es braucht Journalisten, die sich ständig fragen, ob ihr Tun der Wahrheitsfindung dient oder vor allem der eigenen Agenda oder Selbstdarstellung.

Medienvertreter müssen sich von Propagandisten und Aktivisten abgrenzen können.

Die bosnische Medienmanagerin Leila Bičakčić berichtet, wie sie habe entdecken müssen, dass junge Journalisten bei ihr angeheuert hätten, die eine klare Meinung zu einem Sachverhalt hatten, was ja noch zu begrüßen gewesen wäre, die aber bei ihrer Recherche nur nach Beweisen für ihre Vorurteile suchten. Und wer in Sarajevo arbeitet, so wie Leila Bičakčić, weiß, wie gefährlich Vorurteile sein können, angesichts der Geschichte von religiösem und ethnischen Hass in Bosnien und Herzegowina. Die jungen bosnischen Journalisten wurden entlassen, weil sie Aktivisten waren, Kämpfer für eine womöglich gute Sache, aber eben keine Journalisten.

Medienvertreter müssen sich abgrenzen können von Propagandisten und Aktivisten. Die großen Bedrohungen für den Journalismus sind nicht nur Fake News und Propaganda oder Vladimir Putin und seine Trolls und Desinformationskampagnen. Sondern auch jene, die aus Bequemlichkeit, Resourcenmangel oder aktivistischer Absicht einen schlechten Job machen und ihm den Stempel Journalismus aufdrücken. In Zeiten, in denen Journalismus die sozialen Medien nachahmt, wie der Schweizer Publizist Roger de Weck erklärt, ist es schwer, überhaupt zu den Konsumenten durchzudringen. Journalismus erfordert eben auch die Bereitschaft zur Selbstkritik: Wenn Journalisten Politikern und Managern „beständig erklärten, was sie besser machen können, müssten sie auch selbst die Bereitschaft zum Zuhören zeigen“.⁵

Mancher Medienkonsument mag sich dann nach einem Medium sehnen, das einfach benennt, was ist. Dessen Journalisten nicht auf einem Egotrip sind, denen es erst um Inhalte und dann vielleicht um die Form geht. Eine Wand ist weiß und nicht gelb, die Sonne geht am Morgen auf und nicht erst am Abend – Ende der Diskussion. So wie früher die gute alte Nachrichtenagentur, die nicht kommentierte, sondern schlichtweg festhielt, was Sache war.

Es geht um das Überleben eines Journalismus, der aufklärt, einordnet und Entscheidungshilfen bietet.

Ein Mann in Montenegro versucht, genau das zu machen. Und er sammelt gute Erfahrungen

damit, weil er zwischen den gesellschaftlichen Kräften in seinem Land immer glaubwürdig mit dem Hinweis auf seine Überparteilichkeit navigiert. Wer zu Jasa Jovicevic und seinem Team kommt, erblickt zunächst den sozialistischen Plattenbau und einen kahlen Raum mit vielen Computern. Doch was der Miteigentümer der Nachrichtenagentur MINA im Stadtteil Stari Aerodrom von Podgorica, der Hauptstadt von Montenegro, über die Arbeit der Agentur berichtet, lässt die Betontristesse schnell vergessen. Der Physiker Jovicevic hat vor vielen Jahren mit einigen Partnern und mit der Hilfe von USAID etwas aufgebaut, was in einem Land mit lediglich 600.000 Einwohnern wie ein kleines Wunder erscheint. Mit einem Team aus anderthalb Dutzend Journalisten werden um die hundert Nachrichtenmeldungen pro Tag verfasst, die von montenegrinischen Medien, Botschaften in Podgorica und Ministerien abonniert werden. Mit einer Telekommunikationsfirma, die vor



In gegenseitiger Abneigung verbunden? Der albanische Premierminister Edi Rama spricht im Dezember 2022 beim EU-Westbalkangipfel in Tirana mit Pressevertretern. Er gilt vielen Journalisten als Verächter der Medien, beklagt selbst wiederum die Verbreitung von Falschmeldungen auch über sein Privatleben. Foto: © Pixsell, Imago.

einigen Jahren gewinnbringend verkauft wurde, mit einem hochmodernen TV-Studio im Keller, das auch an externe Produzenten vermietet wird, sowie mit einem profitablen Cloud-Geschäft ist die Agentur konsolidiert worden. Jovicevic geht es um Glaubwürdigkeit in einer extrem polarisierten Gesellschaft, in der man versucht, die Agentur als verlässliche Nachrichtenquelle zu etablieren. Zwischen den politischen Polen im Land wird das Credo der guten alten Nachrichtenagentur gepflegt, die eben nur das berichtet, was auch wirklich verifiziert wurde.

Als beispielsweise vor einiger Zeit in Podgorica das Gerücht die Runde machte, der ehemalige thailändische Ministerpräsident Sinawatra habe eventuell die Staatsangehörigkeit von Montenegro erhalten, sei man als Nachrichtenagentur an die thailändischen Ministerien und an das örtliche Einwohnermeldeamt herangetreten. Doch niemand habe diese Nachricht bestätigen wollen. Anstatt nun eine Meldung abzusetzen, dass es Gerüchte gebe, die man nicht habe verifizieren können, verzichtete die Agentur ganz darauf, die Geschichte zu veröffentlichen. Mittlerweile wären auch manche seriöse Medien in Deutschland versucht, eine solche Geschichte zu veröffentlichen, vielleicht mit dem Verweis, dass nicht klar sei, was daran wahr ist. In Podgorica stellte sich heraus, dass der frühere thailändische Ministerpräsident tatsächlich einen montenegrinischen Pass hat. Aber, sagt Jovicevic, die verlorene Geschichte sei nun mal der Preis, den man für die Verlässlichkeit bezahle. Vor 15 Jahren, berichtet er gemeinsam mit seinem Chefredakteur Milan Zugic, sei es immer nur darum gegangen, dass man der Erste sei, der eine Nachricht veröffentlichte. „Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass es heute so viel wichtiger geworden ist, akkurat und genau zu sein, verlässlich eben“, so Jovicevic. Er glaube an die Zukunft des Nachrichtenjournalismus, sagt der Geschäftsmann, der zum leidenschaftlichen Verleger geworden ist.

Oft ergeht sich Journalismus in Empörung, so wie in den sozialen Medien. Dieses Phänomen gibt es nicht nur auf dem Balkan. In Südafrika oder Nigeria, auch in Deutschland macht sich

cancel culture breit, als sei der Journalismus ein sektenartiger Zusammenschluss. Auch in einer Sekte darf es keine Abweichungen von der Norm geben. Ist also das Canceln die verzagte und wenig souveräne Antwort des Journalismus auf die Unübersichtlichkeit der Weltlage? Eine trotzige Reaktion auf die nicht eben besser gewordenen Arbeitsbedingungen? Weil man keine Zeit und keine Muße hat, sich mit einem Thema oder einer Person auseinanderzusetzen, lehnt man die Person oder die von ihr vertretene Meinung einfach ab? Oder man fällt auf die gezielte Provokation einer Zeitung wie Die Welt herein und empört sich über den Abdruck eines zweitklassigen Textes von Elon Musk, dem Chef von X?

Die Lage ist ernst, es geht um das Überleben eines Journalismus, der aufklärt, einordnet, Entscheidungshilfen bietet. Nicht alle Journalisten scheinen zu begreifen, wie dramatisch die Lage ist. Insbesondere dann, wenn sie sich nicht um einen Finanzplan für ihr Medium kümmern müssen, weil sie von Philanthropen gefördert werden. Einige Zeit nach der eingangs geschilderten Szene mit Edi Rama in Tirana erklärte ein albanischer Journalist von einer angesehenen Rechercheplattform, preisgekrönt und mit westlichen Fördergeldern alimentiert, wer sich mit Edi Rama auf ein Podium setze und über Pressefreiheit diskutiere, mache sich schuldig, weil Rama sehr unfreundlich zu den albanischen Medien sei. Der Redakteur für Umweltthemen redete sich derart in Rage, dass ein zuvor friedliches Mittagessen zu kippen drohte. Aber ein Journalismus, der sektenartig nur innerhalb der eigenen Peer-group Verbreitung findet, der das Gespräch mit dem Gegner verweigert, wird kaum eine Zukunft haben, keine wirtschaftliche, aber schließlich auch keine ideelle.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Sofia. Zuvor leitete er das Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung und arbeitete 30 Jahre lang in verschiedenen Funktionen für Medien wie die Schwäbische Zeitung, Der Spiegel und die Neue Zürcher Zeitung am Sonntag.

- 1 Gespräch des Verfassers mit Leila Bičakčić in Sarajevo im Mai 2024.
- 2 Hadebe, Fidel 2021: Media must act against its rogues, The Mail & Guardian, 06.02.2021, in: <https://ogy.de/upg3> [27.01.2025].
- 3 The Economist 2020: Invisible men – How objectivity in journalism became a matter of opinion, 16.07.2020, in: <https://ogy.de/855q> [27.01.2025].
- 4 Vortrag Professor Bernhard Pörksen, Interlink Academy Hamburg, 14.10.2024.
- 5 De Weck, Roger 2024: Das Prinzip Trotzdem. Warum wir den Journalismus vor den Medien retten müssen, Berlin.

ISSN 0177-7521
41. Jahrgang
Ausgabe 1|2025



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
www.auslandsinformationen.de
www.fb.com/internationalreports
www.x.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Jan Cernicky
Christian Echle
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Caroline Kanter
Dr. Christina Krause
Dr. Thomas Volk
Dr. Jan Woischnuk
Daphne Wolter

Redaktionelle Betreuung:
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:
Hana Formáneková, Leonie Lieske, Marie
Rössel, Leonie Schade und Georg Tannen

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die
Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Marineverband während einer NATO-Übung vor der Küste Siziliens im Februar 2022.
© Stephane Dzioba, NATO, piemags, Imago.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Oliver Seifert, Weimar

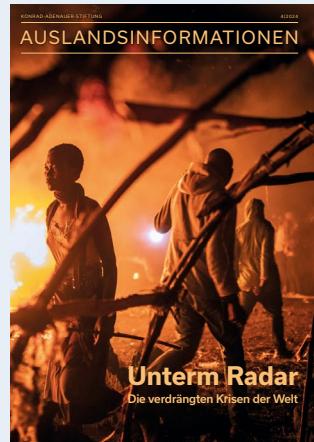
Gestaltung / Satz:
racken GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2 gedruckt.

**Ihre Meinung
ist uns wichtig!**



Was haben Sie von
unserer Ausgabe zu
Krisen „unterm Radar“
gehalten?

Scannen Sie den QR-Code und
lassen Sie es uns wissen.



<https://ogy.de/khnu>



Ai

auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo